

DIE NEUE GESELLSCHAFT

Herausgegeben von

Dr. Fritz Bauer, Willi Eichler, Dr. Erich Potthoff

und Prof. Dr. Otto Stammar

2. Jahrgang · Heft 4 · Juli/August 1956

Verlag Neue Gesellschaft · Bielefeld, Pressehaus

INHALT

Dr. Erich Potthoff, Köln	
<i>Betrieb und Gesellschaft</i>	3
Willy Bukow, Köln	
<i>Wirtschaftsrat und Verfassung</i>	17
Dr. Karl-Martin Bolte, Kiel	
<i>Prestitentstrukturen in der industriellen Gesellschaft</i>	26
Dr. Ralf Dahrendorf, Saarbrücken	
<i>Klassenstruktur und Klassenkonflikt in der entwickelten Industriegesellschaft</i>	39
Diskussion	
Prof. Dr. Helmut Schelsky, Hamburg	
<i>„Das Restaurative in unserer Zeit“</i>	46
Hermann Bortfeldt, Bonn	
<i>Sein und Sollen</i>	50
Dr. Gerhard Szczeany, München	
<i>Der Sozialismus und die Wissenschaften</i>	53
Berichte	
Dr. Karl Kühne, Hamburg	
<i>Marx und die moderne Nationalökonomie</i>	61
Karl O. Pastel, New York	
<i>Revolutionäre und restaurative Tendenzen in der deutschen Widerstandsbewegung</i>	66
<i>Presseschau</i>	72
<i>Kritik</i>	74
<i>Mitteilungen der Schriftleitung</i>	80
Die Beiträge in dieser Zeitschrift bringen die persönliche Auffassung der Verfasser zum Ausdruck	

Schriftleitung: Ulrich Lohmar, Bielefeld, Pressehaus, Tel. 63111

Redaktions-Beirat: Prof. Dr. W. Abendroth, Marburg; Dr. F. Borinski, Bremen; O. Brenner, Vorsitzender der IG Metall, Frankfurt; Dr. H. Deist, MdB, Köln; Prof. Dr. G. Eckert, Braunschweig; F. Erler, MdB, Tübingen; Prof. Dr. Grete Henry-Hermann, Bremen; W. Jacksch, MdB, Wiesbaden; Prof. Dr. H. J. Iwand, Bonn; Prof. Dr. G. Rittig, Göttingen; Prof. C. Schmid, MdB, Frankfurt; H. Wehner, MdB, Hamburg; Prof. Dr. G. Weisner, Köln. — VERLAG NEUE GESELLSCHAFT, Bielefeld, Pressehaus, Fernruf Bielefeld 63111; Fernschreiber 033 28 45. Abonnementspreis 2,— DM je Heft ab Verlag. Bezug durch die Post, den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag. — Anzeigenpreisliste Nr. 1. — Postsch.-Konto Hannover 62 68. Bankverb.: Bank für Gemeinwirtschaft, Bielefeld, 412. Druck: Presse-Druck GmbH, Bielefeld. Umschlag-Zeichnung: Eugen Nerdinger, Augsburg.

BETRIEB UND GESELLSCHAFT

Die Menschen wirtschaften, um ihre vielfältigen wirtschaftlichen Bedürfnisse der Ernährung, Bekleidung usw. zu befriedigen. Am Anfang dieses Prozesses steht die Natur mit ihren Gaben, die gewonnen und gefördert werden. Dem Bedarf entsprechend werden die Güter weiter bearbeitet und verarbeitet, um schließlich dem Verbraucher zugeführt zu werden. Der Bedarf eines Volkes wird entscheidend von seiner „Kultur“ geprägt, die sich von Volk zu Volk in den einzelnen Zeitaltern sehr unterscheidet. „Die Wirtschaft steht zwischen der Naturordnung und der von der Kultur geformten Bedarfsordnung. Sie hat die Aufgabe, die eine Ordnung in die andere zu überführen, das heißt aber, jene Welt der Naturgaben stufenweise umzubilden, bis sie sich der im Bedarfsgefüge herrschenden Ordnung einzureihen vermag“¹⁾.

Um die vorhandenen Güter dem Bedarf entsprechend umzuwandeln, gibt es die vielfältigsten Prozesse. Sie beginnen mit der Urproduktion und enden mit den Haushaltungen. Dort, wo diese planmäßig gestaltet und durchgeführt werden, sprechen wir vom Betrieb. In diesem Sinne sind Betriebe in sich abgeschlossene, mit wirtschaftlichen Prozessen erfüllte Einheiten, die sich im Rahmen der ihnen gesetzten Ziele an der Bedürfnisbefriedigung beteiligen²⁾.

Betrieb und Wirtschaftsordnung

Die Maßnahmen der Wirtschaftspolitik zielen darauf ab, eine bestimmte, gedachte Ordnung der Wirtschaft zu verwirklichen. Derartige Ordnungsvorstellungen verbinden ökonomische, politische und rechtliche Ordnungsformen, denen zum Teil ethische Forderungen zugrunde liegen.

Die gegenwärtige Wirtschaftsordnung strebt die soziale Marktwirtschaft an, worunter eine nach dem „Modell“ der Wettbewerbswirtschaft ablaufende, aber mit sozialen Ergänzungen und Sicherungen versehene Wirtschaftsordnung zu verstehen ist. Im Entwurf zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung („Anti-Kartell-Gesetz“) wird das Modell amtlich bestätigt, wonach „der Staat nur insoweit in den Marktablauf lenkend eingreifen soll, wie dies zur Aufrechterhaltung des Marktmechanismus oder zur Überwachung derjenigen Märkte erforderlich ist, auf denen die Marktformen des vollständigen Wettbewerbs nicht erreichbar sind.“

Dieser Wirtschaftsordnung liegt das verkehrswirtschaftliche oder privatwirtschaftliche Prinzip zugrunde. Ihre Voraussetzungen sind das Privateigentum, das Recht der Verfügung über Sachgüter, die man im Verkehr verkaufen, mit denen man Arbeitskräfte erwerben kann, und die Vertragsfreiheit, d. h. das Recht, den Inhalt des Vertrages selbst zu bestimmen, also sein Interesse zur Geltung zu bringen. Das verkehrswirtschaftliche Modell setzt unbeschränkte Freiheit voraus: Freiheit des Eigentums, Freiheit der Produktion, Freiheit des Marktes und der Preisbildung, Freiheit der Verträge.

¹⁾ Schäfer: „Die Aufgabe der Absatzwirtschaft“, Köln — Opladen, 1950, S. 12.

²⁾ Seyffert: „Wirtschaftslehre des Handels“, Köln — Opladen, 1931, S. 369.

Man geht dabei von der Vorstellung aus, daß das „Selbstinteresse“ des einzelnen den entscheidenden Faktor der Wirtschaft darstellt und eine selbsttätige wirtschaftliche Ordnung begründet.

Der Staat erläßt nur eine „Verkehrsordnung“; innerhalb dieser Ordnung ist es den einzelnen freigestellt, so zu wirtschaften, wie sie es für richtig halten. Der Eigentümer von Produktionsmitteln kann in seinem Betrieb darüber verfügen, kann Ziel und Umfang der Produktion und die Verteilung ihrer Ergebnisse festlegen. Dies geschieht in der rechtlichen Form von Verträgen (Kaufverträge, Lohnverträge, Mietverträge usw.). Die Betriebe treffen sich auf den verschiedensten Märkten, auf denen die Güter und Dienstleistungen zu ausgehandelten „Preisen“ gekauft und verkauft werden. Die Betriebe nehmen von ihren vorgelagerten Märkten Güter und Dienstleistungen und geben dafür ihre Produkte und Dienstleistungen an die nachgelagerten Märkte weiter. Sie haben das Interesse, daß über die geleisteten Aufwendungen hinaus durch den Erlös für die eigenen Leistungen ein Mehrertrag, „Gewinn“, erzielt wird. Betriebe, die für den Markt produzieren, ein Kapitalrisiko laufen und Gewinn erzielen wollen, werden in der Verkehrswirtschaft als Unternehmung bezeichnet.

*

Auf dem Gründungskongreß des DGB (1949 in München) wurden die wirtschaftspolitischen Grundsätze der Gewerkschaften verkündet, die eine gemeinwirtschaftliche Ordnung der Wirtschaft fordern. Die Wirtschaft soll nicht mehr sich selber überlassen, sondern unter öffentliche Kontrolle gestellt werden. Mit den Mitteln der Wissenschaft soll eine zentrale volkswirtschaftliche Planung — die nichts mit dem Modell der Zwangswirtschaft zu tun hat — geschaffen werden, „damit nicht private Selbstsucht über die Notwendigkeiten der Gesamtwirtschaft triumphiert“.

Um die gemeinwirtschaftliche Ordnung zu sichern, sollen bestimmte institutionelle Faktoren der Wirtschaft geändert werden. Bestimmte Schlüsselindustrien sollen in Gemeineigentum überführt werden. Die Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft und die Leitungsorgane der Betriebe sollen durch Einbeziehung von Vertretern der Arbeitnehmerschaft demokratisiert werden. „Die Betriebe als Zellen der Volkswirtschaft arbeiten nicht zum Selbstzweck, sondern müssen auf das gemeinsame Wohl der gesamten Bevölkerung abgestellt sein. Ihre Existenz ist nicht in erster Linie die Frage des vorhandenen Kapitals, sondern entscheidend abhängig vom Faktor Arbeit. Das Kapital kann nur durch die Arbeit des Menschen eine nützliche und wirksame Rolle spielen; es kann deshalb in den Betrieben nicht allein bestimmend sein. Wir fordern daher die verantwortliche soziale, personelle und wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Betrieben der Wirtschaft.“

Während in der verkehrswirtschaftlichen, auf Gewinnmaximierung abgestellten Wirtschaft die Betriebe autonom, unabhängig von irgendwelchen staatlichen Eingriffen sind, stellen bei der nach gemeinwirtschaftlichen Prinzipien arbeitenden Wirtschaft die Betriebe nur O r g a n e dar. Wie Gutenberg herausstellt, ist das Organprinzip „der ökonomische Reflex einer geistigen Haltung, die die individualistische Position aufgibt, welche den liberalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen zugrunde liegt und an ihre Stelle Bedingungen setzt, welche das Verhältnis zwischen Individuen und Gesellschaft nicht vom Individuum, sondern vom Gesellschaftlichen her zu bestimmen versucht“³⁾.

Gutenberg kommt bei seiner Analyse der Bestimmungsgründe für den Betriebs-typ auf die Unterscheidung zwischen system-indifferenten und system-bezogenen

³⁾ Gutenberg: „Grundlagen der Betriebswirtschaftslehre“, I. Band: „Die Produktion“, Berlin-Göttingen-Halle, 1951, S. 378.

Tatbeständen. Zu den system-indifferenten Tatbeständen gehören die drei Faktoren des betrieblichen Arbeitsvollzuges: die Arbeitsleistung, die Betriebsmittel und der Werkstoff sowie ihre sinnvolle Kombination zur Leistungserstellung. Ein system-indifferenten Tatbestand sei fernerhin das Prinzip der Wirtschaftlichkeit, das als Prinzip rationalster und sparsamster Mittelverwendung angesehen wird.

Hiervon zu unterscheiden sind die system-bezogenen Tatbestände. „Denn der Einsatz und die Kombination produktiver Faktoren in den Betrieben geschieht nicht lediglich um des Prinzips der Wirtschaftlichkeit willen, nicht darum, es seiner selbst wegen zu praktizieren. Es müssen vielmehr irgendwie noch andere Maximen vorhanden sein, an denen die Geschäfts- und Betriebsleitungen ihr Handeln orientieren. Sie erst vermögen dem gesamtbetrieblichen Geschehen eine Vollständigkeit und einen Sinn zu geben“⁴⁾. Mit dieser Unterscheidung wird einerseits der Weg frei für eine vom Wirtschaftssystem unabhängige Theorie des wirtschaftenden Betriebs, und andererseits wird deutlich, daß der Betriebstyp auch von system-bezogenen Tatbeständen der jeweiligen Wirtschaftsordnung bestimmt wird.

Vielfalt der Betriebstypen

Wir müssen die Idealvorstellung einer wirtschaftlichen Ordnung und das nationalökonomische Lehrmodell von dem tatsächlichen Zustand einer Wirtschaft deutlich unterscheiden. Das Modelldenken und das Denken in Soll-Vorstellungen verführt allzu oft dazu, die Wirklichkeit zu übersehen. Man muß sich vor Augen halten, „daß in unserem Bereich der Erfahrungswissenschaften immer die Gefahr besteht, die aus methodischen Gründen unvermeidlichen Vereinfachungen in der Erörterung der Grundlagen kritiklos weiterzuschleppen, so daß sie für die politischen Folgerungen verderblich werden. Da man diese methodischen Hilfsmittel nicht entbehren kann, muß man die Aufmerksamkeit wachhalten“⁵⁾. So beweist uns auch die Entwicklung der Betriebe in der Wirtschaft, daß wir heute weit von dem Bild der Wirtschaft entfernt sind, das für das 19. Jahrhundert charakteristisch war und das die Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik bis in unsere Tage beeinflußt hat.

Das 19. Jahrhundert war ein Jahrhundert der Händler, Fabrikanten, Bauern, Handwerker, Bankiers, die als Eigentümer von Betrieben auf den Märkten erschienen und im freien Wettbewerb tätig sein konnten. Mit einem gewissen Abstraktionsgrad entspricht diese Zeit dem Modell der Marktwirtschaft mit unbeschränktem Wettbewerb, vollkommener Markttransparenz und Teilbarkeit oder Beweglichkeit der Produktionsfaktoren in der Hand vieler kleiner Produzenten und im Dienst zahlreicher Abnehmer. Im Gegensatz zu dem angestrebten Modell der Wettbewerbswirtschaft haben sich heute in den einzelnen Ländern sehr verschiedene wirtschaftliche Zustände herausgebildet. Sie sind teils stärker privatwirtschaftlich, teils stärker gemeinwirtschaftlich orientiert; beide Formen aber treten niemals „rein“ auf. Diese Entwicklung spiegelt sich in den Betriebstypen der Wirtschaft unserer Zeit wider.

Unsere Wirtschaft kennt heute nicht nur den Betrieb, in dem Persönlichkeit, Eigentum und Haftung in der Person des Eigentümers zusammengefaßt sind; sie geht also nicht von der Konstruktion aus, von der unser Unternehmungsrecht noch völlig beherrscht ist. Neben Einzelunternehmungen gibt es die Personal- und Kapitalgesellschaft. Neben den privaten Wirtschaften haben wir Genossenschaften und umfangreiche öffentliche Wirtschaften, deren Träger die Gesamtheit eines Landes oder Volkes ist. Die Leitung der Betriebe kann vom Eigen-

⁴⁾ Gutenberg: a. a. O., S. 11.

⁵⁾ Peter: „Freiheit der Wirtschaft — Kritik des Neoliberalismus“, Köln, 1953, S. 33.

tümer oder seinem Beauftragten ausgeübt werden, wobei es wiederum mehrere Formen gibt. Die Betriebe sind verschieden groß und in zahlreichen Formen miteinander verbunden, z. B. in Arbeitsgemeinschaften, Interessengemeinschaften, Kartellen und Konzernen. Sie können auf Gewinnerzielung abgestellt sein oder gemeinnützigen Zwecken dienen. Die Rechtsformen sind teilweise auf einen bestimmten Zweck abgestellt, teilweise lassen sie die verschiedensten Zwecke zu. In seinen Untersuchungen über die Struktur der Einzelwirtschaften gliedert Weisser die vielfältigen Formen nach den Fragen: Wer wirtschaftet, für wessen Wohl wird gewirtschaftet und wie wird gewirtschaftet? Er gliedert diese Formen nach: Trägerschaft, Form der Leitung, Größe, Art und Maß der Verflechtung mit anderen Betrieben, Zweckbestimmung, angewandtem „Wirtschaftssystem“, Rechtsform⁹⁾. Diese Gliederungsmerkmale veranschaulichen die gegenwärtige Vielfalt der Betriebstypen.

Die veränderten Voraussetzungen des Privateigentums und der Vertragsfreiheit

Die Frage nach den Ursachen für die vielfältigen Betriebstypen führt zu der Feststellung, daß diese Entwicklung von der Wirtschaft selbst bewirkt wurde. Sie hat, frei von staatlichen Einflüssen, den klassischen Begriff des Eigentümers und die Vertragsfreiheit tatsächlich immer mehr ausgehöhlt und damit auch die Betriebsstruktur entscheidend verändert.

Die Institution des Privateigentums hat sich in der sozial-ökonomischen Sphäre (Privateigentum an den Produktionsmitteln) durch die Entwicklung der Kapitalgesellschaften — insbesondere der Aktiengesellschaften — gewandelt. Hier wird die unternehmerische Funktion von Personen wahrgenommen, die nicht mehr Eigentümer der Produktionsmittel sind, sondern praktisch angestellte Funktionäre. Das Eigentum am Unternehmen steht nicht mehr den Aktionären zu, sondern der Aktiengesellschaft; das wurde durch die Denkfigur der juristischen Person ermöglicht. Die Vorstandsmitglieder sind Organe der juristischen Person, der Aktiengesellschaft. Aus dieser Konstruktion ergibt sich, daß ein entscheidender Teil unserer Wirtschaft nur noch äußerlich von an Eigentümer gebundenen Unternehmungen beherrscht wird; praktisch sind die Funktionäre der Gesellschaften bestimmend. An die Stelle der Eigentümer-Unternehmer ist nach Sorokin eine Geschäftsaristokratie getreten, die in der Regel nicht einmal Risiko und Verantwortung trägt, da sie nicht Eigentümer ist.

Die Trennung des Eigentums von der Unternehmertätigkeit hat zwangsläufig dazu geführt, daß die Aktionäre nur noch Interesse an den Dividenden hatten, während ihnen das Unternehmen selber nur in zweiter Linie bedeutsam war. So heißt es im Generalbericht des Enquete-Ausschusses für die deutsche Wirtschaft schon 1930:

„Der Einzelaktionär fühlt sich auch heute nicht als der verantwortliche Mitinhaber der Gesellschaft, deren Geschicke er durch seine Verwaltungsrechte mitbestimmen soll; vielmehr führt die Entwicklung dahin, daß der Einzelaktionär in erster Linie auf seine Beteiligung am Betriebsgewinn Gewicht legt und das Stimmrecht, wenigstens beim normalen Geschäftsgang der Gesellschaft, als nebensächlich ansieht... Es entspricht dem allgemeinen Zug der gegenwärtigen Entwicklung, daß der Einzelaktionär immer mehr die Stellung eines Obligationärs einnimmt; der Übergang zur Politik der Dividende liegt im Rahmen dieser Entwicklung.“

Diese Tatsachen verlieren ihre Gültigkeit auch nicht dadurch, daß auf Grund der besonderen Umstände der Entflechtung das Interesse der Aktionäre durch die Funktionäre der Wertpapierschutz-Vereinigungen an der Ruhr zur Zeit neu belebt wird.

Die Verkehrswirtschaft, in der die Betriebe auf sich allein gestellt sind, hat immer wieder große Krisen erlebt, denen viele Betriebe nicht gewachsen waren. Das führte zu den Zusammenschlüssen verschiedenster Art, um sich dadurch gegen-

⁹⁾ Weisser: „Form und Wesen der Einzelwirtschaften“, Stuttgart, 1947, S. 25 ff.

über den Marktschwankungen schützen zu können. Es bildeten sich Interessensvereinigungen, Kartelle, Konzerne und Trusts, in denen sich die einzelnen Betriebe freiwillig ihrer Rechte zugunsten des Zusammenschlusses begaben. Die Unternehmungen benutzten die Vertragsfreiheit, um sie aufzuheben. 1935 gab es 2200 Kartelle in der gewerblichen Wirtschaft Deutschlands.

Zu diesen Veränderungen der Institutionen des Privateigentums und der Vertragsfreiheit bemerkt der Soziologe Sorokin: „Viele Leute merken gar nicht, daß die Kartell- und Trust-Wirtschaft etwas ganz anderes ist als der Kapitalismus, der auf selbständigem Privateigentum beruhte, daß also Trust-Wirtschaft Verfall der Vertrags-Wirtschaft bedeutet. Und es gibt nur wenige, die beachten, daß der erste Schlag gegen das Privateigentum und die kapitalistische Vertragswirtschaft des neunzehnten Jahrhunderts nicht von Sozialisten und Kommunisten, sondern von den Industrie- und Finanzgewaltigen in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts geführt wurde. Kommunisten und Sozialisten vollendeten nur, was jene begonnen hatten...“⁷⁾ Es ist recht interessant, in welchem Umfang bei dieser Entwicklung hier rechtliche Entscheidungen gleichzeitig wirtschaftspolitisch wirksam geworden sind. In Deutschland spielte das Urteil des Reichsgerichts vom 4. Februar 1897 (nachdem ein vertragsuntreues Mitglied eines Kartells zur Zahlung der Betriebsstrafe verurteilt wurde) eine besondere Rolle. Über die Wirkungen des Urteils heißt es bei Böhm:

„Die Tatsache, daß das Reichsgericht die Kartellverträge nicht nur für rechtswirksam erklärt, sondern in seiner Urteilsbegründung auch so überaus positiv gewertet und idealisiert hat, hat zur Folge gehabt, daß der Neigung der Unternehmer vieler und wichtiger Industriezweige, sich zu kartellisieren, ein außerordentlicher Auftrieb zuteil geworden ist. Deutschland ist das klassische Land der Kartelle geworden. Das aber bedeutet, daß aus einer Verkehrswirtschaft, die zwar niemals eine ideale Wettbewerbswirtschaft, aber doch immerhin eine in weiten Bezirken vom Wettbewerb schlecht und recht geordnete Verkehrswirtschaft gewesen ist, im Laufe von zwei Jahrzehnten eine durch und durch vermachtete Verkehrswirtschaft geworden ist. Das heißt aber, eine Verkehrswirtschaft, aus deren politischer Struktur das eigentliche und einzige Ordnungsinstrument, nämlich der allseitige Leistungswettbewerb, herausgebrochen wurde. In dem Maße, in dem die Vermachtung der Märkte zunahm und der Wettbewerb ausgeschaltet wurde, verlor das Preissystem seine Eignung, die Million von autonomen einzelwirtschaftlichen Wirtschaftsplänen volkswirtschaftlich sinnvoll aufeinander abzustimmen. Es entstand eine schlecht geordnete, von immer schwereren Krisen heimgesuchte Wirtschaft, eine Wirtschaft, die gekennzeichnet war durch soziale Unrechtslagen und immer undurchsichtigere Ausbeutungssachverhalte“⁸⁾.

Der marktbeherrschende Großbetrieb

Es ist nicht unsere Absicht, die Kartellfrage zu erörtern. Die hier im Zeichen der Vertragsfreiheit eingetretene Veränderung bestätigt nur, wie weit sich der tatsächliche Zustand der Wirtschaft vom Modell der Wettbewerbswirtschaft entfernt hat. In diesem Zusammenhang muß jedoch noch auf eine andere Entwicklung hingewiesen werden, die zwar mittelbar mit dem Kartellproblem in Verbindung steht, aber unabhängig davon eine spezifische Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft hat: die steigende Zahl der Großbetriebe in der Wirtschaft.

Aus der überwiegend landwirtschaftlichen und handelswirtschaftlichen Sphäre des 19. Jahrhunderts ist eine mehr und mehr industriell bestimmte Wirtschaft geworden. Die Notwendigkeit, im Wettbewerb zu bestehen, zwang zu immer größeren Konzentrationen. In den Grundstoffindustrien ist überhaupt erst von einer bestimmten Größe ab wirtschaftliches Arbeiten möglich. Um die Produktionskosten zu senken, wurden die Arbeitsteilung in der Fertigung weiter vorangetrieben und die Maschinen immer stärker in den Produktionsprozeß eingeschaltet. Die wachsende Mechanisierung, die heute bis zur Automatisierung

⁷⁾ Sorokin: „Die Krise unserer Zeit“, Frankfurt, 1950, S. 155/156.

⁸⁾ Böhm, Franz: „Das Reichsgericht und die Kartelle“, ORDO 1948, S. 211 ff.

geht, hat den Konzentrationsgrad der Industrie beschleunigt. Er ist in den letzten Jahrzehnten nicht zuletzt dadurch gefördert worden, daß die rationelle und wirtschaftliche Erforschung des Fertigungsprozesses große Summen für Forschungszwecke verlangte, die nur das Großunternehmen aufbringen kann. Bei dem amerikanischen Chemiekonzern Du Pont de Nemours betragen sie durchschnittlich 45 Millionen Dollar im Jahr, und man hat geschätzt, daß die Entwicklung eines Produktes wie Nylon bis zur Verbrauchsreife etwa 70 Millionen Dollar kostete⁹⁾.

In dem Maße, in dem die Betriebe sich vergrößerten, wurde die Arbeit im Betrieb verwissenschaftlicht. Während z. B. der Kaufmann im vorigen Jahrhundert seine Kalkulation in der Westentasche hatte und eine sehr primitive Buchführung besaß, wurden in unserem Jahrhundert ständig neue und feinere Methoden entwickelt, die einerseits eine bessere Betriebskontrolle, andererseits eine bessere Preisfindung erleichtern sollten. Man fand Methoden, durch Zeitaufnahmen, Bewegungsstudien usw. alle Handgriffe und Arbeitsvorgänge zu messen. Die wachsende Zahl akademisch vorgebildeter Techniker und Kaufleute ist ein äußeres Zeichen für diese Entwicklung.

Die hohe Anlageintensität der Großbetriebe macht sie besonders anfällig gegenüber den Marktschwankungen in der Wirtschaft. Sie sind daher bestrebt, den Markt aktiv zu beeinflussen. Das geschieht einmal durch Zusammenschlüsse in Kartellen. Neben den Kartellen gibt es die weitergehende Form des Zusammenschlusses, die Konzernbildung oder Fusion durch Angliederung vorgelagerter und nachgelagerter Stufen. Ein typisches Beispiel ist die Montanindustrie. Aus Gründen regelmäßig gesicherter Lieferungen von Koks und Erz legt man auf Eingliederung von Gruben des Kohlen- und Erzbergbaus Wert. Die weiterverarbeitenden Werke werden aus ähnlichen Materialgründen an die Hüttenwerke angeschlossen. Die Automobilindustrie ist von vielen Lieferfirmen abhängig, so daß ständig die Tendenz besteht, entsprechende Firmen anzugliedern, wie z. B. Blechwalzwerke, Räderwerke, Glasfabriken, Transportgesellschaften.

Die Entwicklung zum Großbetrieb ist praktisch mit einer völligen oder teilweisen monopolistischen Beherrschung des Marktes verbunden. Einige wenige Großbetriebe bestreiten den Hauptteil des Marktes. Drei große Gesellschaften beherrschen z. B. die Automobilproduktion in USA. General Motors, Ford und Chrysler haben einen Marktanteil von zusammen 80 bis 90 v. H. bei einer Produktion von rd. 6,1 Millionen Autos im Jahr. Mit eigenen großen Händlerorganisationen sind sie groß und mächtig genug, den Absatz einigermaßen zu sichern und Preiserschleudereien zu verhindern.

Die Bedeutung der industriellen Großbetriebe geht über die nationalen Landesgrenzen hinaus. Als charakteristisches Beispiel sei die United States Steel Corporation, der größte amerikanische Montan-Konzern, zitiert. Er konzentriert auf sich etwa ein Drittel der amerikanischen Rohstahlerzeugung und damit rund 15% der gesamten Rohstahlerzeugung der Welt.

Darüber hinaus haben wir bei den Großbetrieben die verschiedensten personellen und kapitalmäßigen Verflechtungen über die Landesgrenzen hinaus. Der Wettbewerb in diesen Gebilden verlagert sich oft vom Preise weg auf andere Leistungsbereiche, wie Kundendienst, Ausstattung der Produktion usw. Die Unternehmungen der Chemie z. B. „ringen nicht nur um einen gegebenen Markt mit bekannten Produkten, indem sie diese besser und billiger als die Konkurrenz liefern, sie kämpfen vielmehr in erster Linie um wissenschaftlich-technischen Vorrang. Gerade hierin sind sie in höchstem Maße Neuerer („innovators“) in Professor Schumpeters Sinn. Der Wettbewerb in neuen Methoden, Kombinationen und Produkten ist ihre spezifische Wettbewerbsform“¹⁰⁾.

⁹⁾ H. von Beckerath: „Großindustrie und Gesellschaftsordnung“, Tübingen-Zürich, 1954, S. 44.

¹⁰⁾ von Beckerath: a. a. O., S. 47.

Die industriellen Großbetriebe stehen in einer ganz besonderen Weise unter dem Gesetz der Massenproduktion. Je größer die Serie, desto geringer die Kosten pro Stück. Die Autos von Ford und Chevrolet werden z. B. in Tagesserien von 5000 Stück aufgelegt. Die Produktion im Volkswagenwerk kommt an etwa 1000 Stück pro Tag heran. Der moderne Großbetrieb kann daher die volkswirtschaftliche Nachfrage nicht als ein naturgegebenes Datum ansehen, sondern muß sie zu beeinflussen versuchen. Die Massenproduktion setzt einen entsprechenden Massenkonsum voraus. Massenkonsum kann wiederum nur durch eine stetig steigende Massenproduktion erhöht werden. So haben wir es mit einem regelrechten Wettlauf zwischen der Produktionssteigerung und der Steigerung des Massenkonsums zu tun, wobei der Lohn als Kaufkraftfaktor eine immer größere Rolle spielt.

Träger der Großbetriebe sind in der Regel Kapitalgesellschaften, insbesondere die Aktiengesellschaft. In den USA ist es die „Corporation“. Die Aktiengesellschaft ist die typische Gesellschaftsform für den Großbetrieb und die Betriebskonzentration. Das Aktienkapital verteilt sich in der Regel auf eine Vielzahl von Aktionären, die als „Leihkapitalisten“ kaum noch ein Interesse an der eigentlichen Betriebspolitik haben. Die Mehrzahl der Aktionäre sieht in der Aktie ein Anlagepapier, weshalb auch der Aktienmarkt mehr und mehr an Bedeutung verliert. Aus einer ursprünglich demokratischen Ordnung, die auf den Rechten der Anteilseigner basierte, ist eine Oligarchie der Verwaltung geworden.

Im Gefolge dieser Tendenzen der ständigen Konzentration und Marktausweitung zeigen die modernen Großbetriebe auch hinsichtlich ihrer Finanzierung eine neuartige Entwicklung, die durch die Selbstfinanzierung gekennzeichnet ist. Sie ist vor allem möglich aus Gewinnen, die nicht ausgeschüttet werden, und aus den Abschreibungen, wenn sie über den Ersatzbedarf hinausgehen. Damit werden diese Betriebe zunehmend unabhängiger vom Kapitalmarkt. Berle berichtet von einer Untersuchung in den USA, aus der hervorgeht, daß von rd. 150 Milliarden Dollar Investitionen in den Jahren 1946 bis 1953 64% aus der Selbstfinanzierung stammten¹¹⁾. In den übrigen industriellen Ländern des Westens erleben wir die gleiche Entwicklung.

Wenn auch bei uns in Deutschland der Konzentrationsgrad den der USA noch nicht erreicht hat, so erreichte der Großbetrieb in Gestalt der großen Aktiengesellschaft doch eine beherrschende Stellung in der Wirtschaft¹²⁾. Vom Gesamtumsatz der gewerblichen Wirtschaft entfällt z. B. rund ein Viertel auf die Aktiengesellschaften, und innerhalb der Aktiengesellschaften sind es rund 400 Unternehmungen mit einem Kapital von 10 Millionen DM und mehr, die den Hauptanteil haben. Eine einzige Aktiengesellschaft an der Ruhr hat als Konzernnachgesellschaft mit zahlreichen Tochtergesellschaften z. B. einen Umsatz in der gleichen Höhe wie die gesamte Schuhindustrie der Bundesrepublik in einem Jahre, nämlich rd. 1,5 Milliarden DM.

Die Großbetriebe konzentrieren gleichzeitig Tausende von Menschen auf sich. So beschäftigen die großen amerikanischen Konzerne oft 300 000 Menschen und mehr, eine Zahl also, die der Bevölkerung vieler Großstädte vergleichbar ist. In Europa ist die Zahl der Beschäftigten in den Großbetrieben nicht so hoch; sie umfassen aber teilweise auch hier bis zu 100 000 Belegschaftsmitgliedern.

Die Stellung der Arbeitnehmer im Betrieb

Es gehört zu den Kennzeichen unserer auf Privateigentum und Vertragsfreiheit gegründeten Gesellschaft, daß die Betriebe auf Rechnung des Eigentümers laufen und dieser im Arbeitsvertrag Arbeitskräfte (Arbeitnehmer) gegen Entlohn-

¹¹⁾ Berle Jr.: „The 20th Century Capitalist Revolution“, New York, 1955, S. 38.

¹²⁾ Potthoff, Erich: „Die ‚große‘ Aktiengesellschaft“. in: WWI-Mitteilungen, 1954, S. 83 ff.

nung in seine Dienste nimmt. Der Anteil der sog. Selbständigen an der erwerbstätigen Bevölkerung hat in den letzten Jahrzehnten ständig abgenommen. Ihr Anteil an der gewerblich tätigen Bevölkerung ist bis 1950 auf 14,8% gesunken. Das Lohnarbeitsverhältnis stellt einen echten sozialen Spannungszustand dar, der für unsere Wirtschaft charakteristisch ist. Der Lohn bedeutet für den Arbeiter Einkommen, aus dem er den Lebensunterhalt für sich und seine Familie bestreitet. Er ist für ihn gleichzeitig das Maß für die Anstrengungen, die er bei der Arbeit im Betrieb leisten muß. Der Arbeiter ist daran interessiert, für seine Arbeitsleistung einen möglichst hohen Lohn zu erhalten. Für den Betrieb ist der Lohn ein Kostenanteil, der ihm über den Erlös für seine Erzeugnisse ersetzt wird. Er ist bestrebt, niedrige Kosten zu haben bzw. für den gezahlten Lohn eine möglichst hohe Arbeitsleistung zu erhalten.

Bei diesem betrieblichen Prozeß handelt es sich jedoch um das zentrale volkswirtschaftliche Problem der Zurechnung, ein wie großer Teil der Wertschöpfung den Produktionsfaktoren zugerechnet werden muß. Wir wissen, daß es dafür keine exakten Maßstäbe gibt. Der Lohn wird daher zwischen den Tarifvertragsparteien — den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden — ausgehandelt. Der Betrieb steht hier mitten im Spannungsfeld zwischen den Vertretern der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital.

Die arbeitsteilige Wirtschaft bringt für den Arbeiter eine immer weitergehende Spezialisierung seiner Tätigkeit mit sich. Er ist nur noch ein Rädchen in einem großen Getriebe, das niemals stillstehen darf. Damit ist für ihn ein besonderer Grad von Abhängigkeit gegeben. Wenn er nicht mehr in seinem „Beruf“ arbeiten kann, wird er erwerbslos und findet so schnell keine andere Aufgabe mehr. Er kann nicht wie vor hundert Jahren durch handwerkliche Fertigung sich selber sein Brot verdienen, er muß warten, bis die Konjunktur umschlägt, um wieder eine Beschäftigung zu finden. Der vor einigen Wochen abgeschlossene neue Arbeitsvertrag bei Ford und General Motors in USA, der insbesondere den „garantierten Jahreslohn“ zum Gegenstand hatte, darf in diesem Zusammenhang als ein Abkommen bezeichnet werden, das für die Arbeiterschaft von historischer Bedeutung ist. In diesem auf drei Jahre abgeschlossenen Vertrag wird erstmalig das Prinzip verankert, daß die Industrieunternehmen Arbeitskräfte, die sie entlassen, nicht einfach ihrem Schicksal überlassen können. Der Vertrag sieht vor, daß auch entlassene Arbeiter für eine Zeit von 26 Wochen weitere Lohnzahlungen erhalten.

Die moderne Entwicklung der Reihenfertigung und Fließbandfertigung spannt den einzelnen völlig ein in den Rhythmus der mechanisierten Arbeit. Ein Schuh z. B. wird heute bei der industriellen Anfertigung in 200—250 verschiedene Arbeitsgänge zerlegt, die in großen Sälen mit 200 Arbeiterinnen und mehr an ebensoviele Maschinen durchgeführt werden. Die in immerwährender Wiederholung zu verrichtende gleichmäßige Arbeit hat den Menschen zu einem Teil der Maschine werden lassen. Die Monotonie der Maschine stimmt aber nicht mit dem menschlichen Arbeitsrhythmus überein. Die mechanisierte Arbeit bedeutet auch keineswegs immer eine geringere Anstrengung. Statt der Muskel werden die Nerven strapaziert. Im Gegensatz zur Muskelanstrengung wirkt die Nervenanspannung auf den ganzen Menschen. Selbst in der Freizeit verläßt den Menschen die Hetze der mechanisierten Arbeit nicht. Die Verkürzung der Arbeitszeit findet in dieser Sachlage eine ihrer wichtigsten Begründungen.

Die Arbeit im Betriebe hat das Leben der „Arbeitnehmer“ noch in einer anderen Weise beeinflußt. Sie hat das Leben in zwei Teile geteilt, in eine Betriebs-sphäre und eine Privatsphäre. In früheren Formen der menschlichen Arbeit war diese Trennung weniger gegeben, wenn wir etwa an das Handwerk denken. Viele Betriebe bemühen sich nun, Arbeitssphäre und Privatsphäre miteinander zu verbinden, indem die Arbeitnehmer ganz für die Interessen des Betriebes erzogen werden.

Die Erziehung beginnt mit dem Lehrling in der Werkstatt; sie geht später auf betriebliche Sozialmaßnahmen über, wie Kindergärten, Mütterberatungsstunde, Koch- und Nähkurse für die Frauen und Töchter, Werksfürsorgerinnen, und sie findet ihren Abschluß in Geselligkeitsvereinigungen wie Gesangsvereinen, Werksorchestern, Werksportvereinen usw. Die Werkszeitungen bringen die notwendigen ideologische Untermauerung eines derartigen Erziehungsprozesses. Alle Arbeiter und Angestellten werden nur als Familienmitglieder angesprochen, wie überhaupt das Leitbild der „Familie“ für die moderne Großindustrie immer wieder herhalten muß, um aus der rationellen Zwecksetzung des Betriebes eine „Gemeinschaft“ zu entwickeln. Die Tendenz, den Arbeiter mit dem Betrieb zu identifizieren, wird heute mit den verschiedensten Mitteln der Wissenschaft immer feiner, immer subtiler praktiziert. Aus dem Staatsbürger soll der Betriebsbürger werden.

Gegenüber diesen Vorstellungen hat sich allerdings in der modernen Sozialpolitik eine neue Auffassung durchgesetzt, die von einer rationalen Betrachtungsweise ausgeht. In seinem Abriß über die Sozialpolitik fordert Heyde eine Neuorientierung der Sozialpolitik im Betrieb, um den gewandelten Verhältnissen gerecht zu werden. Der moderne Betrieb sei ein zweckrationales Gebilde, keine Gemeinschaft, weder der Ehe noch der Familie vergleichbar, aber auch keine Wohltätigkeitsanstalt. Der Betrieb müsse bewußt Raum aussparen für das außerbetriebliche Gemeinschaftsleben aus der eigenen Initiative der Beteiligten. Der „totale“ Betrieb, der den Menschen auch in seiner privaten Sphäre umfaßt, sei grundsätzlich abzulehnen, wenn es auch Sonderfälle gebe, in denen die Belegschaft von der Wiege bis zum Grabe in den Betrieb mit seinen verschiedenen Wohlfahrtseinrichtungen eingebettet sei und sich dabei anscheinend wohl fühle. Eine neuorientierte Sozialpolitik im Betriebe habe schließlich die Realität des Wesenswandels in unseren modernen Betrieben zu berücksichtigen. Der Betrieb könne nicht mehr aus der patriarchalischen und manchesterlich-liberalen Schau des vorigen Jahrhunderts geführt werden¹³⁾.

Diese Gedankengänge finden wir wieder in den Ausführungen zum modernen Management, wie es insbesondere in den angelsächsischen Ländern entwickelt wurde. Das Management, das ganz auf Zukunftsplanung und funktionelles Denken abgestellt ist, sieht im Menschen sowohl den Verbraucher in der Wirtschaft als auch den Träger der Arbeitskräfte im Betrieb. Beides wird ebenso rational gesehen wie die übrigen Faktoren in Betrieb und Wirtschaft. Je komplizierter die Funktionen werden, je mehr der einzelne nur noch ein Teil des Ganzen ist, desto wichtiger ist es, daß er „richtig funktioniert“. Die ständigen technischen Neuerungen erfordern Arbeitskräfte, die sich den laufenden Wandlungen anpassen können. In diesem Sinne wird dann auch die betriebliche Sozialpolitik als notwendige — im Grunde betriebsbedingte — Ergänzung angesehen.

Die Gewerkschaften, die in der Vergangenheit in erster Linie den Faktoren Kapital und Arbeit und dem Ablauf des volkswirtschaftlichen Prozesses ihre Aufmerksamkeit widmeten, schenken unter dem Einfluß der Großbetriebe auch den Fragen der innerbetrieblichen Verfassung mehr und mehr Beachtung, wovon nicht zuletzt die Forderung nach Mitbestimmung Zeugnis ablegt.

Betriebsordnung und Gesellschaftsordnung

Der Betrieb ist nicht nur ein ökonomisches Gebilde, sondern gleichzeitig ein soziales Gebilde mit den vielfältigsten zwischenmenschlichen Beziehungen. Er steht in ständiger Beziehung zu anderen sozialen Gebilden. Diese Wechselbeziehungen sind bisher noch nicht in dem Maße untersucht worden, wie es mit

¹³⁾ Heyde: „Abriß der Sozialpolitik“, Heidelberg, 1953, S. 89 ff.

anderen Problemen des Betriebes geschehen ist. Es geht darum, „ob und inwiefern die innere soziologische Struktur des Betriebes und die in ihm sich ergebenden sozialen Prozesse die jeweils bestehende Gesellschaftsordnung widerspiegeln, ob also zwischen ihm und dem Gesellschaftsganzen nicht nur Wechselbeziehungen, sondern auch gelegentliche regelmäßige oder sogar zwangsläufige Entsprechungen bestehen“¹⁴). Nach Haselmayr herrscht in den Vereinigten Staaten innerhalb der Betriebe die gleiche demokratische „Direktheit“ und Verbundenheit, die auch im öffentlichen Leben vorherrschend sei. Die natürliche Kollegialität zwischen Untergebenen und Vorgesetzten im Betriebe entspreche der unterschiedslosen Anerkennung, die jeder einzelne innerhalb der Gesellschaft finde. Die moderne amerikanische Betriebspolitik sei nur eine Auswirkung dieser Verhältnisse. — So sehr diese verallgemeinernden Feststellungen im einzelnen noch zu differenzieren wären, im Kern dürften sie zutreffen.

Für die deutsche Situation dagegen ist es typisch, daß von Unternehmerseite grundsätzlich die Auffassung vertreten wird, die Demokratie eigne sich nicht für alle Bereiche; so sei sie z. B. ungeeignet für die Führung eines Schiffes, einer Armee, und sie eigne sich auch nicht innerhalb einer Kirche, einer Familie oder innerhalb der Wirtschaft. Im Jahre 1929 glaubte Geheimrat Kierdorf auf der Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie feststellen zu müssen, „daß die Wirtschaftsdemokratie den Untergang des Deutschtums vollenden wird“¹⁵). Diese Auffassung entspricht der deutschen Entwicklung im Betrieb. So wurde in der aufkommenden „Industrie das feudalistische Arbeitsverhältnis der Gutsherrschaft in Deutschland weithin auf die Industrie übertragen und verhärtete sich hier zur kalten Disziplin und zum Herr-im-Hause-Standpunkt. Dadurch kam es im Betrieb zu einer übermäßigen Abhängigkeit und Unterwerfung der Arbeitskräfte. Die besondere soziale Abstufung und Abriegelung, der Kasteengeist, übertrug sich in Deutschland auch auf die mittlere Schicht der betrieblichen Rangstufen, zumal mit Beginn der Ingenieurwirtschaft und mit dem Eindringen der akademischen Berufe in den Industriebetrieb. Geltungs- und Rangstufen sozialer Art aus einer älteren Gesellschaftsordnung schlugen somit von außen in den Betrieb hinein und zogen dort eine Stufung nach sich, die nicht in den sachlichen Anforderungen des Betriebslebens selbst begründet waren“¹⁶). In gleichem Sinne charakterisierte Goetz Briefs die Betriebsverfassung, als er 1934 schrieb:

„Ein Rest und Abglanz feudaler und militärischer Herrschaftsanschauungen wurde in die Betriebsleitungen auf dem Wege über das Reserveoffizierswesen, die akademische Ausbildung der Oberschichten und das Korporationswesen übergeführt. Mehr und mehr wurde das deutsche Unternehmertum und die höheren Stäbe der Betriebsleitung von einem militärischen Pathos des Kommandos, der Distanzierung und des Befehls, dem schlechthin Gehorsam gebührt, verlockt...“

„Der strenge liberale Eigentumsbegriff (also etwas, was öffentliche Funktionen negierte und schon deshalb nicht die Attribute etwas so spezifisch Öffentlichen wie des Militärischen hätte beanspruchen dürfen), der den Betrieb als das erweiterte Haus ansah, und die Betriebsbelegschaft nach dem Gesichtspunkt des Herrn im Hause dirigierte, verband sich vielfach mit der militärischen Führungs- und Befehlsideologie zu einem zwar sachlich wirkungsvollen, aber Protesthaltung und seelische Widerstände entfesselnden Betriebsmilitarismus. Besonders im Bergbau lief das Wort vom Grubenmilitarismus um“¹⁷).

Eine demokratische Ordnung unseres Staatswesens kann jedoch nur funktionieren, wenn sie auf seine entscheidenden Gebilde, die Großbetriebe, ausgedehnt wird. Es ist nicht möglich, wie es aus Unternehmerkreisen immer wieder zu hören ist, nur die Demokratie mit dem Stimmzettel gültig sein zu lassen, sie aber

¹⁴) Haselmayr: „Betriebliche und gesellschaftliche Ordnung“, in: „Mensch und Arbeit“, 1930, S. 168.

¹⁵) Kraus: „Wirtschaftsdemokratie und Wirtschaftsaufbau“, München, 1947, S. 18.

¹⁶) Michel: „Sozialgeschichte der industriellen Arbeitswelt“, Frankfurt, 1947, S. 104.

¹⁷) Goetz Briefs: „Betriebsführung und Betriebsleben in der Industrie“, Stuttgart, 1934, S. 120 ff.

aus allen anderen Bereichen des Lebens zu verbannen. Demokratie ist eine Lebensform und kann nicht für einzelne Bereiche ausgeklammert werden.

Das auf das Persönliche abgestellte, auch für die Industrie angestrebte Ordnungsbild der Familie widerspricht der modernen industriellen Entwicklung. Die Funktion des Unternehmers hat sich entscheidend gewandelt. Die Rolle des Unternehmers war in der Vergangenheit sicherlich eine Form individueller Führerschaft, die auf Grund persönlicher Kraft und persönlicher Verantwortlichkeit nach persönlichem Erfolg strebte. Schumpeter stellt nicht zu Unrecht einen Vergleich mit den Befehlshabern der Armeen an, bei denen wir früher auch den sogenannten „Feldherrn“ hatten, der für den Ausgang einer kriegerischen Auseinandersetzung entscheidend war. Demgegenüber haben wir heute eine rationalisierte und spezialisierte Büroarbeit sowohl im kriegerischen Handwerk wie in der industriellen Arbeit, die das ausschließlich auf die Persönlichkeit Abgestellte mehr und mehr verdrängen. „Der Führende hat heutzutage keine Gelegenheit mehr, sich in den Kampf zu stürzen. Er wird zu einem Büroarbeiter; mehr: zu einem, den zu ersetzen nur selten noch schwer halten wird“¹⁵⁾.

Das bedeutet keineswegs, daß individuelle Leistungen nunmehr überflüssig geworden sind und Eigeninitiative nicht mehr nötig sei. Es soll nur deutlich gemacht werden, daß mit der individuellen Leistung in der Wirtschaft keine gesellschaftlichen Privilegien verbunden sein dürfen. Der Funktionalisierung des Unternehmers entspricht die arbeitstellige Fertigung, die für den einzelnen Arbeitnehmer schicksalhaft geworden ist. Ein Erzeugnis kann nur noch entstehen, wenn die hierfür erforderlichen zahlreichen Arbeitsgänge in der richtigen Weise zusammengeführt werden. Die planvolle Tätigkeit des Großbetriebes ist daher charakteristisch für seine Arbeitsweise. Amerika ist das beste Beispiel dafür, wie das Plandanken die wesentlichste Grundlage der industriellen Fertigung geworden ist. Sie ist ein planmäßig vorgedachter Ablauf von Tausenden einzelner Arbeitsgänge.

In den modernen Gebilden der Wirtschaft ist die autoritäre Führung überholt; hier kommt es darauf an, daß die in den Betrieben Tätigen in der richtigen Weise zu einer echten Zusammenarbeit kommen. Dies ergibt sich nicht zuletzt auch daraus, daß jeder einzelne trotz seiner spezialisierten Arbeit — oder gerade deswegen — eine besondere Bedeutung erlangt hat. Jedes Rädchen in einem modernen Industriebetrieb muß funktionieren, wenn nicht das gesamte Räderwerk stillstehen soll. Damit ist durch die Spezialisierung zugleich ein Zwang zur Integration aller geworden, die in der Ordnung der im Betriebe tätigen Menschen zueinander ihren Ausdruck finden muß. Der Vorgesetzte ist in einem solchen Gebilde nur ein funktioneller Vorgesetzter; er kann daraus keine gesellschaftlichen Positionen ableiten.

Wie nach 1918 hat die deutsche Arbeitnehmerschaft nach 1945 ein zweites Mal den Versuch gemacht, durch den Einbau von Vertretern der Arbeitnehmerschaft in die verschiedenen Organe der Wirtschaft die Ordnung der Wirtschaft mit der Demokratie in eine gewisse Übereinstimmung zu bringen. Die Bestrebungen der Arbeitnehmer sind nach 1945 allerdings nur auf die Mitbestimmung im Betriebe beschränkt geblieben. Bei Kohle und Eisen wird diese Mitbestimmung heute schon wieder scharf bekämpft; dabei spricht man von der Unteilbarkeit der unternehmerischen Verantwortung, die durch die Mitwirkung der Arbeitnehmer zerstört würde. Demgegenüber ist festzuhalten, daß die moderne Betriebsorganisation Formen entwickelt hat, in denen auch die für die betriebliche Arbeit notwendige Über- und Unterordnung sinnvoll aufgelockert werden kann. Man hat gelernt, bei mehrstufigen Betrieben die Verantwortung der Leitung zu dezentralisieren, um die Verantwortungs- und Arbeitsfreude der nachgeordneten Instanzen zu erhalten. Man weiß um die Bedeutung richtiger Arbeitsgruppen im Betriebe

¹⁵⁾ Schumpeter: „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“, Bern, 1948, S. 216.

und um die Auswirkung einer umfassenden und sachgemäßen Information. Die Mitwirkungsmöglichkeiten der Belegschaftsmitglieder können durch ein geordnetes System von Vertretungen und Ausschüssen von der untersten Stelle im Betrieb bis zur Leitung in der Unternehmung organisiert sein.

Die Beziehungen zwischen Betrieb und Gesellschaft bestehen nicht nur darin, daß die betriebliche Ordnung der gesellschaftlichen Ordnung adäquat sein muß. Die Betriebe können ihrerseits unmittelbar auf die gesellschaftliche Ordnung einwirken, indem sie die politischen Instanzen in dem für sie günstigen Sinne beeinflussen. Es ist dies die allgemeine Entwicklung unserer Demokratie, daß die verschiedensten Interessenverbände versuchen, auf die politische Gestaltung einzelner Maßnahmen wie der gesamten Ordnung Einfluß zu nehmen. „Das Ergebnis ist, daß in der modernen Wirtschaft wir nicht nur oligopolistische und monopolistische Störungen des Marktgleichgewichtes vor uns haben, sondern den pluralistischen politischen Einfluß und Machtkampf der Wirtschaftsgruppen mit seinen zuweilen nützlichen, aber oft störenden und korrumpierenden Einflüssen auf Gesellschaft und Staat. Man kann in der Tat sagen, daß in manchen Fällen diese Wirtschaftsgruppen zum Staat im Staat werden“¹⁹). Hierbei spielt die Großindustrie eine besondere Rolle. In dem oft verzweifelten Kampf um die Erhaltung oder Wiederherstellung eines günstigen sozialen und politischen Klimas könne — nach Beckerath — die moderne Großindustrie, sofern sie noch nicht demoralisiert ist, wohl versuchen, die Gunst der öffentlichen Meinung durch außerordentliche Produktionsleistungen und große Sozialleistungen wiederzugewinnen, wie das namentlich in und nach dem letzten Krieg vielfach geschehen sei. Sie könne aber auch versuchen, ihr günstig erscheinende Regierungsformen und Konstellationen zu fördern. Mit diesen vorsichtigen Formulierungen des jetzt in Amerika lebenden Nationalökonomens dürfte die Problematik hinreichend deutlich geworden sein, die gerade in der deutschen Geschichte eine große Rolle gespielt hat²⁰).

Der Großbetrieb in Theorie und Praxis in der industriellen Gesellschaft

In der Nationalökonomie des vorigen Jahrhunderts dürfte Marx mit seiner Theorie von der Konzentration des Kapitals, der Verdrängung des unabhängigen Arbeitseigentums durch das kapitalistische Privateigentum als erster in besonderer Eindringlichkeit auf den Strukturwandel der Betriebe durch die industrielle Entwicklung des 19. Jahrhunderts hingewiesen haben. Es heißt im kommunistischen Manifest 1848:

„Die moderne Industrie hat die kleine Werkstube des patriarchalischen Meisters in die große Fabrik des Kapitalisten verwandelt. Arbeitermassen, in der Fabrik zusammengedrängt, werden soldatisch organisiert. Sie werden als gemeine Industriesoldaten unter die Aufsicht einer vollständigen Hierarchie von Unteroffizieren und Offizieren gestellt. Sie sind nicht nur Knechte der Bourgeoisieklasse, des Bourgeoisstaates, sie sind täglich und stündlich geknechtet von der Maschine, von dem Aufseher, und vor allem von den einzelnen fabrizierenden Bourgeois selbst. Diese Despotie ist um so kleinlicher, gehässiger, erbitternder, je offener sie den Erwerb als ihren Zweck proklamiert.“

Im Zeichen der historischen Schule war es später vor allem Schmoller, der das gesellschaftliche Problem des Großbetriebs untersuchte. Die von ihm in diesem Zusammenhang gestellten Fragen haben bis heute ihre Gültigkeit behalten.

1. kann und soll der Großbetrieb in den Händen individueller, persönlicher Eigentümer bleiben? Soll ihr privates Schicksal die Anstalten in Mitleidenschaft ziehen?
2. In den Großbetrieben schiebt sich zwischen die Chefs und die Arbeiter eine steigende Zahl Beamter, Ingenieure, kaufmännischer Angestellter, Werkmeister: wie soll ihre Stellung, ihre Karriere, ihre Vorbildung geordnet werden? Der Großbetrieb hat hier die gleichen schwierigen Aufgaben zu lösen wie Staat und Gemeinde.

¹⁹) von Beckerath: a. a. O., S. 25.

²⁰) Hallgarthen: „Hitler, Reichswehr und Industrie“, Frankfurt, 1935.

3. Das Rechtsverhältnis der steigenden Arbeiterzahl bedarf einer reformierenden Ordnung, wenn nicht die Reibung und die Konflikte hier ebenso wie einst bei der Sklaverei und Leibeigenschaft zu einem Punkt der Unerträglichkeit, der Bedrohung der Großbetriebe und der ganzen Gesellschaft führen sollen²¹⁾).

Parallel zur historischen Schule entwickelte sich in den USA der Institutionalismus (teilweise auch als soziologische Richtung der amerikanischen Volkswirtschaftslehre charakterisiert). Seine Vertreter befassen sich intensiv mit den großen Gebilden in der Wirtschaft. „So wie das Fabrikssystem eine große Zahl von Arbeitern unter einheitliche Leitung und Kontrolle gebracht hat, so vereinigt das System der Korporation zahllose Vermögensteile unter einer einzigen Direktion. Die ungeheure wirtschaftliche und gesellschaftliche Macht der großen industriellen Korporationen in unserer Epoche ergibt sich aus der Kombination dieser beiden Faktoren. Es ist schwer, die dadurch bewirkte grundlegende Veränderung der Organisation der Gesellschaft zu begreifen“²²⁾).

Berle sieht in der großen Korporation eine soziale Institution von besonderer Bedeutung im Zusammenhang mit den revolutionären Veränderungen unseres 20. Jahrhunderts:

„Die philosophischen und wissenschaftlichen Entdeckungen des 19. Jahrhunderts wurden im 20. Jahrhundert in die Tat umgesetzt mit dem Ergebnis, daß sich ganze Zivilisationen änderten. Die russische Revolution basierte dem Namen nach auf dem kommunistischen Dogma, ihr bedeutungsvoller Kampf galt aber dem Ziel, ein Mittel zu finden, um das zurückgebliebene Land mit aller Härte zu industrialisieren. Die kapitalistische Revolution unter Führung der USA fand passendere, wirksamere und beweglichere Mittel durch Kollektivierung des Kapitals in den Korporationen“²³⁾).

In der modernen Nationalökonomie steht der „marktbeherrschende“ Großbetrieb besonders im Mittelpunkt der neoliberalen Schule. Ihre Vertreter sehen die Betriebe durchaus nicht als neutralen Mechanismus. Großbetrieb bedeutet Zusammenballung — schreibt Rö p k e 1948 im ORDO —, und Zusammenballung heißt Konzentration der Macht, wirtschaftlicher, sozialer und schließlich auch politischer Macht. Das sei bei der wachsenden Zahl und dem wachsenden Umfang der Großbetriebe zum mindesten immer in Rechnung zu stellen. Allerdings glaubt man nicht daran, daß mit den Großbetrieben die Konkurrenz untergehen müsse. Nach E u c k e n sei im Gegensatz dazu durch Entfaltung der Substitutionskonkurrenz, Erweiterung der Absatzradien und steigende Anpassungsfähigkeit der Produktion auch das Element der Konkurrenz erhöht. Diese Auffassungen führen in der Praxis zu zwei verschiedenen Maßnahmen gegenüber den marktbeherrschenden Unternehmen. Nach einer Meinung ist für die Monopole oder Oligopole eine Sonderregelung notwendig, da hier kein freier Wettbewerb, sondern nur ein gebundener Wettbewerb möglich sei. Es muß ein spezielles Wettbewerbsrecht für die einzelnen Bereiche geschaffen werden. So kennen wir in einzelnen Ländern solche Regelungen für Banken und Versicherungen, Energie, Öl, Schifffahrt usw. Die andere Meinung glaubt, daß auch hier dem Staat noch zu viel aufgebürdet wird, eine Monopolaufsicht genüge. Die Großbetriebe würden als Oligopole schon von selbst bemüht sein, sich so zu benehmen wie bei vollständiger Konkurrenz, um nicht vom Monopolamt erfaßt zu werden. Der Amerikaner Berle glaubt außerdem, daß die Macht der öffentlichen Meinung ein Faktor des Ausgleichs sei gegenüber der Gefahr der Monopolisierung. Wenn die Käufer unzufrieden seien mit den Praktiken eines Großkonzerns, würden sie zu den zuständigen politischen Instanzen gehen, um eine entsprechende Unterstützung zu erhalten.

Diese Vorstellungen finden auch bei uns viele Anhänger, wobei allerdings einige Faktoren übersehen werden. Die demokratische Entwicklung in USA und Europa hat nicht die gleiche Ausgangsstellung gehabt. In Europa waren im Ge-

²¹⁾ Schmoller: „Grundriß der allgemeinen Volkswirtschaftslehre“, Leipzig, 1901, S. 435.

²²⁾ Williams: „Die amerikanische Gesellschaft“, Stuttgart, 1953, S. 175.

²³⁾ Berle: a. a. O., S. 23.

gensatz zu USA im Augenblick der Befreiung von feudalen und autoritären Eingriffen in die Wirtschaft die wirtschaftlichen Hauptpositionen zum großen Teil (z. B. durch die unterschiedliche Besitzstruktur) besetzt, womit bereits der Grund zu einer neuen ökonomisch-sozialen Ungleichheit und Unfreiheit gelegt wurde²⁴⁾. Abgesehen davon, hat Amerika niemals jene Unterschiede des Geburtsstandes gekannt, die in Europa bis heute noch ihre Wirkung haben. Da das Eigentum an Produktionsmitteln auch zum Mißbrauch der gegebenen wirtschaftlichen und persönlichen Macht führte, ergab sich für Europa beinahe zwangsläufig, daß man eine Ordnung der Großbetriebe nicht ohne Neuordnung der Eigentumsverhältnisse für möglich hält. Die verschiedenen Programme der sozialistischen Parteien forderten daher die völlige oder teilweise Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln. Heute wird die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien (Kohle, Eisen, Energie usw.) verlangt.

Die Welt des 20. Jahrhunderts ist durch eine immer engere ökonomische und technische Verflechtung gekennzeichnet. Die Industrialisierung wächst ständig. Kaum ein Land der Erde kann sich diesem Prozeß entziehen. Unabhängig davon, in welchem Umfang ein freier oder gebundener Wettbewerb festgelegt, die Eigentumsverhältnisse geordnet und staatliche Lenkungs Vorschriften erlassen werden, ist die Frage zu lösen, wie die Großbetriebe in die demokratische Ordnung der Gesellschaft integriert werden. Die Lösung erstreckt sich im Grundsatz nicht allein auf Großbetriebe, sondern auch auf andere wirtschaftliche Institutionen, wie Verbände usw., die wirtschaftliche und damit politische Macht verkörpern. Im Rahmen der verschiedenen Erneuerungsversuche durch einen adäquaten Einbau der ökonomischen Kräfte in die demokratische Gesellschaftsordnung durch entsprechende Wechselbeziehungen zwischen den Institutionen der Wirtschaft und der Gesellschaft muß der Großbetrieb als besonders wichtige soziale Institution in der ihm gemäßen Weise miteinbezogen werden.

²⁴⁾ v. Kahler: „Das Problem der Demokratie“, in: „Synopsis“, Festgabe für Alfred Weber, Heidelberg, 1946, S. 198.

Wer die großen theoretischen Debatten dieser Zeit (1918—1929) mit ihrer ehrlichen und von vielen aufgewandten Klugheit gehört hat, wird auch jetzt noch in wehmütiger Erinnerung sich mancher Freude entsinnen. Aber es wird auch mancher, der damals frei und leicht mitschwamm im Strom der Auseinandersetzungen, inzwischen nachdenklich geworden sein und sein Urteil in vielem geändert haben. Was in jener Zeit nur einem kleinen Kreis dämmernd aufging, ist heute sicherlich Allgemeingut vieler Sozialdemokraten geworden: Die vielen theoretischen Debatten drehten sich immer wieder im Kreise, an die eigentliche praktische Problematik kamen sie überhaupt nicht heran. Es war wie mit einem Schiff, das vor Anker liegt. Es dreht, es wendet, es treibt vor in Wind und Strömung, nach hier und nach dort, aber immer nur in einem Kreis, dessen Radius die Ankerrosse bildet. So hingen alle sozialdemokratischen politischen Anschauungen und Überlegungen am Anker überholter marxistischer Vorstellungen und Hemmungen, und niemand hatte den Mut und zugleich die Macht, diesen Anker zu lösen, oder aber die Trosse einfach zu kappen.

Julius Leber

WIRTSCHAFTSRAT UND VERFASSUNG

Die Bundesrepublik darf sich durch ihre Souveränität und ihren wirtschaftlichen Aufschwung im Hinblick auf die Abtrennung Mitteld Deutschlands, die Soziallasten und die Übervölkerung nicht davon abbringen lassen, ihre Lebensformen und -weisen in jeglicher Beziehung kritisch zu prüfen, neu zu ordnen und weiterzuentwickeln. Die Notwendigkeit, ihr Haus aufzuräumen und es zweckmäßig, d. h. wirkungsvoll auszustatten, ist wegen der erforderlichen gesamtdeutschen Brauchbarkeit des Bauwerkes zwingend. Diese Aufgabe wird wesentlich durch den Umstand erleichtert, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik sich selbst als ein Provisorium bezeichnet¹⁾. Diese Arbeit wird durch die allgemeine Überzeugung angeregt, daß das Durchdenken der Neuordnung der Verhältnisse Gesamtdeutschlands keinen Aufschub duldet, zumal das Zusammenkommen der beiden schon lange genug voneinander getrennten Teile nur im Wege eines echten Kompromisses aus einem zunächst einander fremden Nebeneinander gegensätzlicher Lebensformen denkbar erscheint. Somit bedeutet ein sinnvolles Einordnen der Verbände ins politische Leben der Bundesrepublik schon im Hinblick auf Art. 13 der Verfassung der sogenannten Deutschen Demokratischen Republik²⁾ eine Vorentscheidung. Eine vom Gemeinwohl bedingte Disziplinierung der Verbände im westdeutschen politischen Leben würde diese Einrichtung der sogenannten DDR, die sich in allen Verfassungen des Ostblocks von der Sowjetunion bis zum letzten ihrer Satelliten wiederfindet, für eine gesamtdeutsche Verfassung überflüssig machen und damit eine gefährliche Versuchung ausschalten, die Verbände über ihre Abgeordneten zur totalitären Ausübung von Staatsmacht zu mißbrauchen.

Spannungen formen den Staatscharakter

Das Verhältnis von Staat und Verbänden ist nur ein Anwendungsfall eines wesentlich älteren allgemeinen Problems, der Zu- und Einordnung dynamischer Kräfte zum Staat. Die Art und Weise, wie diese Ordnung im einzelnen bewältigt wurde, kennzeichnet geradezu die verschiedenen Staatsformen. Sie führte zu ungeschriebenen oder geschriebenen Regeln — den Verfassungen — mit dem Ziel, die entstandenen dynamischen Kräfte dem Ganzen nutzbar zu machen und als Gegenleistung die Staatsallmacht gegenüber diesen Kräften und den sie tragenden einzelnen Staatsangehörigen zu beschränken.

Ohne den Ausschlag des Pendels zwischen totalitärer Gleichmacherei und individueller Vielfalt im Leben der Staatsbürger durch die Jahrtausende zu verfolgen, sei für die Neuzeit folgendes vermerkt: Nach den Glaubenskriegen klärte sich

¹⁾ In der Präambel zum Grundgesetz heißt es: „... um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben.“

²⁾ Art. 13 lautet: „Vereinigungen, die die demokratische Gestaltung des öffentlichen Lebens auf der Grundlage dieser Verfassung setzungsgemäß erstreben und deren Organe durch ihre Mitglieder bestimmt werden, sind berechtigt, Wahlvorschläge für die Volksvertretungen der Gemeinden, Kreise und Länder einzumachen.“

„Wahlvorschläge für die Volkskammer dürfen nur die Vereinigungen aufstellen, die nach ihrer Satzung die demokratische Gestaltung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens der gesamten Republik erstreben und deren Organisation das ganze Staatsgebiet umfaßt.“ — Vgl. auch § 16 des „Entwurfes eines Gesetzes für die Durchführung gesamtdeutscher Wahlen zur Nationalversammlung.“

der Staatsbegriff dahin, daß der Staat, ausgerüstet mit den „Monopolen der territorialen Beherrschung und der Gewaltanwendung“ (Max Weber), souverän über allen Parteilungen und Interessen stehend, diese umfaßt. Das war ebenso der Kern der Lehre des Thomas Hobbes („Leviathan“, 1651) wie der Sinn der Bemühungen von Charles de Montesquieu (1689—1755). Bei der Dreieinteilung der Staatsgewalt ging es dem Franzosen letztlich nur um die dauernde Aufgabenverteilung an die dynamischen Kräfte von Königtum, Adel, Geistlichkeit und Bürgertum. Er löste sie, indem er die Gesetzgebung den Ständen, die Regierung dem König und die Rechtsprechung an von beiden unabhängige Gerichte verwies. Gegenüber diesen noch zu überschauenden und erfassbaren Zuständen des 17. und 18. Jahrhunderts sah das 19. und die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts mit dem Aufkommen der industriellen Gesellschaft an Stelle der Stände als neue dynamische Kräfte die Parteien. Ihnen gegenüber betonte der Staat erst recht seine Objektivität, seine Neutralität, aber auch seine selbstverständliche Herrschaft, gegründet auf seine eigene sittliche Würde, wie sie in der Idee vom Rechtsstaat — Gleichheit aller, auch der gesellschaftlich Ungleichen, vor dem Gesetz — ihren klassischen Ausdruck fand (R. v. Mohl). Diese Auffassung reicht bis in die letzten Tage der Weimarer Republik; sie wurde getragen von den Resten eines einstmals wirtschaftlich und geistig unabhängigen Berufsbeamtentums und repräsentiert durch einen aus unmittelbarer Volkswahl legitimierten Reichspräsidenten.

Das Grundgesetz hat diese Lage vollkommen verändert. Es machte aus den Parteien des 19. Jahrhunderts, den losen gesellschaftlichen Zusammenschlüssen politisch Gesinnungsverwandter zum Zwecke der Wahl, rechtlich geordnete Verfassungsfaktoren (Art. 21 ff GG) und hat damit den Parteienstaat bis zur letzten Konsequenz verwirklicht und die Dreieinteilung der Gewalten beseitigt (Abhängigkeit der Exekutive vom Parlament, einschließlich des vom Parlament gewählten Bundespräsidenten, Richterwahl durch das Parlament⁴⁾). Mit der Auslieferung der gesamten Staatsgewalt an eine dynamische Kraft, an die Parteien, hat der Staat seine innere Souveränität über die übrigen dynamischen Kräfte verloren (E. Forsthoff⁵⁾); er ist selbst dynamisch, nämlich zu einem stetig erneuernden Prozeß geworden, der die Integration im politischen Raum im Sinne moderner Massendemokratien in der Richtung möglichst demokratischer Selbstbestimmung unter, möglichster Wahrung und Entwicklung der Menschenrechte vorantreibt (Alfred Weber⁶⁾). Da dieser Staat keine innere Souveränität mehr besitzt, sondern selbst in die Arena herabgestiegen ist, erscheint es nur folgerichtig, wenn andere demokratische Integrationsprozesse, etwa auf religiösem, wirtschaftlichem oder sozialem Gebiet, neben ihm wirksam werden, und daß ihre Erscheinungsformen — die Verbände — zu den Trägern des Staates — den Parteien — in Beziehung treten. Die Gesamtheit dieser Verbände, z. B. die Kirchen, die Kinderreichen, die Steuerzahler, die Flüchtlinge, die Soldatenbünde, die Bauern, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände u. a. m., wird in der Auseinandersetzung mit den Parteien zum wirksamsten Faktor der Bildung einer öffentlichen Meinung. Diese öffentliche Meinung aber schafft ein neues wirksames Gegengewicht gegen die Allmacht der Parteien, sie wird geradezu zur vierten Gewalt (E. Kogon⁷⁾), dazu bestimmt, die durch die Bildung des Parteienstaates und die damit verbundene Beseitigung der Gewaltenteilung erfolgte Gleichgewichtsverschiebung wiederherzustellen. Von diesem allgemeinen Blick-

⁴⁾ Hierzu immer noch grundlegend W. Weber: „Spannungen und Kräfte im westdeutschen Verfassungssystem“. Stuttgart, 1951.

⁵⁾ E. Forsthoff, *wiederholt*, u. a.: „Tendenzen und Kräfte im heutigen Verfassungsleben“. Vortragsreihe des Deutschen Institut für Politikwissenschaft, Köln, 1951, Nr. 18; „Die Wirtschaftsverfassung im Rahmen der Gesamtverfassung“ in: „Ratgeber von Parlament und Regierung“, Frankfurt a. M., 1951, S. 127 ff; „Zur Problematik des Bundeswirtschaftsrats“ in: „Die Öffentliche Verwaltung“, 1952, Nr. 23.

⁶⁾ Alfred Weber: „Staat und gewerkschaftliche Aktion“. Köln, 1954, S. 12.

⁷⁾ E. Kogon auf dem „Europäischen Gespräch“ in Recklinghausen, nach Bericht von L. Preller in: „Sozialer Fortschritt“, 1952, S. 223.

punkt her wird die ungewöhnliche verfassungsrechtliche Bedeutung eines zu Ende gedachten, wohlabgewogenen Verhältnisses der Bundesrepublik zu ihren Verbänden, hier insbesondere zu den Wirtschaftsverbänden, deutlich.

Wirtschaftsverbände und Parlament

Die modernen Wirtschaftsverbände sind ein Ergebnis der industriellen Gesellschaft. Ihr Aufbau reicht in Deutschland bis weit vor das Revolutionsjahr 1848 zurück. Die ersten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände kamen aus dem Handwerk. Der Aufbau der einzelnen Verbände war schon vor dem ersten Weltkrieg beendet. Der Zusammenschluß der Einzelverbände zu Einheitsorganisationen erfolgte bei den Unternehmern nach dem ersten Weltkriege im Jahre 1920 (Zentralausschuß der Deutschen Unternehmerverbände), bei den Arbeitnehmern erst im Jahre 1949 (Deutscher Gewerkschaftsbund).

1914 hatten die Unternehmer 3000 Arbeitgebervereinigungen mit 132 000 Mitgliedern, die verschiedenen Richtungsgewerkschaften zusammen etwa drei Millionen Angehörige⁷⁾. Diese Zahlen erhöhten sich laufend. Nach der Arbeitsstättenzählung vom 18. September 1950⁸⁾ hatten die Arbeitgeberverbände, berufsständischen Organisationen und sonstigen Interessentenvertretungen in Westdeutschland 5381, die Gewerkschaften 1273 Arbeitsstätten mit 30 916 bzw. 7315 Beschäftigten. Gegenüber dem Jahre 1939 bedeutet das, gemessen an der Zahl der Beschäftigten, eine Zunahme von 40 v. H. (in der übrigen Wirtschaft nur 12 v. H.). Diese Entwicklung hat auch nach 1950 angehalten. Allein im Raum von Bonn befinden sich etwa 300 Verbandsbüros.

Das zahlenmäßige Anwachsen der Verbände gibt aber noch kein vollständiges Bild. Hinzu kommt, daß sich die Struktur der Organisationen erheblich geändert und ihre Wirksamkeit sich damit außerordentlich verstärkt hat. Wurde noch in der Weimarer Republik wirtschaftspolitische Generalstabsarbeit nur in den Spitzenverbänden geleistet, so finden sich heute auf jeder Stufe eigene statistische, volks- und betriebswirtschaftliche, finanz-, sozial- und pressepolitische Referate oder Abteilungen⁹⁾. Eine derartige Apparatur ermöglicht es den Verbänden, ihre Dynamik mindestens in technischer Hinsicht voll zur Auswirkung kommen zu lassen.

Diese Dynamik wiederum ist eine Folge der durch zwei verlorene Weltkriege und die damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Umwälzungen verursachten völligen Umwandlung des wirtschaftlichen und sozialen Gefüges der gesamten Bevölkerung. War aus diesem Grunde schon nach dem ersten Weltkrieg eine außerordentlich verstärkte Tätigkeit der Wirtschaftsverbände festzustellen, um wieviel stärker mußte dies für die Zeit nach 1945 gelten!

Der Gegenspieler aller Anliegen der Verbände war seit jeher der Gesetzgeber, das Parlament, selbst zur Zeit der konstitutionellen Monarchie. Gustav Stresemann¹⁰⁾ fällt zu Beginn seiner politischen Laufbahn (am Reichstag des Jahres 1907) auf, daß ideologische Grundsätze kaum mehr eine Rolle spielen und wirtschaftliche Fragen alles überlagert haben. Otto Most¹¹⁾ berichtet, daß 90 v. H. des Arbeitsquantums des Deutschen Reichstages vor 1914 bereits wirtschaftliche Angelegenheiten betraf. Es ist daher nicht überraschend, daß schon 1848 die Frankfurter Paulskirche vom 1. Deutschen Handwerker- und Gewerbekongreß mit Eingaben versehen wurde und daß acht Jahre nach Gründung des Reiches, im Jahre 1878, die Wahlkandidaten zum Reichstag von den Wirtschaftsverbänden nach ihrer Einstellung zur Handelspolitik befragt wurden¹²⁾.

⁷⁾ Hierzu und zum folgenden F. Hauenstein „Die Verbandspyramiden“, in: „Die Gegenwart“, 1955, S. 315 ff.

⁸⁾ Stat. Jahrbuch, 1953, S. 203.

⁹⁾ P. Sweerts-Sporck: „Bundeswirtschaftsrat ante portas“ in: „Der Volkswirt“, 1954, Nr. 4, S. 1 ff.

¹⁰⁾ Hauenstein a. a. O., S. 315.

¹¹⁾ Hauenstein a. a. O., S. 313.

¹²⁾ Hauenstein a. a. O., S. 317.

Sehr viel drängender aber ist die Frage nach dem Verhältnis der Verbände zum Parlament für die deutsche Gegenwart in Anbetracht eines Grundgesetzes, das die politischen Parteien zu alleinigen Verfassungsfaktoren gemacht hat, obwohl diese Parteien nur zwischen 3 bis 5 v. H. der gesamten Wählerschaft umfassen. Es ist notwendiger denn je, die Lücke zu schließen, die in der Verfassung zwischen Individuum und Staat klappt (Nell-Breuning)¹²⁾ und die nur durch den legalen Einbau der Verbände auszufüllen ist. Das gilt um so mehr, wenn man bedenkt, daß diese Verbände, denen die Mehrheit der Staatsbürger angehört, die vopolitischen Entscheidungen treffen, die außerhalb des Parlaments zu 90 v. H. das Leben ausmachen. „Die Frage des Verhältnisses der meinungsbildenden Gruppen zum parlamentarischen Staat ist das Problem der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts“ (L. Preller)¹³⁾. Nach diesen Überlegungen konzentriert sich alles auf die Frage, wie die Verbände — hier die Wirtschaftsverbände — an der Meinungsbildung mitwirken können und sollen. Dabei geht es noch nicht um die Durchführung, sondern zunächst um die Grenzen innerhalb des Ganzen. Hierzu muß klar Stellung genommen werden, denn es zeigt sich immer wieder, daß die Gegner einer verfassungsmäßigen Integration der Verbände in dieser Integration ein trojanisches Pferd vermuten, das den Sinn des Grundgesetzes in sein Gegenteil verkehren solle.

Nun ist es zwar richtig, daß das Grundgesetz sehr weit und vorsichtig gefaßt ist. Der Gesetzgeber hat es insbesondere vermieden, zu umstrittenen Fragen der Wirtschaftsordnung Stellung zu nehmen. So lehnte man die Aufnahme des Räteartikels 165 der Weimarer Verfassung in der Besorgnis ab, daß eine Übereinstimmung hierüber nicht zu erzielen wäre. Aber die Untersuchungen von Huber¹⁴⁾ und Nipperdey¹⁵⁾ haben klargemacht, daß das Grundgesetz doch eine wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundentscheidung für eine gemischte Wirtschaftsverfassung enthält, die individualrechtliche Freiheitsverbürgungen und sozialrechtliche Freiheitsbindungen in einem System ausgleichender Ordnungen zusammenfaßt und damit sowohl extrem liberalistische als auch rein planwirtschaftliche Wirtschaftsordnungen ausschließt.

Was für die Wirtschaftsverfassung gilt, trifft um so mehr für die allgemeinen Bestimmungen zu. Das Grundgesetz hat ausdrücklich die Grundrechte (Art. 1—20 GG) als in ihrem Wesensgehalt unabänderlich und unaufhebbar erklärt (Art. 79 GG). Die Verfassung trägt mit ihrem Bekenntnis zur Menschenwürde und zur freien Entfaltung der Persönlichkeit freiheitliche Züge, die totalitäre Maßnahmen — auch mit demokratischer Mehrheit bei einem Zusammentreffen von Volkswillen und Jakobinismus (W. Martini)¹⁶⁾ — unmöglich machen, z. B. Eingriff in das Elternrecht, Zwangsarbeit, Beschränkung der Freizügigkeit, Einschränkungen der Bekenntnis-, Meinungs- und Koalitionsfreiheit. Wenn auch der Parteienstaat des Grundgesetzes der inneren Souveränität entbehrt mit der Folge, daß nicht jede Integration von ihm abgeleitet ist und daher auch nicht seiner Genehmigung bedarf, sondern durchaus autonom neben ihm steht, so hat doch gerade Alfred Weber¹⁷⁾ darauf hingewiesen, daß der Bundesrepublik das Monopol der Gewaltanwendung verblieben ist, von dem sie zu Recht Gebrauch machen würde, wollte die Integration der Verbände an den immanenten Grundfesten der Demokratie rütteln.

¹²⁾ Nell-Breuning auf dem „Europäischen Gespräch“ in Recklinghausen, nach Bericht von L. Preller in: „Sozialer Fortschritt“, 1952, S. 223 ff.

¹³⁾ Preller: „Um die Verfassung des zwanzigsten Jahrhunderts“ in: „Sozialer Fortschritt“, 1952, S. 223 ff.

¹⁴⁾ E. R. Huber: „Wirtschaftsverwaltungsrecht“. Tübingen, 1953, Bd. I S. 30/31.

¹⁵⁾ H. C. Nipperdey: „Die soziale Marktwirtschaft in der Verfassung der Bundesrepublik“. In: „Wirtschaft und Wettbewerb“, 1954, S. 211 ff.

¹⁶⁾ W. Martini: „Das Ende aller Sicherheit“, Stuttgart, 1954, S. 42 ff.

¹⁷⁾ A. Weber a. a. O., S. 13.

Von solchen Ausnahmefällen abgesehen, in denen schon die bloße Meinungsäußerung Bestandteil einer antidemokratischen Aktion sein kann, bleibt den Verbänden das weite Feld der freien Meinungsäußerung in jederlei Gestalt. Dazu können auch Formen gehören, die ungewöhnlich, aber gerade deshalb geeignet sind, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu erregen, wie etwa Sternfahrten von gegen die Verkehrsneuordnung protestierenden Kraftfahrern nach Bonn oder befristete Arbeitseinstellungen (sogenannte Proteststreiks) der Gewerkschaften. Die Grenze der Meinungsäußerung dürfte hier wie allgemein dort liegen, wo die Äußerung zur Aktion gegen die Allgemeinheit, zum unmittelbaren Zwang gegenüber dem Parlament wird. Ein Lieferstreik der Landwirte, ein Generalstreik der Gewerkschaften kann durchaus gerechtfertigt sein, aber nur zur Rettung der unmittelbar bedrohten Demokratie im Sinne des von der öffentlichen Meinung anerkannten Gemeinwohls. Von diesen seltenen Ausnahmen abgesehen aber bleibt es den Verbänden wie seit jeher unbenommen, auch auf die Entschlüsse des Parlaments Einfluß zu nehmen, wobei Mißbräuche im allgemeinen sehr schnell der öffentlichen Meinung bekannt zu werden pflegen. Diese verfassungsrechtliche Klarstellung erscheint deswegen besonders notwendig, weil die gegenwärtige politische Praxis oft genug den umgekehrten Weg einschlägt. Man wirft den Verbänden vor, sie betätigten sich bei der öffentlichen Meinungsbildung auf Gebieten, die außerhalb der Verbandsaufgaben lägen. Das zu beurteilen und u. U. zu ändern, ist aber ausschließlich Sache der Verbandsmitglieder, also eine verbandsinterne Angelegenheit. Nach außen hin sind die Verbände im Rahmen der angeführten, eigentlich selbstverständlichen Einschränkungen völlig frei. Das ist die Folge der Verbandsautonomie im modernen Staat, der nur den äußeren Rahmen, nicht den inneren Gehalt der Verbandsintegrationen zu bestimmen hat. Diese Feststellung gewinnt dadurch an Bedeutung, daß in zunehmendem Maße die subjektiven, von der Verfassung geschützten Freiheitsrechte der Einzelperson zu Kollektivrechten der betreffenden Gruppe werden; etwa das Koalitionsrecht für die Gewerkschaften, das Elternrecht für die Kirchen, das Kriegsdienstverweigerungsrecht für bestimmte Gruppen. Klarheit besteht nunmehr darüber, daß die Wirtschaftsverbände

im Zeitalter der industriellen Gesellschaft notwendig sind,

in der Bundesrepublik zu den Faktoren gehören, die öffentliche Meinung und als deren Folge auch politische Dynamik erzeugen und damit zu den Trägern des Verfassungslebens zählen.

In dieser Situation ist die Frage zu beantworten, ob solche Organisationen nicht auch von der Verfassung zur Kenntnis genommen werden sollten, und wenn ja, in welcher Form, nachdem die verschiedenen Institutionen der Verfassung (Parlament, Regierung, Rechtsprechung) schon längst mit ihnen rechnen.

Vorschläge und Versuche zur Einordnung der Wirtschaftsverbände

Die in der Wirtschaft tätigen Menschen, vor allem die Arbeitnehmer, aber auch die Arbeitgeber, haben die verfassungsmäßige, mindestens aber gesetzliche Anerkennung ihrer Verbandsorganisation und Arbeit stets bejaht und gefordert. Von den Fabrikausschüssen des Gewerbeordnungsentwurfes der Paulskirche zu Frankfurt (1848/49) über die in den Arbeiterschutzgesetzentwürfen der SPD vorgesehenen Arbeitskammern (1884, 1899, 1903) und die Arbeiterkammern des Kölner Gewerkschaftskongresses (1905) zur Zentralarbeitsgemeinschaft der Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vom 15. November 1918 und dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat des Art. 165 der Weimarer Verfassung vom 11. August 1919 führt ein gerader Weg zu den gegenwärtigen Überlegungen über die Schaffung von Wirtschaftsräten bei Bund und Ländern, ohne oder mit

gleichzeitigem Um- oder Ausbau der bestehenden Kammern für Industrie und Handel, Handwerk und Landwirtschaft.

Schon vor der Errichtung der Bundesrepublik hatten SPD und CDU (letztere im Ahlener Programm vom 8. Februar 1947), später auch die christlichen Kirchen (Bochumer Katholikentag vom 1. bis 4. September 1949, Essener Evangelischer Kirchentag vom 28. August 1950) positiv zu dem Gedanken der Mitwirkung der in der Wirtschaft tätigen Menschen an einer wirtschaftspolitischen Meinungs- und Willensbildung Stellung genommen. Nach Errichtung der Bundesrepublik legte der DGB in seiner „Denkschrift zur Neuordnung der deutschen Wirtschaft“ vom 22. Mai 1950 einen Gesetzesvorschlag vor, der seinen Niederschlag in einem Antrag der SPD vom 25. Juli 1950 (Bundestagsdrucksache Nr. 1229) fand und neben einem Bundeswirtschaftsrat paritätisch besetzte Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern und Landwirtschaftskammern forderte. — Im Frühjahr 1951 schlug Karl Arnold die Schaffung eines Bundeswirtschaftsrates, von Landeswirtschaftsräten und Bezirkswirtschaftskammern vor. Die Wirtschaftsräte sollten danach nicht paritätisch, sondern nach dem Verhältnis 2:2:1 unter Mitwirkung einer dritten Gruppe aus Wissenschaft, freien Berufen und verdienten Persönlichkeiten besetzt werden; die Bezirkswirtschaftskammern sind eine Art paritätisch besetzte Mittelinstanz zwischen Industrie und Handelskammern und dem zuständigen Landeswirtschaftsrat, eine Arbeiterkammer mit Unternehmerbeteiligung. — Im Frühjahr dieses Jahres ist insbesondere durch die Evangelische Akademie Westfalen in Bochum der „Entwurf eines Wirtschaftsverfassungsgesetzes“ bekanntgeworden. Dieser schon ältere Entwurf des Ministerialrats a. D. O. Frielinghaus sieht Wirtschaftskammern und eine Bundeswirtschaftskammer vor. Die Wirtschaftskammern will er aus den bestehenden Industrie- und Handelskammern gewinnen durch die Zuordnung von zwei Abteilungen für Angestellte und Arbeiter unter Belassung ihrer rechtlichen Selbständigkeit als Abteilung der Unternehmer. Jede der drei Abteilungen erhält für sich öffentlich-rechtlichen Charakter, die Wirtschaftskammer selbst auch; sie ist also eine Art Zweckverband. Die Bundeswirtschaftskammer ist eine Zusammenfassung nicht nur der Wirtschaftskammern, sondern auch der Handwerks- und Landwirtschaftskammern. Im ganzen gesehen stellt dieser interessante, durchdachte und klar formulierte Entwurf eindeutig ab auf die Möglichkeit ständiger, intensiv selbstverwaltender Mitarbeit der Wirtschaft in allen Zweigen und Berufsgruppen. — Von privater Seite ist in diesem Zusammenhange noch der vor Jahren vorgelegte „Entwurf eines Gesetzes zur Organisation der deutschen Wirtschaft“ von G. P. Spindler und E. Guilleaume zu nennen, der ebenfalls Wirtschaftskammern — unter Auflösung der bisherigen verschiedenen Kammerorganisationen — und eine Bundeswirtschaftskammer vorsieht. Bei diesem Entwurf ist aber die Wahlordnung und Stimmaufteilung über die Betriebe ebenso umstritten wie die Zweckmäßigkeit der Aufgliederung der Kammern in Fachkammern nach Wirtschaftszweigen.

Alle diese Entwürfe sind bisher nicht verwirklicht worden. Aus der Zeit der Länderhoheit vor der Errichtung der Bundesrepublik stammen die beiden einzigen auf paritätischer Grundlage arbeitenden gemeinsamen Einrichtungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern: die Wirtschaftskammer in Bremen (vom 18. Mai 1920; wiedererrichtet am 20. Juli 1945) und die Hauptwirtschaftskammer in Rheinland-Pfalz (27. Juli 1948).

Die Aufgabe bestimmt den Weg der Einordnung

Bedeutende Vertreter der Wissenschaft sind seit langem von der Notwendigkeit überzeugt gewesen, die Gruppen des Wirtschaftslebens in gemeinsamen Einrichtungen zusammenzuführen. Schon 1850 meint der Historiker und Soziologe Lorenz von Stein: „Damit aber Kapital und Arbeit sich gegenseitig berühren

und zum gegenseitigen Nachgeben zwingen oder veranlassen können, muß die Verfassung so eingerichtet sein, daß beide Elemente der industriellen Gesellschaft, Arbeit und Kapital, gemeinschaftlich und mit gleichem Rechte an der Bildung der höchsten Staatsgewalt teilnehmen¹⁹⁾. 1920/21 schreibt Ortega y Gasset: „Es ist nicht notwendig und wichtig, daß die einzelnen Gruppen einer sozialen Gemeinschaft in ihren Wünschen und Ideen übereinstimmen; notwendig und wichtig ist nur, daß eine jede die Wünsche und Ideen der anderen kennt und auf gewisse Weise miterlebt. Tut eine Zunft oder Berufsgruppe dies nicht, so verliert sie die Fähigkeit; sie spürt an ihrer Peripherie die Berührung und den Druck der anderen nicht mehr und glaubt infolgedessen, daß sie allein vorhanden, daß sie für sich ein Ganzes sei“²⁰⁾.

Die Hemmungen der politischen Praxis, diese großen und zugleich einfachen Erkenntnisse zu verwirklichen, haben mannigfache Ursachen. Ihnen begegnet man bei der näheren Prüfung von Aufgaben und Umfang derartiger Gremien.

Die erste Aufgabe eines Bundeswirtschaftsrats — nur dieser soll zunächst betrachtet werden — ist es, in den Aussprachen (nicht Ansprachen) seiner Mitglieder deutlich zu machen, was die Verbände zu bestimmten wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Fragen der Nation eigentlich meinen und wollen, welche Vorstellungen sie haben und welche Mittel sie zu ihrer Verwirklichung vorschlagen. Allein um dieser regelmäßigen, von taktischen Erwägungen unabhängigen Begegnung willen, die dem Kennenlernen und dem Ausgleich der gegenseitigen Interessen dient, die Verbände und ihre Vertreter verfassungsmäßig legitimiert und damit dem „Halbdunkel vorparlamentarischer Lobbies und dem Zwielicht außerparlamentarischer Aktionen“²¹⁾ entreißt, schon um dieser Wirkungen willen sollte ein Bundeswirtschaftsrat geschaffen werden. Von einer so gehandhabten Institution dürfte keine Gefahr für das allgemeine politische Leben ausgehen. Im Gegenteil könnte — wie im Mittelalter der latente Bürgerkriegszustand durch die Bildung der Parlamente und ihrer Parteien beendet wurde — auch die Bildung eines Wirtschaftsrates die von seinen Gegnern folgerichtig vertretene Tendenz zum Klassenkampf von oben und unten überwinden helfen.

Die zweite Aufgabe eines Bundeswirtschaftsrates folgt unmittelbar als Ergebnis gepflogener Aussprachen, nämlich die Niederschrift solcher Ergebnisse in Form von Gutachten zu bestimmten Fragen für das Parlament. Gewährt man dabei dem Bundeswirtschaftsrat das Recht, zu allen in seine Zuständigkeit fallenden, im Parlament behandelten Gesetzesvorlagen, vor Beginn der dritten Lesung ein Gutachten vorzulegen, und verpflichtet man den Bundestag, zu diesem Gutachten vor endgültiger Verabschiedung des Gesetzes Stellung zu nehmen²²⁾, dann würde zweifellos erreicht, daß der Bundeswirtschaftsrat nicht — wie etwa früher der vorläufige Reichswirtschaftsrat und heute der Bayerische Senat²³⁾ — vom Parlament ausgeschaltet werden kann. Der sachverständige Beitrag des Bundeswirtschaftsrates könnte die Arbeit des Parlamentes wesentlich erleichtern, ohne dessen ausschließliche politische Entscheidungsbefugnis anzutasten.

Darüber hinaus könnten die ständigen Ausschüsse des Bundeswirtschaftsrates den Fachausschüssen von Bundestag und Bundesrat, aber auch den Ministerien zur Verfügung stehen; letzteren mit der Maßgabe, daß ein Ministerium sich zukünftig grundsätzlich nur an die hierfür zuständigen Ausschüsse des Bundeswirtschaftsrates zu halten hat. Damit könnten unkontrollierte Nebeneinflüsse der Verbände zu einem wesentlichen Teile ausgeschaltet werden.

¹⁹⁾ L. v. Stein: „Geschichte der sozialen Bewegung in Frankreich bis auf unsere Zeit“, 1850.

²⁰⁾ Ortega y Gasset: „Stern und Unstern über Spanien“, Stuttgart, 1952.

²¹⁾ C. B. Fischer: „Zur Aufgabe eines Bundeswirtschaftsrates“. In: „Sozialer Fortschritt“, 1956, S. 112 ff.

²²⁾ Fischer a. a. O., S. 113.

²³⁾ J. Singer: „Die Bedeutung und die Aufgaben des Bayerischen Senats“. In: „Ratgeber von Parlament und Regierung“, Frankfurt a. M., 1951, S. 9 ff.

Mit diesen beiden großen Aufgabenkreisen sollte es zunächst sein Bewenden haben. Aus diesen Aufgaben ergeben sich zwanglos eine Fülle anderer Möglichkeiten, wie etwa die gemeinsame Beobachtung und Feststellung wirtschaftlicher Vorgänge (z. B. Lohn- und Preisbewegung), gemeinsame Schiedsgerichte, Schlichtungsstellen usw. Insbesondere sollte man einem Bundeswirtschaftsrat keine Gesetzesinitiative und auch kein Enqueterecht gewähren. Der Verzicht auf die Gesetzesinitiative ist die einzige Möglichkeit, dem Parlament überzeugend die Sorge vor einer konkurrierenden Instanz zu nehmen. Die Nichtgewährung des Enqueterchts verhindert die sonst zwangsläufige Entstehung einer neuen, fachlich geschulten Bürokratie und verweist den Bundeswirtschaftsrat auf die Inanspruchnahme bestehender, hierfür geeigneter Einrichtungen wie das Statistische Bundesamt.

Mit der Begrenzung und Begründung der Aufgabengebiete des Bundeswirtschaftsrates ist auch zu anderen Fragen Stellung genommen, deren Fülle nur geeignet ist, vom Wesentlichen abzulenken. So ist einem Gutachter- und Beratungsorgan, dessen primäre Bedeutung in dem Sichtbarwerden der Verbände und in ihrem Gedankenaustausch liegt, eine „dritte Kraft“ (bestehend aus Vertretern von Wissenschaft, öffentlichem Dienst, Hausfrauen usw.) völlig wesensfremd. Da überdies nicht abgestimmt wird, bedarf es auch aus diesem Grunde keiner ausgleichenden Gruppe. Gutachten aber werden immer Meinungen und Gegenmeinungen aufweisen; sie erhalten aus der Gegenüberstellung erst ihren eigentlichen Wert. Ähnliches gilt für die Mitgliederzahl. Sie sollte ausschließlich von der Notwendigkeit, die erforderlichen Ausschüsse gut besetzen zu können, bestimmt sein. Dabei kann das Prinzip des Gesandtenkongresses mit der Möglichkeit eines ständigen Stellvertreters erleichternd wirken. Das gilt um so mehr, als die Wirtschaft weder qualifizierbar noch quantifizierbar ist, wie sich bei den gescheiterten Versuchen des Reichswirtschaftsrates gezeigt hat, jeden Wirtschaftszweig vertreten sein zu lassen. Auch hier wird das Auswahlprinzip der Verbände bremsend und helfend wirken. Dabei soll auf den formalen Einwand, daß der Staat keine Mitglieder in Institutionen berufen könne, die ihm von Vereinigungen des privaten Rechts vorgeschlagen werden, nicht näher eingegangen werden. Die Gegenforderung, diesen Vereinigungen dann öffentlich-rechtlichen Charakter zu geben und sie der Staatsaufsicht zu unterstellen, verkennt, daß dann von einer Mitwirkung freier Verbände nicht mehr gesprochen werden kann²⁴). Dresbach²⁵) übersieht bei dieser seiner ständigen Forderung auch, daß er hiermit das Parlament absolut setzt und einen Staat mit absoluter innerer Souveränität sieht, der nach dem Grundgesetz nicht mehr vorhanden ist.

Auch auf die gewiß wichtige Frage nach der Umgestaltung der Kammern soll hier nicht näher eingegangen werden. Ein Bundeswirtschaftsrat bedarf als solcher keines „Unterbaues“. Ob die Kammern etwa im Sinne der Vorschläge von Frielinghaus auszubauen wären, hängt wesentlich davon ab, ob die gesamte Wirtschaft — insbesondere die Unternehmerschaft — die darin liegende einzigartige Möglichkeit, einen brauchbaren Apparat für ihre intensivierte Selbstverwaltung zu schaffen, erkennt und aufgreift. Diese aktive Selbstverwaltung wäre in ihrer Tätigkeit aber wesentlich verschieden von der Aussprache-, Gutachter- und Beratungsfunktion eines Bundeswirtschaftsrates.

Wenn selbst ein Bundeswirtschaftsrat heftig umkämpft wird, dann liegt das an der unbefriedigend funktionierenden westdeutschen Demokratie. Im Gegensatz zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik herrscht in ihrem politischen Leben weitgehend lähmender Stillstand; eine auf allen Seiten bemerkbare

²⁴) Hauenstein a. a. O., S. 113.

²⁵) A. Dresbach: „Der Staat und die Stände“. In: „Süddeutsche Zeitung“ v. 21./22. 8. 1954, Nr. 192.

Neigung zur Restauration der vergangenen, guten, alten Zeit setzt sich allenthalben durch, verbunden mit mangelnder Toleranz. Sie läßt selten echte Diskussion aufkommen²⁶⁾.

Institution oder Symbol?

Bei der Analyse des westdeutschen Staates muß immer wieder an seinen Mangel an innerer Souveränität erinnert werden. Hier sollte die „Therapie“ einsetzen. Soll der junge Staat nicht in schwere innere Krisen geraten, dann muß der öffentliche Dienst im weitesten Sinne, d. h. einschließlich der Wissenschaft, seine alte Unabhängigkeit, die er zur Zeit der konstitutionellen Monarchie besaß, zurückgewinnen. Natürlich ist das nicht über die Neubildung einer wirtschaftlich gesicherten und gesellschaftlich einseitig ausgewählten Schicht möglich wie zu früheren Zeiten, wohl aber durch die Beseitigung eines konfessionell, parteipolitisch und nach Interessentengruppen ausgewählten Beamtentums. Es ist schmerzlich, diesen Ruf nach dem bewährten Dienst „pour le roi de Prusse“ in einem Zeitpunkt erheben zu müssen, da die angelsächsischen Demokratien bewußt einen solchen unabhängigen Dienst aufgebaut haben, und zwar England seit 1919 und die Vereinigten Staaten unter F. D. Roosevelt²⁷⁾.

Ein solches Beamtentum wird einerseits den Einflüssen irgendwelcher Gruppen gegenüber unempfänglich, andererseits aber durchaus in der Lage sein, mit einem Bundeswirtschaftsrat erfolgreich zu arbeiten, eben weil es auch ihm in seiner ausschließlichen Orientierung am öffentlichen, gemeinen Wohl objektiv gegenübersteht. Ein solches Beamtentum könnte auch erfolgreich den Versuch machen, an Stelle der vielleicht zunächst schwer zu erreichenden Institution eines Bundeswirtschaftsrates ein „Symbol“ zu setzen, den „Runden Tisch“. Dieser unter dem Vorsitz von Vertretern der sich wieder objektivierenden Staatsgewalt zusammentretende Kreis könnte menschliche und sachliche Mißverständnisse ausräumen und die spätere Bildung der Institution des Bundeswirtschaftsrates vorbereiten.

Im Rahmen des öffentlichen Dienstes fällt den Vertretern der Wissenschaft eine besondere Aufgabe zu. Ihnen ist die Objektivität wesensgemäß; sie empfinden in ihrer überwältigenden Mehrheit Zweckgutachten als peinlich. Auch ihnen würde durch die Mitwirkung an einem Bundeswirtschaftsrat ein anderer, angemessener Rahmen zuteil. Nicht nur die Soziologen und die Wirtschaftswissenschaftler, auch die Historiker und Juristen sollten daher die drängenden wirtschafts- und sozialpolitischen Probleme in weitestem Umfange von sich aus aufgreifen und behandeln.

Das Zusammenwirken aller Kräfte, die guten Willens sind, könnte auf diese Weise den vorparlamentarischen Raum unseres Staates auf dem wichtigen Teilgebiet der Wirtschafts- und Sozialpolitik mit einem Leben erfüllen, das die nötige „innere Aufrüstung“ der Bundesrepublik überhaupt erst ermöglichen und sie damit in den Stand setzen würde, die gewaltigen seelischen, organisatorischen und sachlichen Aufgaben der Wiedervereinigung zu erfüllen. Darüber hinaus könnte der freiheitliche Glanz solchen Lebens unseren Brüdern in der Zone einer Hilfe, den Völkern Europas aber, die mit ähnlichen Fragen ringen, eine Anregung sein.

²⁶⁾ H. Schelsky: „Über das Restaurative in unserer Zeit“. In: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 9. 4. 1955, Nr. 83.

²⁷⁾ Th. Eschenburg: „Staatsautorität und Gruppenegoismus“. Düsseldorf, 1953, Heft 9 der „Schriftenreihe der Industrie- und Handelskammer zu Düsseldorf“.

PRESTIGESTRUKTUREN IN DER INDUSTRIELLEN GESELLSCHAFT

Prestige ist ein inneres Werterlebnis, es entsteht damit die Frage, woran dieses Erlebnis überhaupt vollzogen wird.

Jedermann schätzt in seinem engeren Verwandten- und Bekanntenkreis einige Personen mehr und andere weniger. Dies ist eine Wertung, die sich unmittelbar an den Personen orientiert. Bei einem Durchdenken oder auch einer Erfragung der Ursachen dieser unterschiedlichen Wertschätzung treten dann gewisse Charakteristika der bewerteten Personen hervor, von denen die einen geschätzt und die anderen abgelehnt werden. Das Werterlebnis *ad personam* geht also über ein Werterlebnis von Merkmalen vor sich.

Die Gesamtheit dieser Merkmale gliedert man für eine Analyse des Prestiges zweckmäßigerweise in zwei Gruppen: in die persönlich-charakterlichen und in die sozialen Merkmale.

Zur ersten Gruppe gehören vor allem charakterliche Eigenschaften, wie Ehrlichkeit, Treue, Zuverlässigkeit, Gewissenhaftigkeit, Faulheit usw.

Zur zweiten Gruppe gehören Merkmale, die dem einzelnen aus seiner Zugehörigkeit zur Gesellschaft, aus seiner Verflochtenheit in soziale Zusammenhänge erwachsen: u. a. Art der Ausbildung; Einkommensbezug, Höhe und Quelle; Wohnweise, Wohngegend, Lebensstil; Erziehung; Herkunft; Konfession; ökonomische Sicherheit; Tätigkeit, soziale Funktion der Tätigkeit; Grad der Selbständigkeit, Arbeitsbedingungen.

Die sozialen Merkmale — ohne Berücksichtigung der persönlich-charakterlichen — kennzeichnen die soziale Situation einer Person, ihre Verflochtenheit in soziale Zusammenhänge.

Diese allein interessiert hier, denn von sozialem Prestige kann nur dann die Rede sein, wenn sich eine von Personen unabhängige, aus sozialen Situationen hergeleitete Prestigeordnung bildet.

Bei der Wertung bestimmter Personen treten im allgemeinen persönlich-charakterliche und soziale Merkmale miteinander verflochten auf, und es ergibt sich die Frage, ob es überhaupt ein für beide Merkmalsgruppen getrenntes Prestigeerleben gibt.

Die soziale Situation einer Person ergibt sich aus dem Zusammentreffen bestimmter sozialer Merkmale in ganz bestimmter Ausprägung. Sie weicht bei jedem Menschen mehr oder weniger von der seiner Mitmenschen ab. Soziale Situationen sind also ganz spezifische Erscheinungen, und es ist unwahrscheinlich, daß daran ein von Personen losgelöstes Prestigeerleben anknüpfen kann. Im sozialen Kosmos treten jedoch einzelne soziale Merkmale häufig in gleicher oder ähnlicher Form zusammen auf. Sie treffen in dieser Kombination für viele Personen zu, ohne die Situation jedes einzelnen wirklich vollständig zu beschreiben. Aber sie charakterisieren die Situation derjenigen, auf die sie zu-

treffen, im groben. Daneben klammert sich das Orientierungsbedürfnis nicht an alle sozialen Merkmale gleichzeitig. Im historischen Wandel erscheinen mal diese und mal jene Merkmale wesentlicher. Diese gleichen oder jeweils besonders hervorgehobenen Ausschnitte aus vielen differenzierten sozialen Situationen verselbständigen sich im Bewußtsein der Gesellschaftsmitglieder zu Begriffen; wir wollen sie soziale Positionen nennen.

Eine soziale Position ist also eine bestimmte Kombination einzelner Merkmale, die sich als „Komplex“ im Bewußtsein des einzelnen verselbständigt hat.

Jeder Mensch beginnt sein soziales Leben — aus der Erziehung her — mit bestimmten Prestigeakzenten für einzelne soziale Merkmale. In den sozialen Kontakten des Lebens werden diese Prestigeakzente durch persönliche Erlebnisse laufend bestätigt, gefestigt oder korrigiert. Die Prestigeakzente der sozialen Merkmale sind somit dauernd im Fluß, sie bleiben allerdings wie alle Ideal-faktoren des sozialen Prozesses außerordentlich „zähflüssig“.

Gedanklich vereinfacht, baut sich das Prestige einer sozialen Position aus den Prestigeakzenten der einzelnen zusammentreffenden Merkmale auf; es wäre somit die gewichtete Summierung der Wertakzente dieser Merkmale.

Tatsächlich vollzieht sich das Prestigeerleben einer sozialen Position im allgemeinen jedoch als integraler Vorgang, der vom Wertenden her gar nicht als Aufsummierung von Prestigeakzenten einzelner Merkmale gesehen wird.

Ordnung nach Tätigkeit und sozialer Funktion

In der heutigen Gesellschaft werden soziale Positionen meist als Berufspositionen, d. h. vorwiegend von der Art der Tätigkeit und der sozialen Funktion her verstanden. Das ist nicht immer so gewesen.

So ist anzunehmen, daß das soziale Merkmal *Herkunft*, das sich u. U. in den Gruppierungen adlig und nichtadlig niederschlagen kann, in einer ständisch geprägten Gesellschaft überragende Bedeutung hat. Soziale Positionen würden dort überwiegend von der Herkunft her begriffen und akzentuiert werden.

In einer Gesellschaft, die in *Kasten* gegliedert ist, wird die Kastenzugehörigkeit in erster Linie die Vorstellung von sozialen Positionen prägen (der *Paria* und der *Brahmane*). Wenn es *Sklaven* gibt, so wird das soziale Merkmal *frei* oder *unfrei* hervorragende Bedeutung haben.

Schließlich sei daran erinnert, daß die Bezeichnungen *Proletarier* und *Kapitalist*, die an das soziale Merkmal *Besitz* anknüpfen, bei uns um die Jahrhundertwende sehr stark als soziale Positionen empfunden worden sind.

Nun ist es keinesfalls so, daß in Gesellschaftsordnungen, in denen soziale Positionen in erster Linie von der Herkunft, von der Kastenzugehörigkeit, vom Besitz und anderen sozialen Merkmalen her verstanden werden, die Berufspositionen völlig bedeutungslos sind. Sie sind dort aber meist nur von sekundärem Gewicht. Häufig können in solchen Gesellschaftsordnungen bestimmte Positionen nur von Angehörigen der einen oder anderen Kaste eingenommen werden, wie in Preußen nur der Adel Offizierspositionen besetzen konnte.

In den letzten Jahrzehnten sind in unserer Gesellschaft soziale Merkmale wie „Herkunft“ und „Besitz von Produktionsmitteln“ für das Bewußtsein sozialer Positionen immer mehr in den Hintergrund gedrängt worden. Sie sind nicht völlig verschwunden. So wird die Zugehörigkeit zum Hochadel — also eine Herkunft — besonders von älteren Leuten durchaus noch als soziale Position begriffen. Positionen, die von diesen Merkmalen her verstanden werden, sind jedoch heute praktisch bedeutungslos gegenüber denen, die als Berufsposition begriffen werden. Das soziale Verständnis klammert sich fast ausschließlich an Berufspositionen und ordnet nach Tätigkeiten und sozialen Funktionen. Das ist so ausgeprägt, daß von der Herkunft geformte Positionen, wie etwa die der

Könige in einigen skandinavischen Ländern, von einfachen Menschen in Tätigkeiten und Funktionen umgedeutet und nur so verstanden werden¹⁾).

Wenn wir feststellen, daß soziale Positionen — in unserer Gesellschaft meist Berufspositionen — selbständig, d. h. losgelöst von Personen begriffen werden, so ist damit noch nicht gesagt, daß das stets und überall der Fall ist. Es wird immer einzelne geben, denen es nicht gelingt, soziale und persönliche Merkmale zu trennen, die etwa der Position „Bankangestellter“ deshalb geringes Prestige zuordnen, weil sie jemand in solcher Position kannten, der Unterschlagungen begangen hat.

Aber selbst dort, wo soziale Positionen sich zu Begriffen verselbständigt haben, besteht zwischen ihnen und persönlich-charakterlichen Merkmalen eine gewisse Wechselwirkung. So neigt man dazu — weil sich gewisse persönlich-charakterliche Merkmale in bestimmten Positionen mehr oder weniger gehäuft finden —, diese mit jenen zu koppeln; mit der Position „Schauspieler“ Leichtgläubigkeit, mit der Position „Händler“ Knauserigkeit (Krämerseele) usf.

Es steht also die Frage an, ob gleichen Berufspositionen in unserer Gesellschaft von den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern unterschiedliches oder im Vergleich zu anderen Berufspositionen ähnliches Prestige zugemessen wird.

Im Raum Schleswig-Holstein/Hamburg wurde eine solche Untersuchung durchgeführt. Rund 1600 Personen nach Alter, Beruf, Geschlecht und anderen Merkmalen — in Gruppen gegliedert — wurden Berufe zur Ordnung nach dem sozialen Ansehen vorgelegt.

Lassen die von den befragten Personen aufgestellten Prestigeordnungen erkennen, daß es eine allgemeingültige Ansicht über die Prestigeordnung der Berufspositionen gibt? Das war die Kernfrage der Untersuchung; sie muß nach der Auswertung des gesammelten Materials bejaht werden.

Die Masse der Rangordnungen enthält ein ganz bestimmtes Ordnungsprinzip, das deutlich hervortritt, wenn man für jede Befragtengruppe aus den durchschnittlichen Rangwerten eine Rangskala zusammenstellt und alle Skalen dann miteinander vergleicht.

In jeder Befragtengruppe — die Gruppen unterscheiden sich nach den Merkmalen Alter, Beruf, Geschlecht und Stadt oder Land — lassen sich jedoch, eingefügt in das Grundprinzip der Ordnung, besondere Eigentümlichkeiten bei der Einordnung bestimmter Berufe erkennen.

Aus diesem Grunde wollen wir darauf verzichten, aus den durchschnittlichen Rangwerten eine gemeinsame Skala der Berufe für alle Befragten zu erstellen. Eine solche gemeinsame Skala besteht nur für Bruchstücke der ganzen Ordnung und wäre, wenn sie „berechnet“ würde, eine Fiktion, die gerade die typischen Unterschiede verwischt.

Die Rangordnung nach dem Urteil jeder einzelnen Bevölkerungsgruppe enthält aber die gleiche Grundstruktur; das ist das wesentliche Ergebnis. Alle Skalen sind nach dem Schema aufgebaut, das nachstehend umrissen wird. Nur die Skala der ländlichen Befragten weicht gegenüber anderen Gruppen durch die Einordnung der Bauern ab, und wir haben diese Besonderheit hervorgehoben.

Welche feineren, im einzelnen interessanten Unterschiede die Skalen der verschiedenen Befragtengruppen aufweisen, soll hier unberücksichtigt bleiben.

In der Skala jeder Befragtengruppe finden sich Berufe, über deren Einordnung auch unter den Angehörigen derselben Gruppen stärker abweichende Ansichten bestehen. Das wirkt sich in einer breiten Streuung der Rangwerte um den Mittelwert dieser Berufe aus.

¹⁾ Die Berufsposition eines Menschen ist nach außen hin nicht immer sofort zu erkennen. So kommt es vor, daß eine vorläufige Prestigezuordnung am Aufwand oder anderen offensichtlichen Erscheinungen anknüpft und daraus auf weitere soziale Merkmale geschlossen wird. Wenn dann bei näheren Kontakten die Berufsposition bekannt wird, werden die vorläufigen Orientierungen generell an dieser korrigiert.

Typisierte Prestigeordnung der Berufe

Stadt		Land
Akademiker, Fabrikdirektor	I	dto.
		+ Groß- und Mittelbauer
Elektroingenieur, Volksschullehrer	II	dto.
		+ Pächter eines mittleren Betriebes
Selbständige (mittlere) Gewerbetreibende	III	dto.
Besonders qualifizierte techn. und kaufm. Tätigkeiten (Bilanzbuchhalter)		ohne Bauer
Gelernte landw., techn. und administrative Tätigkeiten und angelernte techn. Tätigkeiten	IV	dto.
		(+ verh. Landarbeiter nach dem Urteil der Landwirte)
Angelernte nicht-techn. Tätigkeiten	V	dto.
Ungelernte Tätigkeiten	VI	dto.
		(ohne Landarbeiter nach dem Urteil der Landwirte, aber einschließlich Landarbeiter nach dem eigenen Urteil der Landarbeiter)

Interessant ist nun, daß es in allen Befragten Gruppen die gleichen Berufe sind, bei denen sich diese Unsicherheit zeigt: Schriftsteller, Opernsänger und Versicherungsagent. Es sind dies Berufspositionen, die außerordentlich allgemein sind und die einen weiten Spielraum für die tatsächliche soziale Situation offen lassen. Es sind Berufspositionen, die neben einer groben Umschreibung der Art der Beschäftigung andere soziale Merkmale nur sehr vage umreißen.

Wenn man den Bewohnern einer norddeutschen Kleinstadt die Aufgabe stellt, die in ihrer Stadt vorkommenden Berufe und evtl. auch deren Träger in eine Prestigeskala einzuordnen, so werden sich schließlich Rangskalen mit verhältnismäßig geringen Abweichungen ergeben. Stellt man die Einwohner einer anderen Kleinstadt, die möglichst einen anderen Charakter hat, deren Leben also z. B. nicht wirtschaftlich, sondern kulturell geprägt ist, vor die gleiche Frage, so wird sich auch aus ihren Ordnungen eine Skala mit relativ geringen Streuungen ergeben. Beide Skalen werden in ihrer Grundstruktur übereinstimmen, in der Einordnung einzelner Berufe aber voneinander abweichen. So kommt dann in der einen Rangordnung etwa zum Ausdruck, daß die Kaufmannschaft das größte Prestige genießt, weil es sich um eine alte Handelsstadt, z. B. Lübeck, handelt, und der Einfluß der Kaufmannschaft hier vorherrschend ist. Und daß in der anderen die Professoren an der Spitze der Rangskala erscheinen, weil es eine kleine Universitätsstadt ist und die Professoren hier im wesentlichen das Leben prägen. In einer alten Residenzstadt hätten sich unter Umständen die beamteten Juristen in der Spitzengruppe behauptet.

Die gemeinsame Grundstruktur — wir werden später noch untersuchen, wie weit deren Geltungsbereich abzustecken ist und worauf sie beruht — soll als Makroordnung bezeichnet werden, die beiden kleinstädtischen Rangskalen als Mikroordnungen. Eine Mikroordnung muß nicht regional, sie kann auch berufs-, alters- oder geschlechtsspezifisch begrenzt sein. Auch die hier erwähnten Ordnungen der Kleinstädte ließen sich noch nach diesen Merkmalen gliedern: Um das Beispiel nicht zu sehr zu komplizieren, sei jedoch angenommen, daß uns Alters-, Berufs- und sonstige Einflüsse in diesem Fall nicht interessieren.

Um das Verhältnis der Makroordnung zu den Mikroordnungen näher zu bezeichnen, kann man sagen, daß die Makroordnung eine Art Mittel der Mikroordnungen ist.

Berufe wie Schriftsteller, Opernsänger usw. sind in eine Makroordnung nicht sinnvoll einzufügen. Die in diesen Berufspositionen enthaltenen sozialen Merkmale sind örtlich sehr unterschiedlich. In einer Mikroordnung dagegen, wo wegen des ähnlichen Umweltbereiches die einzelnen Berufspositionen allen einheitlicher vor Augen stehen, fallen diese Schwierigkeiten fort.

In diesen Mikrobereichen — je kleiner, um so besser — lassen sich auch Berufe wie Schriftsteller, Versicherungsagent und Opernsänger verhältnismäßig leicht einordnen. Sie treten hier deutlich erkennbar als Positionen auf, angefüllt mit bestimmten sozialen Merkmalen, und können aus dieser übersehbaren Kombination heraus in eine sinnvolle Beziehung zu anderen Tätigkeiten und deren Trägern gebracht werden.

Handelt es sich nun bei dieser Prestigeordnung nur um eine kontinuierliche Skala einer Vielzahl von Positionen oder um eine Schichtung in wenige große Prestige-gruppen, die gegeneinander deutlich abgestuft sind, während die Berufe innerhalb der Stufen als mehr oder weniger prestigeähnlich gelten?

Wir haben es nicht mit einer gleitenden, sondern mit einer abgestuften Skala zu tun. Die Masse der Befragten vertritt durchaus die Ansicht, daß sich in der Ordnung „Ballungen“ prestigeähnlicher Berufe erkennen lassen, die sich voneinander durch deutliche Prestigestufungen abheben. Wie diese Stufungen aussehen, kommt bereits in dem oben wiedergegebenen Schema zum Ausdruck. Die Grenzen dieser Stufen sind allerdings unscharf und gehen ineinander über. Eine Gegenüberstellung der in unseren Untersuchungen gefundenen Makroordnung — also der Grundstruktur der Prestigeordnung — mit einer vergleichbaren Untersuchung im Raum Köln hat gezeigt, daß sich auch die dort herausgefundene Prestigeordnung unserer Makroordnung einfügt. Selbst Ordnungen aus England, den Niederlanden und einigen anderen Ländern sind in den grundsätzlichen Gruppierungen sehr ähnlich und dürften ebenfalls der gleichen Makroordnung zugerechnet werden.

Welche Gründe bestimmen die Prestigeordnung?

Versucht man, an dieses Problem heranzukommen, indem man die befragten Personen um Auskunft bittet, warum sie den einen Beruf höher und einen anderen tiefer eingestuft haben, so ergeben sich gewisse Schwierigkeiten.

Prestige ist ein inneres Werterlebnis. Die Bestimmungsfaktoren dieses Erlebens aber sind für eine empirische Untersuchung nur soweit zugänglich, wie sie sich nach außen manifestieren und als Verhalten oder Aussage erfaßbar werden.

Soll ein Befragter über dieses Werterlebnis aussagen, so muß er das Erleben zunächst ins Bewußtsein erheben und dann über diese Bewußtseins Tatsache eine Aussage machen, die registriert wird. Es vollzieht sich also eine doppelte Transformation: ein Erlebnis wird bewußt gemacht und über eine Bewußtseins Tatsache wird ausgesagt. Auch wenn man von absichtlichen Fälschungen absieht, liegen darin mögliche Fehlerquellen.

Der geistig Ungeschulte ist, wenn von ihm eine Selbstinterpretation verlangt wird, gegen sein eigenes Bewußtsein unkritisch; er nimmt als bewußtgewordene Erlebnistatsache, was aus ganz anderen Quellen in sein Bewußtsein einfließt. Man muß daher damit rechnen, daß sich die Befragten falsch interpretieren, und daß die als Bestimmungsgründe der Prestigeordnung genannten sozialen Merkmale nicht die tatsächlich wesentlichen sind.

Die Befragten gaben meistens an, das Prestige nach dem Grad der Leistung, die für eine Berufsposition erforderlich ist, und der sozialen Bedeutung, die einer Berufsposition zukommt, bemessen zu haben. Um die Leistung abwägen zu können, verglichen sie die für die einzelnen Positionen erforderliche Ausbildung (Schul- und Berufsprüfungen).

Gespräche mit den Befragten zeigten nach kurzer Zeit fast immer, daß sie mit „Bildung“ im Grunde die Ausbildung meinten; Bildung wurde also meist als eine Art Leistung verstanden. In diesem Zusammenhang ist es ganz interessant, daß Positionen der vorindustriellen Bildungselite zum Teil nicht deshalb ein hohes Prestige behalten haben, weil Bildung heute einen Prestigewert in sich darstellt, sondern weil Bildung in Ausbildung umgedeutet und als technisch-zivilisatorisches Leistungswissen verstanden wird — auch dort, wo Bildung und Ausbildung nichts miteinander zu tun haben. Eine Professur für Sanskrit z. B. hat mit Leistungswissen sicher nichts gemein, aber solange sie im Halbdunkel des Nichtnäherbekannten bleibt, zehrt sie von dem Prestige, das den Professuren für Chemie, Physik usw. wegen des in ihnen „verkörperten“ hochspezialisierten technisch-industriellen Leistungswissens zugebilligt wird.

Die Gespräche mit den Befragten und eine genaue Analyse ihrer Angaben lassen jedoch vermuten, daß die oft genannten Bestimmungsgründe — der Grad der Leistung und die soziale Bedeutung — nicht die eigentlichen Bestimmungsgründe des sozialen Prestiges sind.

Es ist nicht Leistung schlechthin gemeint, die von den Befragten hoch bewertet wird, sondern nur solche Leistung, die im Rahmen unseres Wirtschafts- und Sozialsystems Bedeutung hat, z. B. technisches oder organisatorisches Können, nicht-körperliche Kraft oder religiös-asketische Betätigung.

Mit der sozialen Bedeutung der Berufe ist es ähnlich. Wenn als Bestimmungsgrund für die Einordnung soziale Bedeutung genannt wurde, so erwog man im Grunde immer, ob es sich um eine mehr oder weniger „einflußreiche“ Position handelte oder nicht. Wer wollte auch entscheiden, ob die Position „Werkmeister“ oder „Regierungsrat“ sozial bedeutsamer ist?

Es scheinen zwei ineinander gelagerte Werteskalen zu sein, aus denen sich das Prestige einer Berufsposition herleitet: Aus der Wertakzentuierung einzelner Leistungsarten (technische Leistung — organisatorische Leistung — musische Leistung — kriegerische Leistungen [Tapferkeit] — körperliche Kraftleistung — religiös-asketische Leistungen usw.) und aus den Über- und Unterordnungsverhältnissen im Wirtschafts- und Sozialsystem.

Leistungsarten, die starke Wertakzente zugebilligt erhalten, sind diejenigen, die das Wirtschaftssystem prägen; in der gegenwärtigen Phase des industriellen Kapitalismus also vor allem technische, organisatorische, finanzpolitische und wissenschaftliche. Die Über- und Unterordnungsverhältnisse folgen aus den Berufshierarchien innerhalb des Wirtschafts- und Sozialsystems.

Die Einordnung einer Berufsposition in diese beiden Skalen entspricht ihrer sozialen „Einflußmöglichkeit“. Durch die der Berufsposition entsprechende Leistungsart werden die wirtschaftlichen und sozialen Prozesse mehr oder weniger mitbestimmt, und je nach ihrer speziellen Einordnung in die Berufshierarchien drückt diese Position mehr oder weniger Anordnungsbefugnis oder Unterordnungs-Abhängigkeit aus. Vom Grad der sozialen „Einflußmöglichkeit“ der Position gehen ständige Impulse auf ihre Prestigeakzentuierung aus.

Wertbewußtsein und Sozialordnung

Da die Prestigezuordnung aber ein Bewußtseinsproblem ist, muß sich die Prestigeordnung nicht mit den faktischen sozialen Einflußsphären decken. Es kann durchaus längere Zeit dauern, bis im Zuge der Wandlungen der Wirtschafts- und Sozialverhältnisse verschiedene Einflußmöglichkeiten einzelner Positionen bewußt werden und zu einer Neuverteilung der Prestigeakzente führen. Auch ideelle Strömungen können die aus den faktischen Einflußsphären stammenden Prestigeimpulse modifizieren oder sogar überdecken.

Das Prestigebewußtsein bedeutet für den einzelnen auch das Selbstverständnis seiner Person im sozialen Kosmos. Von einem Wertbewußtsein, das sich mit der faktischen sozialen Ordnung nicht deckt, muß eine beträchtliche Sprengkraft gegen diese Ordnung ausgehen. Beispiele hierfür sind der überzeugte Marxist, der den „Kapitalisten“ prestigemäßig abwertet, ihn aber gleichwohl im Besitz von Macht, Besitz und Einfluß in der faktischen sozialen Ordnung sieht, oder der Atheist, der den Pfarrer, und der Antimilitarist, der den Offizier an den Spitzen der faktischen sozialen Ordnung erblickt.

Jede Prestigeordnung, die im Vergleich zur faktischen Ordnung einen utopischen Charakter trägt, hat die Tendenz, sich mit dieser faktischen Ordnung zur Deckung bringen zu wollen, und sei es durch revolutionäre Aktion. So jedenfalls erscheint uns der Tatbestand in der heutigen säkularisierten Gesellschaft, in der sich die Träger solcher Ideen nicht mit einer eschatologischen Deckung beruhigen, sondern diese Deckungsgleichheit hier und jetzt fordern.

Ein soziales Wertbewußtsein dagegen, das sich mit der faktischen Ordnung ganz oder annähernd oder auch nur der Tendenz nach in Deckung befindet, das gewissermaßen nur die ins Bewußtsein erhobene und mit Wertakzenten versehene Ordnung selbst widerspiegelt, muß ein außerordentlich stabilisierender Faktor für diese Ordnung sein.

Ein Oben und Unten der sozialen Positionen — oder wenigstens ein Oben und Unten in einzelnen sozialen Merkmalen — bleibt ohne Spannungsgehalt, wenn der „Untenstehende“ sich selbst in seiner Position positiv verstehen kann und das Bewußtsein hat, daß der „Obenstehende“ eben nach „oben“ gehört. Wenn jemand in irgendeiner Ordnung persönlich gescheitert ist, wird er in der Regel nicht sich die Schuld geben; die Frage ist, wem er die Schuld zuschreibt: irgendeiner Person und einem mißlichen Umstand, oder der Ordnung und ihrem Ordnungsprinzip? Im ersten Fall bleibt die Prestigeskala der Ordnung unangetastet, im zweiten Falle leidet sie Schaden; die revolutionäre Haltung wird möglich. Ein Musterbeispiel dafür ist der an der Majorsecke gescheiterte Hauptmann a. D. Er gibt zwar irgendeinem Vorgesetzten die Schuld, aber er wird nicht Anti-Militarist; die abstrakte Prestigeordnung als solche bleibt für ihn verbindlich. Die Trennung von Prestige ad personam und abstrakter Prestigeordnung der sozialen Positionen wird zu einer sozialpsychologischen Realität von großer praktischer Bedeutung für die Haltung zur sozialen Wirklichkeit. Solange es eine abstrakte Prestigeordnung der Positionen gibt, die sich mit der Wirklichkeit der sozialen Hierarchie deckt, fehlt die gesellschaftsrevolutionäre Note. Die sicherste Garantie des Gehorsams liegt immer in der inneren Anerkennung des Befehlenden durch den Untergeordneten.

Auf Grund der Ergebnisse unserer Untersuchung müssen wir annehmen, daß in unserer heutigen Gesellschaftsordnung eine weitgehende Deckung zwischen Prestigeordnung und faktischer Ordnung vorhanden ist.

Das Über-, Neben- und Untereinander von Positionen in unserer Gesellschaft, das sich durch alle Berufshierarchien hindurch in Ausbildungs- und Prüfungsnachweisen dokumentiert (und dort, wo prüfungs- oder berechtigungsfreie Bereiche sind, zunehmend damit ausgefüllt wird), ist eine Ordnung, die die Masse der Gesellschaftsmitglieder in gleicher Form als Prestigeskala begreift und — das ist entscheidend — positiv beurteilt und bejaht.

Die grundsätzliche Gestalt der Prestigeordnung sozialer Positionen, wie wir sie für die heutige deutsche Gesellschaftsordnung gefunden haben, reicht über den deutschen Bereich hinaus. Da sie in ihrer Struktur durch die Einflußsphären des Wirtschafts- und Sozialsystems bestimmt wird, findet sie sich anscheinend in grundsätzlich sehr ähnlicher Form — mit nationalen Differenzierungen für einzelne Positionen — in allen Ländern, in denen ein industriell-bürokratisches Wirtschafts- und Sozialsystem besteht.

KLASSENSTRUKTUR UND KLASSEN- KONFLIKT IN DER ENTWICKELTEN INDUSTRIEGESELLSCHAFT

Daß die Kategorien und Vorstellungen, mit denen die Menschen des späten 19. Jahrhunderts sich die Struktur und die Spannungen ihrer Gesellschaft verständlich zu machen versuchten, uns heute nicht unbedingt mehr zum gleichen Ergebnis verhelfen, ist inzwischen eine gesellschaftsfähige Feststellung geworden. Heute „darf“ man als Sozialist nach Herzenslust Marx kritisieren, genau wie man sich als Mann der Rechten ungestraft ein paar böse Bemerkungen über den liberalen Kapitalismus erlauben „darf“. Sieht man genauer hin, dann erweist sich diese Freizügigkeit in der Kritik allerdings als eine etwas fragwürdige Tugend. Während die Kritik der sogenannten alten Ideologien heute dem Wahlredner, dem Zeitungsschreiber und auch schon dem Universitätsprofessor leichten Beifall einbringt, bleiben die Taten derselben Männer und derer, die mehr tun als reden, beherrscht von gerade den Vorstellungen, deren Unzulänglichkeit so allgemein empfunden wird. Von sozialem Wandel sprechen und um ihn wissen ist offenbar zweierlei. Der Versuch aber, die neue Welt der entwickelten Industriegesellschaft mit der gleichen Intensität, die die Sozialkritiker des 19. Jahrhunderts auszeichnete, und den so ungemein verfeinerten Methoden und Techniken, die die Sozialwissenschaft uns heute zur Verfügung hält, erklärend zu begreifen, steht noch aus¹⁾.

Die Analyse unserer Gesellschaft als Aufgabe

Für die Analytiker der frühen Industriegesellschaft fand sich die zentrale Spannung, der explosivste Konfliktstoff dieser Gesellschaft, in dem strukturell bedingten Gegensatz von Kapital und Arbeit. Sie sahen die soziale Entwicklung bestimmt durch die Entwicklung dieses Gegensatzes. Lohnarbeit und Kapital, so behaupteten diese Analytiker mit guten Gründen, sind durch ihre Position zum Konflikt gezwungen. Sie haben ihre unvereinbaren Ideologien (Kapitalismus — Sozialismus), ihre im industriellen (Unternehmer — Gewerkschaften) und politischen (bürgerliche Parteien — Arbeiterparteien) Bereich aufeinanderstoßenden Interessengruppen. So entfaltet sich ein Konflikt, bei dem die Struktur und das

¹⁾ Selbstverständlich ist mancher Versuch gemacht worden, die Kernfragen der Struktur und der Spannungen der entwickelten Industriegesellschaft in den Griff zu bekommen. Der populäre Einfluß von Büchern wie J. Burnhams „Revolution der Manager“ und P. Druckers „Gesellschaft am Fißelband“ ist unverkennbar. Weniger bekannt, aber nicht weniger bedeutsam sind Werke wie J. Sweezy's „Theory of Capitalist Development“, C. Wright Mills' „White Collar“, T. H. Marshall's „Citizenship and Social Class“. Schließlich haben auch deutsche Sozialwissenschaftler die Probleme der veränderten sozialen Situation in der Mitte des 20. Jahrhunderts nicht immer umgangen. Es genügt, die Namen von J. Schumpeter („Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“), K. Mannheim („Man and Society in an Age of Reconstruction“), P. Spring („Jenseits des Kapitalismus“), Th. Geiger („Klassengesellschaft im Schmelztiegel“), H. Schelsky („Wandlungen der deutschen Familie“) zu nennen. Dabei stimmt die Tatsache nachdenklich, daß vier dieser fünf Autoren Emigranten waren. Erweist diese Tatsache nur, daß eben die besten und scharfsinnigsten Analytiker in Hitler-Deutschland keinen Platz finden konnten? Oder ist der geographische Abstand von Deutschland (den ja auch Marx hatte) für Deutsche eine Bedingung der Möglichkeit intensiver sozialer Analysen?

Wertsystem der bestehenden Gesellschaft selbst in Frage steht: Die einen — die Kapitalisten, Unternehmer, bürgerlichen Parteien — verteidigen dieses System als alleinigmachendes; die anderen — die Sozialisten, Gewerkschaften, Arbeiterparteien — greifen das System als Inbegriff menschlicher Sklaverei unter dem Mantel falschverstandener Freiheit an und versuchen, eine neue Form der Gesellschaft zu verwirklichen.

Wir haben es hier mit einer Theorie zu tun, die 1. den Blick nicht bloß auf die gegebene, als Ordnung vorgestellte soziale Struktur, sondern auf die Spannungen und Konflikte in der Gesellschaft lenkt, die 2. einen dominanten Konflikt, den von Lohnarbeit und Kapital, als alle anderen überschattend erkennt, und die 3. diesen Konflikt am Widerstreit von Interessengruppen, die ihre entgegengesetzten Interessen in die Wirklichkeit umzusetzen versuchen, mißt.

Seither war die Verteilung der Machtchancen in der Gesellschaft mancher Veränderung unterworfen. Die Gewerkschaften wie die sozialistischen Parteien sind heute in den meisten der Länder, in denen die Industrialisierung schon im 19. Jahrhundert begann, Teilhaber der gesellschaftlichen Autorität geworden. Es gab oder gibt sozialistische Regierungen und gewerkschaftliche Mitbestimmung in der Wirtschaft. Zudem sind die allgemeinen Staatsbürgerrechte von der juristischen zur politischen und sozialen Gleichheit erweitert und von der „herrschenden“ auf die „unterdrückte“ Klasse des 19. Jahrhunderts ausgedehnt worden, so daß es „sein mag, daß die Ungleichheiten, die diese staatsbürgerlichen Gleichheitsrechte zulassen und sogar hervorbringen, keine Klassenunterschiede mehr bedingen in dem Sinn, in dem dieser Begriff auf frühere Gesellschaften anwendbar war“²⁾.

Eben dies aber ist unsere Frage: Was ist geschehen, seit die alten Klassenformationen ins Wanken geraten sind? Oder, weniger historisch formuliert: In welchen Strukturphänomenen haben die beherrschenden Spannungen unserer Gesellschaft ihren Grund und wie finden sie ihren Ausdruck? Und eben hier sind alle bisherigen Versuche, in wissenschaftlicher Absicht die neue Wirklichkeit zu begreifen, so unbefriedigend. Einige von ihnen lassen das uns gestellte Problem unberührt, indem sie behaupten, der alte Gegensatz von Kapital und Arbeit lebe unvermindert fort, wobei sie zuweilen ihre Bezogenheit auf die Gegenwart dadurch zu erweisen, versuchen, daß sie „Kapital“ durch „Manager“ ersetzen (Burnham, Sering). Andere weichen diesem Problem aus, indem sie implizite oder explizite die soziologisch unhaltbare These verfechten, unsere Gesellschaft kenne eben keine Gegensätze mehr, die Struktur und Wertsystem der Gesellschaft selbst in Frage stellten (Drucker, Schelsky). Wieder andere suchen die neuen Konflikte in deutlich abseitigen und sekundären Bezirken der entwickelten Industriegesellschaft wie den Gegensätzen von Stadt und Land oder Verbrauchern und Erzeugern (Geiger). Die Frage, welche Interessen denn heute in jenem Zentrum der Industriegesellschaft, von dem die Analytiker des 19. Jahrhunderts ausgingen, nämlich der Industrie, aufeinanderprallen, wie sie heute formuliert werden und sich zueinander verhalten, bleibt ungestellt.

Hier soll an Hand eines Beispiels der Versuch unternommen werden, dieser Frage ein wenig näher zu kommen und einige Kategorien, deren konsequente Anwendung sich auf dem Weg zu einer Antwort als nützlich erweisen mag, vorzuschlagen. Um den empirischen Bezug dieses Versuches stets klar zu halten, soll versucht werden, diese Kategorien im Rahmen einer Diskussion des Protokolls einer Lohnverhandlung zwischen den englischen Metallarbeiter-Gewerkschaften und den Unternehmern der entsprechenden Industriezweige zu bestimmen.

Bevor wir in die Beschreibung und Analyse des genannten Protokolls eintreten, ist es nötig, eine Voraussetzung dieser Analyse ausdrücklich zu erklären. Diese

²⁾ T. H. Marshall: „Citizenship and Social Class“, Cambridge, 1950, S. 75.

Voraussetzung liegt in der Behauptung, daß die Spannungen und Konflikte unserer Gesellschaft uns zugänglich werden können durch eine Untersuchung entlang den Linien des „traditionellen“ Klassenbegriffes, demzufolge Klassen durch gemeinsame Interessen verknüpfte, gewisse zentrale Wertsetzungen und Institutionen der Gesellschaft entweder angreifende oder verteidigende quasi-Gruppen sind. Den formalen Charakter dieses Klassenbegriffs und seinen Platz in der Soziologie muß ich hier unbesprochen lassen³⁾.

Worauf es im gegenwärtigen Zusammenhang ankommt, ist vielmehr die Klärung der vieldeutigen und für die Analyse sozialen Konflikts und sozialen Wandels zentralen Kategorie des Interesses von sozialen Gruppen und quasi-Gruppen.

Eine Lohnverhandlung als Beispiel

Im Sommer 1952 kamen die Vertreter der englischen „Engineering and Allied Employers' National Federation“ und der „Confederation of Engineering and Shipbuilding Unions“ zweimal in London zusammen, um sich über einen Antrag der Gewerkschaften „auf eine wesentliche Erhöhung der Löhne aller männlichen Handarbeiter in der weiterverarbeitenden Metallindustrie“, die später auf 2 Pfund (ca. 23 DM) pro Woche für Arbeiter aller Grade beziffert wurde, auszusprechen. Sprecher der Unternehmer war Sir Alexander Ramsay, Sprecher der Gewerkschafter Jack Tanner. Den Vorsitz hatte ein Unternehmer, Sir William Wallace. Ein Protokoll der Sitzungen erschien im Druck in zwei Heften, und ein mir zugänglich gewordenes Exemplar dieses Protokolls liegt der folgenden Zusammenfassung zugrunde.

Nach der Eröffnung der ersten Sitzung durch den Vorsitzenden nahm der Sprecher der Gewerkschaften, Mr. J. Tanner, das Wort. Er formulierte zunächst den Antrag der Gewerkschaften, um dann sein erstes Argument zu dessen Unterstützung zu entwickeln. Die Löhne, so argumentierte er mit einigem Zahlenmaterial, hätten mit den Preisen in den Nachkriegsjahren nicht Schritt gehalten. Trotz einer Lohnerhöhung um 11 s. (ca. 6,30 DM) pro Woche acht Monate vor dieser Sitzung sei die Lücke zwischen Preisen und Löhnen keineswegs geschlossen. Sie werde im Gegenteil immer weiter, und es ließe sich belegen, daß „die Arbeiter ein Recht auf eine wesentliche Lohnerhöhung allein auf Grund der steigenden Lebenshaltungskosten haben“.

Sir Alexander Ramsay unterbrach diese Argumentation an einer Stelle mit der bezeichnenden Zwischenbemerkung: „Mr. Tanner, ich möchte Sie nicht unterbrechen, aber ich möchte dem Argument so genau wie möglich folgen. Ist Ihre allgemeine These die, daß jede Einwirkung auf die Lebenshaltungskosten, die alle Bürger des Landes betreffen⁴⁾, durch eine Lohnerhöhung ausgeglichen werden muß?“

Mr. Tanner versuchte dann, im Vorhinein dem Einwand zu begegnen, daß die Arbeiter durch die sozialen Einrichtungen des Staates (Gesundheitsdienst, Familienzulagen, Nahrungsmittelsubventionen usw.) im Grunde ständig unsichtbare Lohnzulagen erhielten. Unter dem Protest der Unternehmer bezeichnete er diese sozialen Einrichtungen als das Ergebnis langjährigen gewerkschaftlichen und sozialistischen Kampfes und sagte: „Die Gewerkschaften haben nicht jahrelang dafür gekämpft, die sozialen Einrichtungen zu erweitern und damit die schlimmsten Wirkungen dieses Wettbewerbssystems der Gesellschaft abzumildern, um die Unternehmer von der Verpflichtung zu entbinden, einen vernünftigen, auf die allgemeinen Lebenshaltungskosten und die produzierten Werte bezogenen Lohn zu bezahlen.“

³⁾ Vgl. dazu meinen Aufsatz „Gibt es noch Klassen? Die Begriffe der ‚sozialen Schicht‘ und ‚sozialen Klasse‘ in der Sozialanalyse der Gegenwart“ in den *Annalen Universitatis Saravensis* II/4, 1953.

⁴⁾ Hervorhebung hier wie überall im folgenden von mir.

Damit leitete Mr. Tanner über zu einem zweiten, mit großer Ausführlichkeit und vielem Zahlenmaterial entwickelten Argument zur Begründung des Gewerkschaftsantrages. „Unsere letzten Forderungen“, sagte er, „waren indes nicht nur auf die steigenden Lebenshaltungskosten gegründet. Wir haben sie auch gerechtfertigt mit der großen Steigerung in der Produktivität der Industrie und den hohen Profiten, die gemacht worden sind. Wir haben gesagt — und wir sagen heute wiederum —, daß die Arbeiter im Hinblick auf das große Ansteigen der Produktion jedes einzelnen Arbeiters in den letzten Jahren und im Hinblick auf die enorme Steigerung der Profite der Unternehmen ein Recht haben, zu erwarten, daß nicht nur ihr Lohn mit den steigenden Lebenshaltungskosten Schritt hält, sondern daß ihr Lebensstandard sich tatsächlich erhöht.“ Mr. Tanner legte dann sein Material zu diesem Argument vor. Er gab zu, daß die erhöhte Produktivität und Profitabilität der Industrie nicht allein auf größeren Anstrengungen der Arbeiter beruhe. „Aber“, so argumentierte er, „daraus folgt keineswegs, daß alle Resultate dieses Prozesses... zum Kapital gehen müssen, wie es ganz gewiß geschehen ist. Wie ich schon früher gesagt habe, sind die Arbeiter auch zu einem Anteil an den Profiten, die aus verbesserten Techniken, modernen und besseren Methoden und Prozessen, neuen Maschinen usw. resultieren, berechtigt.“ Seit Jahren sei ein „ständiges Steigen der dem Kapital zufließenden Gelderlöse“ zu verzeichnen, „während die Arbeiterlöhne stets den Preiserhöhungen nachhinkten“. Die steigenden Profite ließen sich auch nicht durch den Hinweis auf die Notwendigkeit von Kapitalbildung und finanziellen Reserven wegdiskutieren. Selbst bei vorsichtiger Interpretation der Zahlen könne man sagen, daß die Unternehmerprofite sich zwischen 1946 und 1950 verdoppelt hätten und seither weiter angestiegen seien. Auch sei es kein Argument, daß der größere Teil dieser Profite der Steuer zufließe. Wären die Löhne erhöht worden, dann wäre auch die Steuer nicht so hoch gewesen. Deutlichstes Zeugnis der enormen Profite der weiterverarbeitenden Metallindustrie sei schließlich die verbreitete Ausgabe von Bonus-Aktien und die Erhöhung des Nominalwertes anderer Aktien um 100, 200 und in Einzelfällen 400 Prozent.

Schließlich machte Mr. Tanner ein paar Bemerkungen, um sich im Vorhinein gegen den Vorwurf zu verwahren, die Gewerkschaften vergäßen über ihren Interessen das Wohl des Landes. „Ich nehme vorweg, daß in der Antwort des Unternehmensverbandes Bezug genommen werden wird auf die gegenwärtige wirtschaftliche Lage des Landes und den Appell des Finanzministers zur Zurückhaltung in Lohnfragen. Unsere Behauptung ist, daß eine Politik der Zurückhaltung in Lohnfragen zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Nation nicht helfen würde, und man mag sagen, daß jede Politik, die den Arbeitern nicht hilft, auch der Nation nicht hilft. Eine Politik der Zurückhaltung in Lohnfragen scheint uns diejenigen zu ermutigen, die für die gegenwärtige Staatspolitik verantwortlich sind, in dem Kurs fortzufahren, den sie jetzt verfolgen... Ganz von diesen Faktoren abgesehen indes, ist stets eingeräumt worden, sogar von Regierungssprechern, daß die Arbeiter einen gerechten Anspruch auf eine Lohnerhöhung haben, wo gezeigt werden kann, daß ihre Produktivität gestiegen ist... Meine Herren, im Lichte all dieser Tatsachen, und wegen des ständigen Steigens der Lebenshaltungskosten, sagen wir, daß die Arbeiter ein Recht auf eine sehr wesentliche Erhöhung ihrer Löhne haben...“

Auf der fünf Wochen später stattfindenden zweiten Sitzung nahm dann Sir Alexander Ramsay als Sprecher der Unternehmer das Wort.

„Ich bin der Meinung“, stellte er gleich zu Beginn seiner Ausführungen fest, „daß wir einen Punkt erreicht haben, wo jeder vor allem um die fundamentalen Prinzipien besorgt sein sollte.“ Er bestimmte dann den Tenor seiner Argumentation mit der Bemerkung: „Es scheint, wie ich fürchte, außer Zweifel, daß Lohnforderungen, und insbesondere die, die Sie jetzt an uns richten, gegründet sind auf etwas, das man vielleicht ein natürliches Verlangen nach persönlicher

Besserstellung nennen könnte. Unserer Meinung nach würde Ihr Antrag, wenn ihm stattgegeben würde, dieses Ziel nicht erreichen. Er ist schlecht bedacht, denn er beachtet die Konsequenzen nicht genug.

Nach einem kurzen Hinweis auf die Vorteile, die der Bürger vom Staat erhielt und denen gegenüber die Gewerkschaften die ihm auferlegten Lasten überbetonten, mahnte Sir Alexander, die Kosten der geforderten Lohnerhöhung in Rechnung zu stellen. Er bezifferte sie auf direkt (d. h. für die Industrie) zweihundert Millionen, indirekt (d. h. für die Volkswirtschaft) zwei Milliarden Pfund Sterling pro Jahr und fügte hinzu: „Es ist natürlich unmöglich, daran auch nur zu denken, wenn es, wie ich hoffe, uns allen darum geht, unsere nationale Solvenz und damit unseren Lebensstandard zu bewahren.“

Die Steigerung der Produktivität der Industrie, argumentierte Sir Alexander sodann, dürfe nicht bloß an Zahlen gemessen werden. Einmal sei die Zugrundelegung der Produktion im Jahre 1946, einem noch vom Kriege überschatteten Jahr, durchaus irreführend. Zweitens sei die Steigerung der Produktion vorwiegend auf verbesserte technische Produktionsbedingungen zurückzuführen. Drittens und vor allem aber seien die bisherigen Exporterfolge einmalig und unwiederholbar. Schon stehe (1952) der Übergang vom Verkäufer- zum Käufermarkt bevor. „Wir fühlen schon sehr stark die kalten Winde der Konkurrenz“, bemerkte Sir Alexander, um damit zu begründen, daß der Verzicht auf Lohnerhöhungen „lebenswichtig für die Wirtschaft dieses unseres Landes“ sei. „Die Flitterwochen zwischen Produzenten in diesem Lande und Käufern auf dem Weltmarkt mit ihren vielen Vorteilen sind vorüber. Wir müssen uns jetzt an die harten Tatsachen des wirtschaftlichen Lebens gewöhnen — zum richtigen Preis zu produzieren und zu verkaufen. Wenn wir das nicht tun, werden wir uns selbst Unrecht zufügen, denn wir werden bewußt die Wohlfahrt unseres Volkes gefährden.“

Die Erhöhung des Nominalwertes von Aktien und die Ausgabe von Bonus-Aktien sei im übrigen, so fuhr Sir Alexander fort, in keinem Sinn ein Gewinn für die Aktionäre. Solche Maßnahmen bestätigten nur den Aktionären den gleichen Anteil am Gesellschaftsvermögen bei Veränderung des Grundkapitals von Unternehmen. Zudem seien sie häufig von einem Sinken des Börsenkurses der Aktien begleitet.

Sir Alexander wandte sich dann seinem zentralen, mit umfangreichen Statistiken unterstützten Argument zu. Die Gewerkschaften seien unrealistisch, so behauptete er, wenn sie nicht Stücklohn-, sondern Zeitlohnzahlen ihrer Begründung zugrundelegten. Auch Überstunden seien ein durchaus normaler Weg für den Arbeiter, „seinen Beitrag zur Volkswirtschaft und zu seinem häuslichen Budget“ zu leisten. Die großzügige Lohnerhöhung im November 1951 hätte „die Arbeiter befriedigen sollen“, denn sie sei in einem Geiste zugestanden worden, der „den besten Interessen der Industrie und daher der Arbeiter“ zu dienen bestrebt gewesen sei.

„Ich muß den allgemeinen Gedanken zurückweisen — wenn er vertreten werden sollte —, daß, was immer der Wirtschaft des Landes zustoßen möge, jeder dafür kompensiert werden muß.“ Das Land befände sich in einem „Zustand des beginnenden Bankrotts“. Dieser könne nicht beseitigt werden durch „extravagante Ansprüche auf das Volkseinkommen“. Die „vernünftige Politik“ sei vielmehr, „zu bewahren, was wir schon erreicht haben und uns zusammenzuschließen, um unsere Zukunft zu sichern“.

Nach ausführlichem Hinweis auf die große Geschichte „dieses unseres Landes“ und ihre Gefährdung in der Gegenwart mahnte Sir Alexander die Gewerkschaften, sich nicht nur zurückzuhalten in ihren Lohnforderungen, sondern zugleich mehr zu produzieren. „Was wir, unserer Meinung nach, in diesem Lande brauchen, ist eine wirklich umfassende Anstrengung, in jeder Industrie zu geringeren Kosten mehr zu produzieren ... Ich würde gerne fühlen, daß das Empfinden noch

lebt, daß wir für eine gemeinsame Sache arbeiten. Diese Sache ist das Wohl des britischen Volkes und der schließliche Triumph über seine gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Aus diesem Geist muß ich Ihnen im Namen meiner Kollegen sagen, daß wir Ihren Antrag bedacht haben und ihn ablehnen müssen. Wir haben das vollste Verantwortungsgefühl hinsichtlich der Interessen der Arbeiter. Wir betrachten sie als unsere Kollegen; auf der anderen Seite aber könnten unbedachte und extravagante Forderungen dieser Art, wenn ihnen stattgegeben würde, katastrophal sein durch die Zerstörung der Arbeitsplätze und des Wohles der Industrie. Wir sind zu diesem Schluß nach reiflicher Überlegung gelangt. Ich hoffe, Sie werden unsere Versicherung akzeptieren, daß die Antwort, die ich Ihnen gegeben habe, unserer Meinung nach im wohlverstandenen Interesse der Arbeiter der Industrie liegt."

Nach den Ausführungen von Sir Alexander nahm Mr. Tanner noch einmal das Wort zu einer kurzen Entgegnung. Er warf den Unternehmern das Argumentieren mit veralteten ökonomischen Theorien vor. Während er die Notwendigkeit der Erhöhung von Produktion und Export anerkannte, bemerkte er: „Ich weiß nicht, wie Sie erwarten, dieses Ziel zu erreichen durch eine völlige Ablehnung unserer Forderung.“ Mr. Tanner wies dann auf eine bevorstehende Gewerkschaftskonferenz hin und schloß mit der versteckten Drohung: „Ich weiß nicht, ob Sie die Situation abgewogen und versucht haben, ein Gleichgewicht zwischen den Möglichkeiten herzustellen, einer Lohnerhöhung zuzustimmen oder ein sehr schlechtes Gefühl in der Industrie zu haben, ein Gefühl der Enttäuschung über Ihre völlige Zurückweisung unserer Forderung. Das wird nicht dazu beitragen, die Produktivität zu erhöhen und die Kosten zu reduzieren. Sie wissen sehr wohl und haben es hier betont, daß Sie diese Zusammenarbeit in der Industrie haben müssen, und wenn wir von Ihrer Seite kein Entgegenkommen erfahren, wird das gewiß nicht die Beziehungen oder Einstellung der großen Mehrheit der Arbeiter in der Industrie verbessern."

Die Sitzung schloß dann mit einem kurzen Wortwechsel, der bezeichnend genug ist, um hier nach dem Protokoll zitiert zu werden:

„SIR ALEXANDER RAMSAY: Danke sehr, Mr. Tanner. Ich glaube nicht, daß ich noch irgendetwas zur Sache zu sagen brauche. Wir haben sie gründlich beleuchtet. Sie mögen vielleicht denken, zu gründlich: Jedenfalls, so steht es. Ich kann Ihnen versichern, daß wir die ganze Frage mit der größten Sorgfalt behandelt haben. Wir haben die zusammengeschlossenen Unternehmer auf jeder Stufe befragt, und ich fürchte, daß die Antwort, die ich Ihnen gegeben habe, die einzige mögliche Erwiderung ist."

MR. TANNER: In diesem Augenblick, oder ist das endgültig?

SIR ALEXANDER RAMSAY: Wir haben kein anderes Angebot zu machen, wenn Sie das meinen sollten. Schließlich handelt es sich um Ihren Antrag und nicht um unseren, wissen Sie.

MR. TANNER: Ja, und um Ihre Antwort.

MR. HILL (Gewerkschaftsvertreter): Da hast du ganz recht!

MR. TANNER: Ich nehme an, wir sagen dann Auf Wiedersehen.

DER VORSITZENDE: Es tut mir leid, Mr. Tanner."

Institutionalisierung der Gegensätze

Das skizzierte Protokoll einer Lohnverhandlung zwischen den englischen Metallarbeitergewerkschaften und den Unternehmern der weiterverarbeitenden Metallindustrie erlaubt Interpretationen unter verschiedenen Aspekten. Die ohne Zweifel bedeutsame Tatsache, daß Gewerkschaften und Unternehmer überhaupt zusammenkommen und am Verhandlungstisch friedlich miteinander sprechen, berührt unser Problem noch nicht unmittelbar. Sie kann uns jedoch als Ausgangspunkt unserer Überlegungen dienen. Neben anderen hat Th. Geiger eindringlich auf die „Institutionalisierung des Klassengegensatzes“ hingewiesen, die

unsere Gesellschaft von der des 19. Jahrhunderts unterscheidet: „Die unüberschätzbare Bedeutung dieses Verlaufes kann dahin ausgedrückt werden, daß der Klassenantagonismus nunmehr salonfähig erklärt ist, weniger drastisch gesagt: das Spannungsverhältnis zwischen Kapital und Arbeit ist als Strukturprinzip des Arbeitsmarktes anerkannt und zur gesellschaftlichen Rechteinrichtung erhoben.“⁵⁾

Es darf als evident gelten, daß diese Institutionalisierung des Klassenkonfliktes nicht möglich gewesen wäre, wenn „Kapital“ und „Arbeit“ nicht gewisse beiden gemeinsame Interessen gefunden oder entwickelt hätten. Diese gemeinsamen Interessen mögen sehr formal sein: an gewissen Punkten müssen die Ziele der Gewerkschaften und der Unternehmer konvergieren, da Lohnverhandlungen der geschilderten Art eine funktionierende Realität darstellen. „Die Interessen der Unternehmer und der Arbeiter können ‚im Grunde dieselben‘ sein, und doch die Beziehungen zwischen den beiden Gruppen alles andere als harmonisch“, stellt der amerikanische Soziologe W. E. Moore fest und gibt gleich ein Beispiel, das uns noch beschäftigen wird: „So ist es unter normalen Verhältnissen gleich vorteilhaft für Unternehmer und Arbeiter, wenn ein industrielles Unternehmen profitabel arbeitet.“⁶⁾

Damit stehen wir mitten in unserem Thema: Wie steht es mit den Gruppeninteressen von Industriearbeitern und Unternehmern in der entwickelten Industriegesellschaft? Kehren wir zunächst zu unserem Beispiel zurück.

Wenn wir uns vorerst am üblichen Sinn des Wortes „Interesse“ orientieren, können wir sagen, daß das Interesse der Gewerkschaften im vorliegenden Fall zunächst und vor allem auf eine Lohnerhöhung geht. Das ist jedoch eine ziemlich leere Feststellung. Soziologisch beginnen die Interessen der Gewerkschaften sich erst in den Argumenten, aus denen ihre Sprecher das Recht zu ihrer Forderung ableiten, zu offenbaren. In diesem Sinne erscheint als Interesse der Gewerkschaften folgendes: Sie wollen erstens die einmal errungenen materiellen Lebensbedingungen ihrer Mitglieder sichern, indem sie der Gefahr, daß diese durch Preiserhöhungen zunichte werden, durch Lohnerhöhungen entgegenzuwirken versuchen. Sie wollen zweitens diese materiellen Lebensbedingungen verbessern, indem sie für ihre Mitglieder einen Anteil an den erhöhten Profiten der Industrie fordern. Die Interessen der Gewerkschaften gehen also, auf die kürzeste Formel gebracht, auf die Sicherung und Verbesserung des Lebensstandards der von ihnen vertretenen Arbeiter durch Verknüpfung ihrer Situation mit der Entwicklung der Industrie, in der sie arbeiten. In diesem Sinne verlangen sie die Anerkennung der Arbeiter als den Unternehmern gleichberechtigter, funktionaler Bestandteil der Unternehmen.

Die Interessen der Unternehmer lassen sich auf Grund des Protokolls nicht so leicht formulieren, da es eben, wie Sir Alexander Ramsay bemerkte, nicht ein Unternehmer-, sondern ein Gewerkschaftsantrag war, der zur Debatte stand, d. h. daß die Unternehmerinteressen erst aus ihrer negativen Formulierung gegenüber den Gewerkschaftsinteressen herausgelöst werden müssen. Sicher scheint indes, daß auch der Unternehmerverband die Lage seiner Mitglieder zugleich sichern und verbessern will. Das Mittel zu diesem Ziel findet sich in dem Interesse, die in einer Zeit günstiger Konjunktur angefallenen Profite einerseits den Unternehmern und Aktionären zu erhalten (damit ihre Situation zu verbessern), andererseits zur Sicherung gegen etwaige Rückschläge anzulegen (damit ihre Situation zu sichern).

⁵⁾ Th. Geiger: „Klassengesellschaft im Schnelstiegel“, Köln-Hagen 1949, S. 183/4.

⁶⁾ W. E. Moore: „Industrial Relations and the Social Order“, New York 1948, S. 400.

Gibt es gemeinsame Werte und Ziele?

Diese beiden Interessen stehen zunächst neben- und gegeneinander. Ihre Bedeutung wird erst in der Beantwortung zweier entscheidender Fragen offenbar: Sind diese Interessen in irgendeiner Weise begründet in gemeinsamen Werten oder Zielen? Und: Lassen beide Interessen sich innerhalb derselben sozialen Struktur verwirklichen; sind sie also in irgendeinem Sinn bei aller Gegensätzlichkeit kommensurabel?

Die erste Frage läßt sich sogleich bejahen, wenn man das Protokoll studiert. Sir Alexander, der Sprecher der Unternehmer, bezieht sich in seiner Argumentation immer wieder auf „dieses unser Land“, auf die Zukunft und wirtschaftliche Prosperität der Nation. Aber auch Mr. Tanner bekennt sich mehrfach zur Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der nationalen Solvenz. Beide betonen, daß — in Mr. Tanners Worten — „es wahr ist, wie jeder zugibt, daß wir größere Exporte brauchen“. Beide wünschen die Profitabilität der Industrie. Beide argumentieren mit den Erfordernissen gesteigerter Produktivität und verringerter Kosten. So zeigt sich, daß in der Tat beide Partner der Verhandlung davon überzeugt sind, daß es „gleich vorteilhaft für Unternehmer und Arbeiter (ist), wenn ein industrielles Unternehmen profitabel arbeitet“. Dieses gemeinsame Interesse gibt gleichsam den Rahmen ab, innerhalb dessen die im einzelnen verschiedenen Interessen einander begegnen. Anders ausgedrückt: der Interessengegensatz zwischen Unternehmern und Gewerkschaften dreht sich allein um die Art und Weise, in der das gemeinsame Ziel verwirklicht werden kann. Sir Alexander argumentiert: Nur wenn die Gewerkschaften keine Lohnforderungen stellen, kann die Industrie profitabel bleiben. Mr. Tanner pariert: Nur wenn die Arbeiter höhere Löhne erhalten, können sie ihren Beitrag dazu leisten, die Industrie profitabel zu halten. Auch die zweite Frage, ob nach Meinung der Verhandlungspartner ihre Interessen sich innerhalb des bestehenden sozialen Systems vertragen, muß auf der Grundlage des hier diskutierten Protokolls bejaht werden. Sir Alexander ist überzeugt, daß die Interessen der Unternehmer sich mit denen der bestehenden Gesellschaft decken. Zugleich anerkennt er das Recht der Arbeiter, sich als „Kollegen“ der Unternehmer zu betrachten und Lohnforderungen anzumelden. Mr. Tanner, auf der anderen Seite, argumentiert immer wieder mit dem verbrieften Recht der Arbeiter auf ihren Anteil an erhöhten industriellen Profiten, das auch von Unternehmer- und (konservativer) Regierungsseite garantiert sei, d. h. er beruft sich ausdrücklich auf die expliziten Wertsetzungen des bestehenden Gesellschaftssystems zur Rechtfertigung seiner Forderungen. Beide Verhandlungspartner sind überzeugt, das Recht auf ihrer Seite zu haben. Wie ihre entgegengesetzten Interessen nur einen Streit um Bedingungen, um die Art und Weise der Verwirklichung gemeinsamer Interessen bedeuten, so erscheint der diesem Streit implizite Wertkonflikt nur als Konflikt um die Interpretation gemeinsamer gesellschaftlicher Wertsetzungen. Der Streit der Verhandlungspartner ist nicht der Streit zweier inkommensurabler Wertsysteme, sondern der gegenseitige Vorwurf, von den gemeinsamen Werten abzuweichen.

Dies ist das Ergebnis, das uns eine direkte, den Wortlaut der Erklärungen der Unternehmer und Gewerkschaften im zugrundeliegenden Protokoll folgende Analyse unseres Materials liefert. Unternehmer- und Gewerkschaftsinteressen treffen sich demnach im letzten und unterscheiden sich nur im einzelnen. Ein Interessenkonflikt, der Struktur und Wertsystem der bestehenden Gesellschaft in Frage stellt, offenbart sich auf dieser Ebene nicht. Es erscheint sinnvoll, an diesem Punkt einen Augenblick innezuhalten, um den Begriff des Interesses, den wir bislang unbestimmt eingeführt haben, etwas näher zu fixieren.

Wie allzu viele sozialwissenschaftliche Begriffe, ist auch der des Interesses durch mancherlei willkürlichen Gebrauch unklar und belastet. Eine gründlichere Ana-

lyse hätte sich mit dem Gebrauch dieser Kategorie bei Marx, bei Ratzenhofer, bei Small und anderen auseinanderzusetzen. Darauf soll hier indes verzichtet werden zugunsten der voraussetzungslos gestellten Frage, in welchem Sinne wir die Kategorie des Interesses bisher benutzt haben.

„Manifeste“ und „latente“ Interessen

Wir haben von Interessen gesprochen, die bestimmten organisierten Gruppen (sog. Interessengruppen) gemeinsam sind. Es handelt sich also nicht bloß um persönliche, gar egoistische Interessen, um vage Wünsche Einzelner oder private Absichten und Ziele. Wir haben es vielmehr mit einem Phänomen von sozialer Relevanz zu tun. Die genannten Interessen sind die formulierten Ziele, um deren Verwirklichung willen sich die in Frage stehenden Gruppen — hier: Unternehmensverbände und Gewerkschaften — zusammengefunden, als rechtliche Körperschaften konstituiert haben. Diese Interessen sind zwar auch ein psychologisches Phänomen, d. h. sie sind auch den Mitgliedern von Interessengruppen als Einzelnen eigen. Sie sind ihnen aber nur eigen, insofern sie sie zugleich mit anderen teilen, d. h. insofern sie der Organisation, die die Verwirklichung der Interessen zu ihrem Anliegen gemacht hat, ihre Unterstützung verleihen. Bestimmte individualpsychologische Motivationen (auch wohl: egoistische „Interessen“, Privat-„Interessen“) mögen der Zustimmung zu diesen Interessen beim Einzelnen die Wege geebnet haben; die Interessen selbst aber sind grundsätzlich nicht individuell, sondern kollektiv motiviert. Sie entstehen aus Gruppensituationen und verbinden Gruppen.

Zum zweiten charakterisiert die Interessen, von denen bisher die Rede war, daß sie formuliert, „bewußt“, in Worten ausdrückbar und ausgedrückt sind. Dieses Merkmal folgt im Grunde schon aus dem anderen, daß sie die Ziele organisierter Gruppen darstellen. Ganz formal sind solche Interessen schon in der Satzung organisierter Gruppen enthalten. In ihrem ganzen Inhalt stellen sie das dar, was B. Malinowski die „Charta“ von „Institutionen“ genannt hat, „das System von Werten, für dessen Verfechtung Menschen sich organisieren oder schon bestehende Organisationen unterstützen“⁷⁾. Solche formulierten, organisierten Gruppen zur Grundlage dienenden Interessen werden wir im folgenden manifeste Interessen nennen. Wir werden sie als solche unterscheiden von latenten Interessen, mit deren Bestimmung wir jetzt unsere Analyse fortführen können.

Manifeste Interessen bezeichnen die ausdrücklichen Ziele organisierter Gruppen. Nun wissen wir aber zumindest seit und durch Marx, daß es außer diesen noch eine andere Art von Interessen gibt, die gleichermaßen gesellschaftliche Wirklichkeit beanspruchen können. Die ungenügende Bestimmung dieser anderen Interessen hat mancherlei Verwirrenheit im Werk von Marx wie in dem anderer Soziologen hervorgerufen. Bezeichnend sind oft zitierte Sätze wie:

„Die ökonomischen Verhältnisse haben zuerst die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt. Die Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital, aber noch nicht für sich selbst. In dem Kampf, den wir nur in einigen Phasen gekennzeichnet haben, findet sich diese Masse zusammen, konstituiert sie sich als Klasse für sich selbst. Die Interessen, welche sie verteidigt, werden Klasseninteressen...“⁸⁾

Oder noch deutlicher, weil noch verwirrender:

„Und wie man im Privatleben unterscheidet zwischen dem, was ein Mensch von sich meint und sagt, und dem, was er wirklich ist und tut, so muß man noch mehr in geschichtlichen Kämpfen die Phrasen und Einbildungen der Parteien von

⁷⁾ B. Malinowski: „A Scientific Theory of Culture“, Chapel Hill 1944, S. 52.

⁸⁾ K. Marx: „Das Elend der Philosophie“, Berlin 1847, S. 187.

ihrem wirklichen Organismus und ihren wirklichen Interessen, ihre Vorstellung von ihrer Realität unterscheiden."⁹⁾

Es kommt mir hier nicht auf eine Interpretation und Kritik dieser Sätze an, die jedenfalls die zugleich unsinnige und wissenschaftlich verdächtige Bezeichnung von Gruppeninteressen als „Phrasen“, „Einbildungen“ — wie die ganze Rede vom „falschen Bewußtsein“ — zurückweisen müßte. Es kommt mir vielmehr darauf an, die unbestimmte Ahnung einer von den oben bezeichneten manifesten Interessen unterschiedenen Art von Interessen zur bestimmten Kategorie zu entwickeln. Manifeste Interessen entsprechen den Marxschen „Phrasen und Einbildungen der Parteien“. Sie haben eine unübersehbare Realität und sind in jedem Sinn gerade so bedeutsam wie jene anderen Interessen, von denen Marx sagt, daß sie schon in „einer gemeinsamen Situation“ einer „Masse“ gegeben sind, den „wirklichen Organismus“ und die „Realität“ einer Partei charakterisieren.

Es scheint in der Tat sinnvoll, mit einer Kategorie zu operieren, die neben den organisierten Gruppen eigenen manifesten Interessen bestehende, relativ vage, größeren Aggregaten von Menschen auf Grund ihrer gemeinsamen sozialen Situation eigene Wünsche, Ziele, Vorstellungen bezeichnet. Psychologisch dürften diese Vorstellungen schwer greifbar sein. Sie haben einen quasi-objektiven Charakter, insofern sie sich eben aus der objektiven, d. h. wirtschaftlich-sozialen Situation von „Massen“ deduzieren, durch direkte Befragung der betroffenen Personen aber nicht ermitteln lassen. Wenn beispielsweise den Arbeitern der frühen Industriegesellschaft auf Grund des Wertsystems dieser Gesellschaft jedes Recht auf eine Erhöhung ihrer Löhne versagt ist und sie daher in immer größere Not geraten, dann kann der Soziologe daraus die Erwartung ableiten, daß diese Arbeiter an einer Veränderung des bestehenden Wertsystems interessiert sind — selbst wenn dieser Wunsch als manifestes Interesse noch nicht laut geworden ist. Es ist hier nicht möglich, den logischen Status der damit eingeführten Kategorie in voller Schärfe zu bestimmen. So viel indes muß gesagt werden, daß die Rede von solchen „erwarteten Interessen“ stets den analytischen Bezug der Situation einer sozialen Kategorie, einer „Masse“, auf ein jenseits der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung liegendes motivierendes Prinzip voraussetzt. Man kann sagen, daß sich ein Interesse der Arbeiter in der frühen Industriegesellschaft an der Veränderung des Wertsystems dieser Gesellschaft dann erwarten läßt, wenn man voraussetzt, daß diese Arbeiter — wie alle Menschen — grundsätzlich an einem Optimum von sozialem (und insofern auch psychologischem) Wohlbefinden interessiert sind.

Die damit eingeführten „erwarteten Interessen“ sind nicht notwendig, ja sogar sehr selten denen, von denen sie erwartet werden, gänzlich unbewußt. Sie leben vielmehr gewöhnlich als halbbewußte, oft diffuse Gefühle der Befriedigung oder Unbefriedigung, der Zufriedenheit oder Aggressivität, wie Marx dies für die „Arbeiterklasse“ und die „Klasse der Kapitalisten“ in den frühen Stadien der Industrialisierung einleuchtend beschrieben hat. So handelt es sich nicht nur um „erwartete“, sondern auch um vorzufindende Interessen, wenn man will: um wirkliche Interessen. Sie unterscheiden sich von den manifesten Interessen dadurch, daß sie 1. ihre präzise Formulierung noch nicht gefunden haben und 2. unbestimmten Aggregaten von Menschen, nicht allein organisierten Gruppen gemeinsam sind. In Anlehnung an ein in anderem Zusammenhang in der Soziologie gebrauchtes Begriffspaar¹⁰⁾ werden wir diese Interessen daher als latente Interessen von den manifesten Interessen unterscheiden. Die Aggregate von Menschen, denen bestimmte latente Interessen gemeinsam sind, entsprechen den quasi-Gruppen oder sozialen Klassen der Soziologie¹¹⁾.

⁹⁾ K. Marx: „Der 18. Brumaire“, Berlin, 1946, S. 39.

¹⁰⁾ Vgl. R. K. Merton: „Manifest and Latent Functions“, in seinem Buch „Social Theory and Social Structure“, Glencoe, 1945.

¹¹⁾ Vgl. M. Ginsberg: „Sociology“, London etc., 1953, S. 40.

Die gesellschaftlichen Fronten sind unscharf

Es mag dazu beitragen, die nur erst in Umrissen bestimmte Kategorie der latenten Interessen weiter zu fixieren, wenn wir mit ihrer Hilfe noch einmal das zitierte Protokoll der Analyse unterwerfen. Dabei ist zu bedenken, daß die vollständige Analyse der latenten Interessen der quasi-Gruppen, aus denen die in der in Frage stehenden Lohnverhandlung sich begegnenden Interessengruppen hervorgegangen sind, im Rahmen einer Interpretation des Protokolls nicht möglich ist. Sie würde neben ihrer näheren Abgrenzung die unabhängige Untersuchung der sozialen Situation dieser quasi-Gruppen verlangen. Uns steht hier nur die Möglichkeit offen, zu fragen: Verraten sich in den Argumentationen der Sprecher der Gewerkschaften und der Unternehmer irgendwelche halbbewußten Intentionen, Wünsche und Pläne, die den Schluß auf ihnen zugrundeliegende latente Interessen zulassen? Wie verhalten sich die so erschlossenen latenten Interessen zueinander? Sind auch sie miteinander und mit dem Wertsystem der bestehenden Gesellschaft vereinbar?

Die manifesten Interessen der Gewerkschaften und Unternehmer, so sahen wir, prallen zwar aufeinander, bleiben aber im letzten kommensurabel. Innerhalb der bestehenden sozialen Struktur sind die manifesten Interessen beider Gruppen verträglich. Nun ist es aber selbst aus dem oben gegebenen kurzen Resumé des Protokolls der untersuchten Lohnverhandlung offenbar, daß hiermit der ganze Inhalt dieser Verhandlung noch nicht erklärt ist. Es bleiben ein paar offene Fragen, ein paar Bemerkungen der Verhandlungspartner, die unser Staunen erregen und nicht vernachlässigt werden dürfen.

Es fallen zunächst einige kleine Redewendungen auf, die mit der Annahme, die Partner verfolgten im Grunde gemeinsame Interessen, nicht recht in Einklang zu bringen sind. So gebraucht Mr. Tanner an mehreren Stellen das aggressive „Sie“, wo man, nach unserem Erklärungsversuch, eigentlich ein übereinstimmendes „wir“ erwarten würde. In seiner spontanen Entgegnung auf die Ablehnung der Gewerkschaftsforderung finden sich Sätze wie: „Ich weiß nicht, wie Sie erwarten, das (Erhöhung von Produktion und Export) zu erreichen durch eine völlige Ablehnung unserer Forderung. Sie wissen sehr wohl und haben es hier betont, daß Sie diese Zusammenarbeit in der Industrie haben müssen...“

Auch aus anderen Bemerkungen beider Sprecher spricht ein tiefergehendes Ressentiment. Sir Alexander Ramsay deutet an mehreren Stellen an, die Gewerkschaften seien „unbedacht“, „extravagant“, sie „übersehen die Konsequenzen“, „gefährden die Wohlfahrt des Volkes“, „suchen aus der Lage Vorteile zu ziehen und mehr für sich selbst zu fordern, allein weil ihre Dienste gefragt sind“, „erlauben sich Extravaganzen wegen ideologischer Vorstellungen“ usw. Ähnlich wirft Mr. Tanner seinen Partnern vor, sie seien profitsüchtig. Er spricht mit deutlichem Ressentiment von den Gewinnen, die unrechtmäßigerweise „zum Kapital“ gegangen seien, von der Steuerfreiheit der Aktionärsgewinne und von der Rückkehr zu alten volkswirtschaftlichen Prinzipien, die Sir Alexanders Antwort verrete.

Schwerwiegender noch ist das Ausmaß, in dem der Sprecher der Unternehmer sich zum Anwalt der „wohlverstandenen Interessen“ aller und zum Verteidiger der bestehenden Ordnung aufschwingt. Die übermäßige Betonung der „gemeinsamen Sache“, der „Sache der Nation“, der „Verteidigung unserer Lebensart“ usw. durch Sir Alexander stimmt verdächtig, zumal ihr aus dem Munde des Gewerkschaftssprechers zumindest eine deutlich gegen das gesamte System der bestehenden Gesellschaft gerichtete Bemerkung gegenübersteht: „Die Gewerkschaften haben nicht jahrelang dafür gekämpft, die sozialen Einrichtungen zu erweitern und damit die schlimmsten Wirkungen dieses Wettbewerbs-

systems der Gesellschaft abzumildern, um..." Durch die ganze Verhandlung hin ist der Versuch der Unternehmer unverkennbar, ihre eigenen Interessen als mit denen der Allgemeinheit — und das heißt für sie auch: des Staates — identisch, die der Gewerkschaften aber als sektionelle, „private“ Interessen hinzustellen, während die Gewerkschaften zwar dieses Argument umzukehren versuchen, ohne jedoch die Interessen der auch von ihnen apostrophierten Allgemeinheit mit denen des Staates zu identifizieren.

Alle diese Indices erlauben den Schluß, daß, versteckt in den ausgesprochenen Argumenten, die Forderung der Gewerkschaften wie die Ablehnung der Unternehmer absolut ist, d. h. ohne Rücksicht auf die gemeinsamen Interessen ausgesprochen wird. Es machen sich auf beiden Seiten also noch gewisse latente Interessen geltend, die an den alten Konflikt von „Kapital“ und „Arbeit“ erinnern. Irgendwo bestreiten beide Parteien sich noch gegenseitig alle Rechte und werfen einander ihre unverträglichen Wertsetzungen vor. Das kann natürlich heißen, daß dieser alte Konflikt noch unvermindert am Leben ist, daß die Unternehmer eine Gesellschaft verteidigen, die die Arbeiter radikal verändert sehen wollen. Bis zu einem gewissen Grade ist dies auch gewiß der Fall. Im übrigen aber ist es wahrscheinlicher, daß der erkennbare Unterstrom unvereinbarer latenter Interessen nur Zeugnis dafür ablegt, wie prekär die Übereinstimmung der manifesten Interessen der beiden konfligierenden Gruppen noch ist, wie vieles noch zu tun bleibt, bis die Gesellschaft so weitgehend umgestaltet ist, daß den latenten Interessen der Klassen der frühen Industriegesellschaft ihre Basis genommen ist.

Nachdenklicher stimmt noch ein anderer Gesichtspunkt, der wenigstens andeutungsweise in dem zitierten Protokoll anklingt und vielleicht auf das Entstehen neuer latenter Interessen (und quasi-Gruppen) hinweist. Die gewerkschaftliche Begründung der Forderung einer Lohnerhöhung mit der steigenden Produktivität und Profitabilität der Industrie verrät ein vielleicht auch bei den Gewerkschaftern noch kaum formuliertes Interesse der Industriearbeiter, ernstlich als „Kollegen“, als funktionale und rechtliche Bestandteile der Unternehmen anerkannt zu werden. Scharf formuliert, läßt sich hier ein latentes Interesse der Arbeiter vermuten, von Lohnarbeitern zu Teilhabern industrieller Unternehmen zu werden. Dieses Interesse wird noch akzentuiert durch seine Koppelung mit dem Verlangen, für höhere Preise durch höhere Löhne entschädigt zu werden; denn Sir Alexanders Einwand, daß damit die Arbeiter, also ein Teil des Volkes, für Lasten, die das ganze Volk zu tragen hat, kompensiert werden würden, ist sicher insofern richtig, als die Gewerkschaften dieses Recht nur für die von ihnen vertretenen Gruppen fordern.

Wohin im einzelnen dieses anklingende latente Interesse zielt, läßt sich aus dem vorhandenen Material nicht entscheiden. Hier wäre unter anderem die Antwort auf die Frage wesentlich, ob die Gewerkschaften die Arbeiter auch am Risiko der Unternehmen beteiligt sehen wollen oder nicht — eine Frage, über die sich verständlicherweise bislang weder Arbeiter noch Gewerkschafter die Köpfe zerbrechen. Sollte die hier ausgesprochene Vermutung zutreffend sein, und sollte diese zentrale Frage mit einem Nein beantwortet werden, dann würde vollends offenbar, was in jedem Fall zutreffend erscheint: daß nämlich die neue Mittelklasse der Angestellten aller Zweige des Handels, der Verwaltung und auch der Industrie als unsichtbarer Verhandlungspartner der in Frage stehenden Konferenz beigezogen hat. Gegen sie richtet sich eigentlich der implizite Versuch der Gewerkschaften, den Arbeitern nicht nur einen „angemessenen“ Lebensstandard, sondern einen verbrieften Anteil an den Erträgen industrieller Produktion, möglicherweise bei gleichzeitiger Sicherung gegen deren Risiken, zu erringen. Gegen sie richtet sich auch der Versuch, die Arbeiterlöhne gegen steigende Preise abzusichern. Es mag sein, daß sich in der gewerkschaftlichen Haltung latente Interessen ankündigen, die die Bildung neuer Fronten des sozialen Konflikts in der entwickelten Industriegesellschaft ankündigen.

Während im 19. Jahrhundert die latenten und die manifesten Interessen der Arbeiterklasse gegen die Oberschicht der Besitzer der Produktionsmittel und damit gegen Struktur und Wertsetzungen der bestehenden Gesellschaft gerichtet waren, sind die manifesten Interessen der Arbeiter heute mit denen der Unternehmer und dem System der Gesellschaft vereinbar. Ihre latenten Interessen machen zugleich einen Prozeß der Umformung und Wandlung durch. Sie sind zum Teil noch von den Gegensätzen der frühen Industriegesellschaft bestimmt. Zum Teil aber deuten sie vielleicht schon auf neue Konflikte hin, in denen die Teilhaber der industriellen Produktion denen gegenüberstehen, die nicht oder nur mittelbar an dieser beteiligt sind.

Noch sind viele Fragen offen, deren Beantwortung allein sinnvolle Prognosen der zukünftigen Linien sozialen Konflikts erlauben würde. Auf welcher Seite werden die Unternehmer, selbst „Angestellte“, stehen, die heute noch, getreu ihrer Tradition, das bestehende System zu konservieren versuchen? Gilt das latente Interesse an Beteiligung am industriellen Ertrag für alle Industriearbeiter oder nur für die neuen „Techniker“, die Handwerker und spezialisierten Facharbeiter? Wie vor allem steht die neue Mittelklasse zu diesen Fragen? Manches mag der Soziologe zu diesen Fragen schon heute sagen können. Ihre endgültige Antwort aber liegt noch in der Zukunft. Für die Gegenwart läßt sich vorerst nur sagen, daß die vergangenen und die zukünftigen Fronten des Konflikts sich in unserer Gesellschaft in verwirrender Weise überschneiden. Die latenten Interessen der alten Klassen sind gerade noch wirksam, die der neuen gerade noch nicht. So scheint es unvermeidlich, daß die von vielen als unecht empfundenen, weil tatsächlich nicht bestimmten, teils nicht mehr und teils noch nicht von starken Interessengruppen getragenen Gegensätze der Interessen, Klassen und Parteien unserer Zeit noch eine Reihe von Jahren der Klärung und neuen Formierung bedürftig bleiben werden.

In den Wertungen der Zeit gilt mehr als sonst der rücksichtslose Wille starker Persönlichkeiten. Alle großen Geschichtsepochen tragen Form und Namen, die große Männer ihnen gaben. Aber fast alle diese Männer sind an ihrer Riesenaufgabe zerbrochen, als die Form sich ihrem Willen nicht mehr fügte und ihnen endgültig Schranken zog. Nur die Spuren ihres kühnen Marsches blieben zurück als Wege, auf denen die Menschheit nach ihnen weiter emporkeuchte. Dieser weitere Weg erst entscheidet über Wert oder Unwert, über Bleiben oder Vergehen. Der alte Kampf zwischen den großen Willenskräften und den hemmenden Gewichten der Geschichte, zwischen den blinkenden Ideen und den Beharrungsgesetzen des materiellen Daseins ist immer aufs neue auszutragen in der endlosen Reihe sozialer und geistiger Konflikte. Er wird nie zu Ende gehen, dieser Menschheitskampf, solange Sterbliche leben. Denn in ihm gibt es kein endgültiges Recht und deshalb auch keine endgültige Entscheidung. Er begleitet die Menschen durch alle Epochen ihres Seins, und er wird sie weiter begleiten und immer weiter.

Julius Leber

Helmut Schelsky

„DAS RESTAURATIVE IN UNSERER ZEIT“

Lieber Herr Stammer!

Sie haben sich im Heft 3/55 dieser Zeitschrift mit meinem in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 9. April 1955 erschienenen Aufsatz „Über das Restaurative in unserer Zeit“ kritisch befaßt. Mit dieser Veröffentlichung ist es mir sehr eigentümlich gegangen: die große Mehrzahl der Zuschriften, die ich darauf erhielt, drückte mir Ihre Zustimmung dazu aus, daß ich „es der Reaktion so gründlich gegeben“ hätte, verstand den Artikel also als einen Angriff auf das Restaurative; Sie sehen umgekehrt darin eine „Rechtfertigung der Restauration in der Bundesrepublik“ und meinen mich unter die Kategorie „restaurative Sozialkritik“ subsummieren zu müssen. Ich befinde mich damit in der leidigen Stellung eines Autors, der eine komplexe und ambivalente Sache komplex und ambivalent dargestellt hat und sich nun von beiden Seiten mißverstanden sieht. Sie wissen, daß ich die wissenschaftliche Auseinandersetzung und den sachlichen Widerspruch nur für einen Gewinn für die eigene Einsicht halte und deshalb meine Aussagen meist schon so formuliere, daß ich beides provoziere; aber in diesem Falle verspreche ich mir leider nicht sehr viel davon, da wir beide gar nicht von der gleichen Sache geredet haben. Es ist nun für mich schwer, dieses Mißverständnis hier in dieser Zeitschrift aufzuklären, weil mein Artikel nur in Ihrer Auffassung kurz wiedergegeben und, da er in einer Tageszeitung erschien, von den meisten Lesern der „Neuen Gesellschaft“ wahrscheinlich gar nicht selbst gelesen wurde und Ihnen auch jetzt kaum mehr zugänglich sein wird. Um hier nun nicht den besagten Artikel zu wiederholen — was sicher die gründlichste Art der Erwiderung wäre —, lassen Sie mich nur zwei Punkte aufgreifen, die allerdings wohl den Kern des Mißverständnisses ausmachen.

1. Sie sagen: „Nur mit Bedauern kann man feststellen, daß ... Helmut Schelsky auf hoher Ebene sozialwissenschaftlicher Analyse in eine gefährliche Nähe derartiger Schlussfolgerungen gerät, wenn er in besagtem Aufsatz das angeblich ‚Unwahre und Gespenstische der alten Ideologien und Programme‘ auch in den ‚großen Organisationen‘ vorzufinden meint, die nach seiner Auffassung keine andere gesellschaftliche Funktion mehr haben (von mir gesperrt), als ‚alte Formen des sozialen Bewußtseins‘ zu stabilisieren.“ Es dürfte Ihnen trotz der Zitat-Bruchstücke schwer fallen, diesen Satz als meine Meinung aus dem Artikel zu belegen, ja, ich zögere nicht, diese mir zugeschriebene Aussage für eine ausgemachte wissenschaftliche Unwahrheit und Ungereimtheit zu halten, gegen die ich genau so polemisieren würde wie Sie. Ich habe allerdings auch an keiner Stelle gesagt, daß die großen Organisationen „keine andere gesellschaftliche Funktion mehr haben“ als alte Formen des sozialen Bewußtseins zu konservieren, sondern gehe geradezu von einer anderen „Funktionsnotwendigkeit“ solcher Organisationen aus, bescheinige Ihnen, daß sie „immer unentbehrlicher“ werden und erkenne sie sogar als die „autonomen und dauerhaften sozialen Gebilde“ unserer Gesellschaftsverfassung an. Wenn ich die von Ihnen fälschlich vermißten Funktionen und Leistungen der großen Organisationen nicht breiter dargestellt habe, dann liegt das daran, daß die Frage meines Themas

gar nicht nach der „Organisationswirklichkeit der Verbände“ geht, wie es Ihre Analyse tut, sondern nach dem „Restaurativen in unserer Zeit“, das ich in sehr viel Bewußtseins- und Verhaltensformen aufweise, für das ich viele Ursachen und Erscheinungsformen anführe, und das ich dabei auch in den großen Organisationen entdecke. Das scheint mir nun wirklich eine ganz andere Aussage zu sein, als Sie mir zuschreiben und gegen die Sie polemisieren. Wenn unter diesem Aspekt in meinem Artikel überhaupt eine Kritik steht — worüber noch zu reden sein wird —, so doch keineswegs nur gegen die Verbände und Organisationen, sondern fast mehr noch gegen die Menschen selbst. Das „Restaurative in unserer Zeit“, dem ich nachspüre, und unter dem man wohl kaum nur so etwas wie reaktionäre Maßnahmen von Verbänden verstehen kann, scheint mir in Verhaltenstiefen und -zusammenhängen zu bestehen, die alle Lebensäußerungen des Menschen in unserer Zeit erfassen und bestimmen, so daß es wohl kaum anders sein kann, als daß es auch in den sozialen Organisationen auftaucht. Dies läßt sich doch als der Grundtenor aller meiner Aussagen gar nicht übersehen! Darf ich als einen Beleg dafür den von Ihnen teilweise zitierten Satz vollständig wiederholen: „Daher auch die Ambivalenz, mit der der einzelne den rückwärtsgerichteten Fronten unseres öffentlichen Lebens gegenübersteht: er ahnt das Unwahre und Gespenstische ihrer Ideologien, Schlagworte und Programme, aber da er in seinem privaten Selbstverständnis und seinen Lebenszielen selbst Gespensteridealen nachstrebt, findet er in ihnen schließlich doch nur die ihm angemessene Öffentlichkeit.“

Aber nicht nur, daß wir ein verschiedenes Thema behandeln, sondern auch die sehr unterschiedliche Objekt-Einstellung unserer Erkenntnis-Linse trägt zu dem Mißverständnis erheblich bei. Sie argumentieren von dem Gegenstand und Modell der „politischen Verbände“, insbesondere der Parteien, her, ja an vielen Stellen liegt Ihnen sogar nur an den „Massenorganisationen der politischen Linken“; was ich von den „großen Organisationen“ aussage, bezieht sich ausdrücklich auf „Regierungs- und Verwaltungsinstitutionen, die Partei- und Gewerkschaftskaders, die verschiedenen Organisationen der sozialen Sicherung, aber auch die organisatorischen Formen der Publizistik, des Unterhaltungsbetriebes, in weiten Teilen auch die Betriebsformen“, und ich könnte leicht mehr Beispiele dessen, was ich treffen will, hinzufügen: Handwerks-, Bauern- und Industrieverbände, Soldatenbünde, Wohlfahrtsorganisationen, Flüchtlingsorganisationen, Buchgemeinschaften, Universitäten, Kino und Theater usw.; jedenfalls steht die politische Partei keineswegs so im Zentrum meiner Aussage wie bei Ihnen. Diese Objekt-Zusammenfassung erscheint Ihnen zu undifferenziert, und Sie wenden ein, daß man diese Organisationen doch in ihrer „gesellschaftlichen Bedeutung“ unterscheiden müsse. Das hätte ich gewiß getan, wenn ich überhaupt ihre gesellschaftliche Bedeutung hätte analysieren wollen. Ist denn aber meine Frage, ob es nicht eine gemeinsame Auswirkung der in allen diesen Beispielen zutage tretenden Organisationsform auf das Zeitbewußtsein gibt, wirklich wissenschaftlich illegitim und primitiv? Ist ein Verallgemeinerungsgrad, wie ich ihn in diesem Falle angenommen habe, von vornherein für wissenschaftliche Einsichten unergiebig? Sie vermissen die empirischen Analysen! Nun, Sie wissen, daß ich der letzte bin, der darauf keinen Wert legt und auch einiges dieser Art schon durchgeführt habe; aber ich bin in der Tat der Meinung, daß man sich von Zeit zu Zeit einmal von der empirischen Materialfülle lösen und sie in allgemeine, strukturelle und systematische Aussagen zu transponieren versuchen soll. In bezug auf die „großen Organisationen“ in dem breiten Umfange, wie ich sie meine, stehen uns durchaus schon einige, wenn auch noch lange nicht genug empirisch-soziologische Tatbestandserhebungen zur Verfügung, die ich auch kenne, aber aus Raumgründen weder hier noch in meinem Zeitungsbeitrag erörtern kann und konnte. In allen diesen Untersuchungen könnte ich Ihnen das Phänomen des „überständigen Sozialbewußtseins“, d. h. einer gegenüber ihren gegen-

wärtigen Funktionen, der sozialen Wirklichkeit ihrer Mitglieder usw. an einer unwirklich werdenden Vergangenheit fixierten Selbstinterpretation dieser Organisationen, einwandfrei und in vielen Details belegen.

2. Nun zu Ihrem Vorwurf der „defaitistischen Resignation“ und Kritik! Sie rechnen mich zu den Kultur- und Sozialkritikern restaurativen Stils und reaktionärer Wirkung. (Ob die Kulturkritik und die Kritik der politischen Verbände in der Art Theodor Eschenburgs oder Werner Webers, den Sie in diesem Zusammenhang ebenfalls tadeln, überhaupt so einfach identifiziert oder aufeinander bezogen werden können, wie Sie es tun, wäre eine Frage für sich.) Aber habe ich überhaupt kritisiert? Ich habe versucht, „das Restaurative“ zu beschreiben und in seinen Zusammenhängen, Ursachen und Folgen darzustellen; das Vielschichtige, in vielen Facetten Schillernde des Phänomens selbst zwingt zu positiven und negativen Tönen in seiner Beschreibung und Benennung. Ich frage mich, weshalb treffen nur die als „kritisch“ zu deutenden Töne meiner Darstellung Ihre Verständnis-Membrane, nicht dagegen die bejahenden? Sie wissen, daß ich mich in den letzten Jahren gegen die Kulturkritik und das Kriegsgerede immer wieder gewandt habe, ich tue es ausdrücklich wieder in diesem Artikel. Weshalb erscheint Ihnen das als übergehehenswert oder vernachlässigungswert gegenüber den als „kritisch“ empfundenen Aussagen? Sehe ich wirklich nur und bestärke ich damit den Skeptizismus des „Ohne mich“ unseres Zeitbewußtseins? Ich darf einen Satz aus meiner Darstellung zitieren: „Eine universal gewordene Skepsis schlägt sich in einem ‚Konkretismus‘ nieder, der gewiß auf der einen Seite die Züge egoistischen und materialistischen Lebensgenusses trägt, auf der anderen aber viele Lebensgebiete mit einer unemotionellen Sachlichkeit gewinnbringend durchdringt und in einer der ideologischen Verführung wenig ausgesetzten Bereitschaft zu ‚konkreter‘ Verantwortung gipfelt.“ Trete ich in meiner Diagnose nicht einer weitverbreiteten „defaitistischen“ These entgegen, indem ich die andere, „optimistische“ Seite der Medaille aufweise, und liegt nicht Ihre Forderung, die Sie mir entgegenstellen zu müssen meinen, in gleicher Richtung?

Allerdings, ein Unterschied ist dabei nicht zu übersehen: Sie fordern die „konkrete Verantwortung“ und Sachlichkeit, ich diagnostiziere das gleiche, und in diesem Unterschied scheint mir der Hauptanlaß Ihres Mißverständnisses und Ihres Anstoßes zu liegen. Sie beziehen sofort Position „für“ oder „gegen“ die Phänomene, Sie wollen mit Ihren Ausführungen direkt politisch oder erzieherisch wirken, wogegen ich in der Tat mich bemühe, mich von den Erscheinungen möglichst analytisch zu distanzieren und mich von unmittelbaren politischen oder erzieherischen Wirkungsabsichten zu befreien, damit ich die Sache selbst mir ungehinderter verdeutlichen kann. Eine solche Verschiedenheit des geistigen Ansatzes und Herantretens an die Gegenstände — dessen jeweilige Berechtigung ich hier gar nicht diskutieren will — ist an vielen Stellen unserer Artikel zu bemerken, sie durchdringt Begriff und Gegenstandsauffassung auch dort, wo scheinbar das Gleiche angesprochen wird. So verwenden Sie den Begriff „die Reaktion in der Bundesrepublik“ völlig selbstsicher und sind ebenso selbstverständlich „dagegen“, ganz davon zu schweigen, daß Sie sich selbst natürlich nicht dazurechnen; ich frage in meinem Artikel: Was ist eigentlich das „Restaurative“ in unserer Zeit und finde es in sehr viel weiterem Umkreis und tieferen Verhaltensschichten, als Sie den Begriff „Restauration“ ansetzen; ich finde das Restaurative ebenso in Ihrem Artikel wie in mir selbst. „Dafür“ oder „dagegen“ sind mir bei dieser Fragestellung erst einmal sekundäre, ja belanglose Kategorien.

Nun sehen Sie das Negative solcher Diagnosen ja vor allem in der breiten und, wie Sie selbst zugeben, mißverständlichen Auswirkung auf Menschen, die darin ihre Voreingenommenheiten nur bestätigt sehen. Daß mein Essay solchen — übrigens in sich widersprüchlichen — Mißverständnissen ausgesetzt war, bestätigte ich Ihnen

ja schon. Aber läßt sich das vermeiden? Doch nur, wenn man die Didaktik der wissenschaftlichen Aussage bis zur Langweiligkeit triebe. Auch Sie werden nicht verhindern, daß nach Ihrem Artikel mich manche Leser für einen Erzreaktionär halten, der aus purer Dummheit oder gar geheimer Absicht totalitäre Tendenzen unterstützt, obwohl Sie eine ganz andere und viel differenziertere Aussage machen. Daß die der Sache nach notwendige Ambivalenz rein diagnostischer Feststellungen über eine so vielschichtige Erscheinung, wie sie das restaurative Bewußtsein oder Lebensgefühl unserer Zeit darstellt, von wissenschaftlich ungeschulten Lesern zu einseitigen Bestätigungen oder Angriffen ihrer vorgefaßten Positionen mißverstanden wird, kann nicht als Einwand gegen die wissenschaftliche Legitimität solcher Vorhaben gelten. Ja, vielleicht liegt der Mut und die Berechtigung zu solcher bloßen Diagnostik, auch was ihre praktische Auswirkung betrifft, letztlich doch gerade in einem Vertrauen auf die Zukunft, daß Sie mir als vermeintlichem bloßen „Sozialkritiker“ und „Defaitisten“ absprechen wollen. Wenn Sie dagegen in solchen kritischen Diagnosen einzelner Züge der „Organisationswirklichkeit“ nur die Rationalisierung antidemokratischer Affekte erblicken und warnend fordern, davon Abstand zu nehmen, denn: „Die Alternative ist der Totalitarismus“, nun, ich kann mir nicht helfen, dann finde ich diese Dramatisierung der Aspekte viel pessimistischer und — restaurativer als meine eigenen Aussagen.

Es ist nicht meine Absicht, hier auf den sonstigen Inhalt Ihres Aufsatzes einzugehen, dem ich in manchem zustimmen würde, in anderem Einwände entgegenzuhalten hätte, wie das unter Soziologen üblich ist. Aber eine Zustimmung und eine Fragestellung möchte ich doch nicht unterlassen. Sie schreiben: „Die Leitungen der Massenorganisationen der politischen Linken haben bisher in der Besorgnis, bestimmte Schwächen des Mechanismus der Organisation könnten durch verbandsoziologische Untersuchungen aufgedeckt und von gegnerischen Kräften ausgenutzt werden, einer wissenschaftlichen Durchleuchtung des Verbandsgeschehens wenig Neigung entgegengebracht. Gerade dadurch wird aber den Vertretern des sozialen Defaitismus Wasser auf die Mühle geleitet. Die pauschale Verdächtigung des Organisationsgetriebes gerade derjenigen Verbände, die ernstzunehmende gesellschaftspolitische Gesamtkonzeptionen vertreten, als sozialer Organisations-Herzogtümer ist nur möglich, solange nicht im Lichte der wissenschaftlichen Kritik die konkreten Anzeichen der Demokratisierung im Verbandsgeschehen nachgewiesen werden.“

Sie wissen, daß ich Ihnen in dieser Forderung und Ermutigung empirisch-sozialwissenschaftlicher Untersuchungen voll zustimme und diesen Weg theoretisch und praktisch für den richtigen halte, an die „Organisationswirklichkeit“ heranzukommen. Nun ist diese Ablehnung der wissenschaftlichen Durchleuchtung des Verbandsgeschehens, die Sie hier für die politischen Organisationen der Linken behaupten, ja keineswegs auf diese beschränkt, sondern, wie wir beide wissen, ein Wesenszug aller „großen Organisationen“ heute. Ich frage Sie nun: Wo liegen denn die tieferen Gründe für diese Besorgnis und Abneigung der Organisationen gegenüber der wissenschaftlich-kritischen Analyse? Ist es wirklich nur die Furcht vor Aufdeckung „bestimmter Schwächen des Mechanismus der Organisation“ (eine Aufdeckung, die einer erhöhten Wirksamkeit des Mechanismus doch einwandfrei zugute käme) und deren Ausnutzung durch „gegnerische Kräfte“ (die dies „pauschal“ heute doch schon viel ungehemmter tun; außerdem haben monopolistische Großorganisationen, die in gar keiner „gegnerischen“ Frontenstellung stehen, diese Abneigung mindestens im gleichen Maße)? Setzt nicht in Wirklichkeit diese Besorgnis voraus, daß hier Inkongruenzen zwischen der öffentlichen Selbstinterpretation und dem realen Verbandsgeschehen von vornherein als ein Ergebnis solcher wissenschaftlich-kritischen Durchleuchtungen erwartet werden? Und würden Sie selbst solche Inkongruenzen, sobald sie die wissenschaftliche Analyse feststellte, auszusprechen für schädlich

halten und verschweigen? Nun, die Antwort versteht sich von selbst. So glaube ich, daß wir uns an Hand solcher konkreter Untersuchungen über die Sache, um die es in meinem Artikel ging und die ja nur als ein Teil der „Organisationswirklichkeit der Verbände“ unter einem ganz anderen Themenaspekt in meinen Ausführungen auftauchte, recht bald verständigen würden.

Mit herzlichem Gruß! Ihr H. Schelsky.

Hermann Bortfeldt

SEIN UND SOLLEN

Auf dem Felde der Metaphysik hat die Menschheit aus guten Gründen seit ihren Anfängen keine Fortschritte gemacht. Gelänge es nachzuweisen, daß und wie Sein und Bewußtsein zusammenfallen, dann wäre die Welt endgültig erklärt. Wer sie jedoch verändern will, braucht eine Richtschnur. Die liefert die bloß eingebilddete Identität von Sein und Bewußtsein nicht. Man muß klar einsehen, daß die Menschheit gezwungen ist, darüber zu urteilen, wie sie es haben und ob sie es besser haben will. Diese Entscheidung soll man ihr nicht dadurch abnehmen, daß man behauptet, man wisse jetzt schon, wie die Geschichte verlaufen werde.

Man wisse es allerdings nur mit der Einschränkung, daß sie auch anders verlaufen könne. Leo Kofler schreibt: „Das Fehlen eines wirklichen und eigentlichen Verständnisses des nicht ‚naturwissenschaftlich‘ zu begreifenden gesellschaftlichen Gesetzesbegriffes verbaut hoffnungs- und ausweglos die Möglichkeit zum Verständnis des gesellschaftlichen Seinsbereichs überhaupt. Mit der mechanischen Trennung von Sein und Sollen fällt der Nelsonianismus auf das Niveau des naiven und unkritischen Alltagsbewußtseins zurück, das dem schicksalhaften Unterworfensein unter unveränderbare ‚Gesetze‘ gleichfalls das subjektive Wollen, die individuelle Spekulation und die persönliche Ethik entgegenzusetzen sucht¹⁾.“ Langsam, bitte! Wie? An „Gesetze“ glauben, so sagt der zweite Satz, bedeutet, auf das Niveau des Alltagsbewußtseins zurückfallen. Fehlendes Verständnis für den „Gesetzesbegriff“ jedoch, so sagt der erste Satz, verbaut das Verständnis für die Gesellschaft überhaupt.

Das ist natürlich kein Widerspruch, sondern das Gegenteil. Kofler hat ja nicht „unveränderbare“ Gesetze im Auge. Denn „Marx bezieht in seine zugleich individualisierende und verallgemeinernde Theorie die Tatsache der ständigen Veränderung der gesellschaftlichen Umstände im Rahmen des geschichtlichen Prozesses ein“ (a. a. O. S. 48). Und „der in einer solchen Gesetzesvorstellung entstehende Begriff der geschichtlichen ‚Notwendigkeit‘ bedeutet nichts ‚naturgesetzlich‘ Mechanisches, sondern das Gegenteil“ (a. a. O. S. 49).

Dies Gegenteil müsse man sich aus zwei Komponenten zusammengesetzt denken. Erstens aus der Widersprüchlichkeit; diese haftet dem alten Ordnungssystem an; ihr entspringt die Tendenz, Menschen oder Klassen vor „Entscheidungen“ zu stellen, eine andere Ordnung zu wollen. Zweitens aus der alten Ordnung; die neue Gesellschaft kann nämlich nur jene Form annehmen, deren Bedingungen in der früheren Gesellschaft bereits entwickelt sind. Dabei ist aber zu beachten, daß eine Weiterentwicklung überhaupt nicht stattfinden muß, da die alte Gesellschaft auch — trotz ihrer Widersprüchlichkeit — stagnieren oder — wegen ihrer Widersprüchlichkeit? — zugrunde gehen kann.

¹⁾ Kofler: „Marxismus und Nelsonianismus“ in DIE NEUE GESELLSCHAFT, 1/1955.

Es handelt sich also um ein Gesetz, das sich durch seine „Ausführungsbestimmungen“ wieder aufhebt. Entweder zeitigt es das magere Ergebnis, daß es in der gesellschaftlichen Wirklichkeit bereits vorhandene Formen entwickelt, oder es tritt überhaupt nicht in Kraft. Was aber helfen solche „Gesetze“ dem, der vor einer „Entscheidung“ steht?

Hierauf antwortet Kofler, daß ein Mensch auch nicht „in einem einzigen und einfachen konkreten Falle“ darüber entscheiden könne, „ob eine Handlung gerecht oder ungerecht, gut oder böse usw.“ sei (a. a. O. S. 51). Sondern: „Man muß auch das historische Recht auf seiner Seite haben, um es wirklich zu sein“ (a. a. O. S. 52). „Es zu sein“ soll sich auf „Recht zu haben“ beziehen; das ist logisch falsch. Was ein Mensch tatsächlich nicht überschauen kann, sind die Folgen einer Handlung. Die Handlung als solche kann er sehr wohl beurteilen. Wenn jemand das in Moraldebatten so oft zitierte ins Wasser gefallene Kind unter eigener Lebensgefahr rettet, dann wird seine Handlung so ziemlich allgemein als „gut“ empfunden. Was die historischen Folgen dieser guten Tat sein werden, das vermag allerdings niemand zu beurteilen. Das Kind kann ein Raubmörder werden, ja, sich zu einem Hitler entwickeln. Tut es das, dann ist Kofler ganz verloren; denn auch gesellschaftliche Untaten größten Stils müßten nach seiner Auffassung „historisch“ bewertet werden. Wenn also Nebukadnezar den von ihm gefangenen Völkerstämmen einen Ring durch die Nase ziehen und sie durch die Wüste treiben ließ, und wenn dann etwa ein Kind seine Mutter fragte: „Ist Nebukadnezar nicht ein böser Mann?“, dann hätte die Mutter nach Kofler antworten müssen: „Du irrst. Niemand kann sagen, ob eine Handlung gut oder böse ist. Man muß das historisch sehen. Die Produktivkräfte sind noch nicht genügend entwickelt . . .“ Wer der fragenden Menschheit von heute so antwortet, treibt den Bibelforschern das Publikum zu.

Kofler ist schlecht beraten, wenn er die „Trennung von Sein und Sollen“ — die so alt wie die Menschheit selbst und einfach menschlich ist — zum „typischen Merkmal des bürokratischen Funktionärbewußtseins“ macht. In der allgemeinen Hetze gegen den „Funktionär“ wird diesem meist unterschoben, ein Feind des Individuellen zu sein. Gerade dieser Karikatur des Funktionärs kommt Kofler nahe, wenn er überhaupt kein Individuum kennen will. „Das isoliert vorgestellte Individuum ist eine Abstraktion“ (a. a. O. S. 45). Da aber die Definition nun einmal verlangt, sich zu Unterscheidungszwecken ein Individuum isoliert vorzustellen, bleibt in Koflers Vorstellung nur das reine Nichts übrig. Das hindert ihn aber wiederum nicht, zu behaupten, „der Mensch“ (diese „Abstraktion“) gehe den Weg der „Selbstverwirklichung“ (a. a. O. S. 51). Mit diesem philosophischen, wenn nicht gar metaphysischen Begriff arbeitet er, obwohl er doch eingangs versprochen hatte, „im folgenden den Boden der Philosophie“ zu verlassen, „um ihn mit jenem der Soziologie zu vertauschen“ (a. a. O. S. 44). Er sagt: „Um ein Kriterium für die ethische Beurteilung des menschlichen Verhaltens zu finden, genügt es, nachzuweisen, daß der gesellschaftlichen Bewegung (der Geschichte) bestimmte reale Ziele leitend zugrunde liegen, die als bewußte oder unbewußte Motive menschlichen Handelns die Kraft besitzen, immer höhere Formen menschlichen Seins zu provozieren“ (a. a. O. S. 47). Ziele sind doch wohl Dinge, die noch nicht sind, die erst sein sollen. Vorher aber hatte er gesagt, daß das Prinzip des Sollens „aller Kausalität entgegengesetzt“ sei. Die Tatsachen bewelsen doch aber jeden Tag, daß die Vorstellung von einem Sollen sehr wohl kausal wirken kann. (Ich soll nicht stehlen, also . . . usw.). „Ob ‚einer‘ Sozialist sein soll“, wendet Kofler ein, „wird sich niemals mit Sicherheit erweisen lassen“ (a. a. O. S. 45). Nachher meint er aber: „Es ist vom marxistischen Standpunkt völlig undenkbar, sich vorzustellen, daß die Individuen sich in ihrem Handeln nicht von einer Sollensvorstellung . . . leiten lassen“ (a. a. O. S. 48). Wenn wir aber erst zur Selbstverwirklichung kommen sollen, dann ist erstens unser Selbst heute noch

nicht verwirklicht, dann gibt es zweitens einen Unterschied zwischen dem, was ist und dem, was sein soll, und dann existiert drittens — zumindest in Koflers Vorstellung — ein wahres „Selbst“ des Menschen, das wohl ein ideales Selbst sein muß, da es ja geschichtlich noch nicht verwirklicht ist. Darüber, daß der imaginäre „urkommunistisch“-selbstverwirklichte Mensch nur ein in die Vergangenheit projiziertes Wunschgebilde ist, gibt es jedoch heute kaum noch einen Streift.

Als ob es dem, der zu einem richtigen Standpunkt kommen will und Marx in sich aufgenommen hat, auf den „marxistischen Standpunkt“ ankäme! Es ist so schön, „Marxist“ zu sein, eine Autorität hinter sich zu haben, über eine zugleich individualisierende und verallgemeinernde Theorie zu verfügen, das Sollen zugleich abzulehnen und anzuerkennen, dem einen nicht das Recht zuzugestehen, seine Erkenntnisse für Naturgesetzen gleichwertig zu halten, sich selbst aber darin zu sonnen, wissenschaftlich fundierte Gesetze des individuellen Erlebens und des geschichtlichen Werdens der Menschheit zu kennen! Besser ist es, auch den eigenen Standpunkt immer wieder kritisch zu überprüfen und in unserer Zeit, die täglich neue Probleme aufwirft, und in der wöchentlich eine wissenschaftliche Hypothese von einer anderen hinweggefegt wird, die Dinge nüchtern zu überlegen.

Was Kofler für die letzte Errungenschaft der „Soziologie“ hält, ist eine uralte philosophische These. Stets haben sich dualistische und monistische Versuche, „die Welt“ oder „das Bewußtsein“ zu erklären, gegenübergestanden. Alles auf ein Prinzip zurückzuführen, ist dem Denken nie gelungen. Eine einheitliche Vorstellung, auf die sich alle stofflichen und geistigen Phänomene reduzieren lassen, ist nie Wissenschaft geworden, sondern stets Glaube geblieben. Die dualistischen Systeme hingegen, die auf zwei voneinander unterschiedenen Prinzipien stehenbleiben, kranken daran, daß sie das menschliche Erklärungsbedürfnis unbefriedigt lassen. Kofler: „... löst Marx das Problem, indem er zeigt, wie auf dem Wege des Umschlagens des Subjektiven ins Objektive beide Seiten vollständig zur Wirkung kommen ...“ (a. a. O. S. 48). Hegel hatte es auch schon gezeigt und einen Schlußstein gesetzt. Schade nur, daß man glauben muß, um zu sehen, was da gezeigt wird. Es ist viel ergiebiger, einer anderen Anregung von Marx zu folgen und darauf zu verzichten, die Welt bloß zu interpretieren! Die metaphysische Qual zu beenden, dazu hat sich nun aber ein Dualismus, der einen Unterschied macht zwischen dem, was ist, und dem, was sein könnte, als ein Ordnungsprinzip erster Güte erwiesen, das bedeutend fruchtbarer ist als die monistische Gebetsmühle, die immer nur wieder herunterleiert, daß die Natur das Anderssein des Geistes ist (Hegel), daß sichtbarer Geist Natur ist (Schelling), daß Geist nur eine Form der Natur ist (Büchner), daß Geist und Materie nur Attribute der einen Universalsubstanz sind (Häckel), daß Subjekt und Objekt identisch sind (alle Mystiker), daß alles ein und dasselbe ist (Xenophanes).

Wenn man die Welt verändern will, hat es wenig Sinn, sich darauf zu verlassen, daß die neue Gesellschaft „nur jene Form annehmen kann, deren Bedingungen in der früheren Gesellschaft bereits entwickelt worden sind“ —, „wenn überhaupt eine Weiterentwicklung stattfindet ...“ Cui bono? Es kommt ganz einfach darauf an, zu wissen, was man verändern und wie man es besser machen will. Dazu muß man urteilen, und dafür braucht man eine Richtschnur. Die findet man schlecht, wenn man sich nicht klar über die Doppelseitigkeit der Menschennatur ist, über den Dualismus des Physischen auf der einen und des Logisch-Moralischen auf der anderen Seite. Es besteht eben ein Unterschied zwischen Wahrheit und Unwahrheit, ein Gegensatz zwischen Gut und Böse. Das Vernunftwesen ist auch eine moralische Persönlichkeit. Die gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse sind zweifellos die Bedingung dafür, daß „einer“ Sozialist wird. Bestimmend dafür aber sind sie keineswegs.

DER SOZIALISMUS UND DIE WISSENSCHAFTEN

ZU EINER VORTRAGSREIHE „DAS WELTBILD UNSERER ZEIT“

Die Beziehungen des demokratischen Sozialismus zu den modernen Wissenschaften sind dürftig und ungeklärt. Dieser Zustand ist auf eine ganze Reihe von Ursachen zurückzuführen, zunächst und vor allem auf die zu innigen Beziehungen des Sozialismus zu der alle Himmel stürmenden populären Naturphilosophie des vergangenen Jahrhunderts. Als sich um 1900 plötzlich eine tiefgreifende Wandlung des wissenschaftlichen Welt- und Selbstverständnisses abzuzeichnen begann, blieben die auf einen simplen Positivismus und Monismus eingeschworenen Fortschrittsgläubigen mit einem Modell der physischen und metaphysischen Zusammenhänge zurück, das sich als völlig unzureichend erwies, die neuen Sachverhalte zu fassen. So blieb dem Sozialismus, der für eine wissenschaftliche Neuorientierung aus vielerlei Gründen nicht gerüstet war, nichts anderes übrig, als die verwirrenden Perspektiven beispielsweise der Relativitäts- und Quantentheorie oder der Psychoanalyse vorerst überhaupt nicht zur Kenntnis zu nehmen und entweder in eigensinniger Naivität auf den längst überfällig gewordenen mechanisch-materialistischen Positionen zu beharren oder aber sich außerhalb des gewohnten Terrains der Geschichtsforschung und Nationalökonomie jeder Beschäftigung mit den Wissenschaften zu enthalten. Sein Unbehagen und Mißtrauen vertiefte sich angesichts der zahllosen Versuche, gewisse Ergebnisse der modernen Forschung konservativen Ideologien nutzbar zu machen. Aus der westlichen Wissenschaft, die einst die Schrittmacherin allen Fortschritts gewesen war, schlen endgültig die gefährlichste Waffe gegen den Fortschritt geworden zu sein.

Kein Absolutheitsanspruch mehr

Während sich die Wege des Sozialismus und der Wissenschaft trennten und diese Entfremdung den „weltanschaulichen“ Sozialismus seines eigentlichen Fundamentes beraubte, machte er gleichzeitig auch als politische Praxis und Theorie eine entscheidende Metamorphose durch. Unter dem Zwang der geschichtlichen Bedingungen und Ereignisse wurde vor allem im europäischen Westen aus einer revolutionär-totalitären eine evolutionär-demokratische Bewegung, die sich der Unmöglichkeit bewußt zu werden begann, die gesellschaftlichen Verhältnisse mit einem Schlage und nach dem Maß einiger weniger Grundformeln in der gewünschten Art und Weise zu verändern. Sozialismus und Wissenschaft wurden im Verlauf der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts gleichermaßen dem Prozeß einer durchgreifenden Umorientierung unterworfen, der einerseits zu ihrer Entfremdung, andererseits aber zu einer merkwürdigen Übereinstimmung des ihnen widerfahrenden Schicksals führte. Beide verzichteten auf unangenehme Absolutheits- und Totalitätsgefühle, beide wurden von einer heilsamen Ernüchterung

und Selbstbescheidung ergriffen, und beide entfalteten dennoch in den erkannten Grenzen ihrer Wirksamkeit eine große und fruchtbare Aktivität. Heute, in der Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts, wird man feststellen können, daß sich trotz mancher Nachwehen in beiden Lagern sowohl die modernen Wissenschaften als auch der demokratische Sozialismus mit der neuen Situation nicht nur abgefunden, sondern sie als die allein mögliche und vertretbare angenommen haben. Damit aber scheint uns der Weg für eine erneute Begegnung zwischen Sozialismus und Wissenschaft frei geworden zu sein. Eine solche Neubegrenzung sollte dazu führen, die Programmatik einer demokratisch-sozialistischen Politik an den Einzelergebnissen und dem gegenwärtigen Gesamtbild der Wissenschaft zu überprüfen; sie wird aber nichts mehr zu tun haben können mit dem verhängnisvollen Bestreben, eine ausschließlich die gesellschaftlich-geschichtlichen Zusammenhänge betreffende Konzeption durch Verschmelzung mit einseitig bewerteten naturwissenschaftlichen Daten zur Weltanschauung und Ersatzreligion aufzublähen.

Es gibt diesseits jedes philosophischen Streites um Wert und Möglichkeit des menschlichen Vernunftvermögens einen die Wirklichkeit des gelebten Lebens unzweifelhaft exakt beschreibenden Katalog gesicherter Erkenntnisse der Natur-, Sozial- und Kulturwissenschaften, der eine Prognose von hohen Wahrscheinlichkeitsgraden auch hinsichtlich der demnächst bevorstehenden Veränderungen zuläßt. Solche diagnostizierbare Entwicklungstendenzen haben eine Eigenbewegung, die von den Maßnahmen keiner wie immer gearteten Gegen-Ideologie aufgehoben werden kann. Es war die ebenso einfache wie geniale, den falschen idealistischen Ansatz der abendländischen Geschichtsphilosophie korrigierende Einsicht von Marx, daß sich alle entscheidenden gesellschaftlichen Umwälzungen unabhängig vom Glauben, Wünschen und Hoffen des Menschen vollziehen und er nur eines kann: sie in geregelte Bahnen zu lenken. Und eben diese Prozedur der Erkenntnis und Bewältigung unaufhaltsamer geschichtlich-gesellschaftlicher Prozesse ist das Anliegen einer sozialistischen Politik. Ihr wird nicht nur deshalb die Zukunft gehören, weil sozialistische Parteien hier und dort an die Macht gelangen und ihre Vorstellungen in die Tat umsetzen können, sondern weil die schon eingetretenen und die sich noch ankündigenden Veränderungen, die die technisch-industrielle und zivilisatorische Entwicklung herbeiführt, die sozialistische Neuordnung des gesellschaftlichen Zusammenlebens unumgänglich machen. Der Fortschrittsglaube und Fortschrittswille des Sozialismus schöpft seine alle Krisen überdauernde Kraft nicht aus einer Fortschritts-"Ideologie", sondern aus der Tatsache, daß es die Geschichte selbst an sich hat, „fortzuschreiten“. (Alle progressiven Geschichtsphilosophien sind also nicht nur moralisch, sondern primär realontologisch gerechtfertigt, und das Scheitern aller Konservatismen ist schon in ihrer Blindheit diesen Kategorien gegenüber beschlossen.)

Wie verhält es sich nun mit dem gegenwärtigen Zustand der Welt? Welche Auskunft geben uns die Wissenschaften über den Stand der Dinge in der Mitte dieses Jahrhunderts?

Den aner kennenswerten Versuch, eine Antwort auf diese Frage zu finden und an Hand einer Art Bestandsaufnahme des „Weltbildes unserer Zeit“ die Zielsetzung des demokratischen Sozialismus zu überprüfen, unternahm vor einiger Zeit eine von der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Akademiker in München veranstaltete Vortragsreihe, in der vier Universitätslehrer, ein Publizist und ein Politiker zu Wort kamen. Der vollständige Text der Referate von Walther Gerlach, München, Alexander Mitscherlich und Alfred Weber, Heidelberg, Max Bense, Stuttgart, Walter Dirks, Frankfurt, und Adolf Arndt, Bonn, liegt nunmehr vor¹⁾.

¹⁾ „Das Weltbild unserer Zeit, Versuch einer geistigen Bestandsaufnahme“, Neut Verlag, Frankfurt, 1954.

Naturwissenschaft und Ethik

Wenn wir, wie die Vortragsreihe selbst, mit dem Fundament dieses Weltbildes beginnen wollen, gilt die erste Frage ohne Zweifel dem Stand der physikalischen Forschung. Walther Gerlach gibt darauf eine klare und eindeutige Antwort: „Unsere heutige Aussage lautet: das beständige Element unserer Welt ist die Energie. Die Materie ist eine Erscheinungsform der Energie, so wie die Strahlung der Sonne oder das Licht der Glühlampe, die Wärme unseres Körpers oder die Hitze eines Ofens, die bewegte Masse eines Eisenbahnzuges oder der die Mühle treibende Wasserfall, der im Elektrizitätswerk erzeugte Strom oder die elektromagnetischen Wellen eines Rundfunksenders Erscheinungsformen von einem Etwas sind, das wir Energie nennen. Und alle diese Energieformen sind verlustlos ineinander umzuwandeln. Ihre Umwandlung ist das Problem der Technik“ (a. a. O. S. 20).

Die sogenannten exakten Naturwissenschaften lassen uns also wiederum nicht im Stich. Der uns umgebenden sichtbaren Welt und ihren physikalisch-chemischen Vorgängen liegt ein letztes Prinzip zugrunde: die berechnen- und voraussagbare und damit für den Menschen vielfältig nutzbar zu machende Verwandlungsfähigkeit der Energie. Die imponierende Einfachheit und (wie die moderne Zivilisation zeigt) Fruchtbarkeit dieses Gesetzes legt natürlich die Vermutung nahe, daß das Leben insgesamt auf eine solche Grundstruktur zurückzuführen und demgemäß auch in allen seinen Sphären zu berechnen und zu beeinflussen ist. Vor einer solchen Grenzüberschreitung und Ausweitung der physikalischen Betrachtungsweise glaubt Gerlach jedoch ausdrücklich warnen zu müssen:

„Die sehr große Bedeutung und die breite Anwendung physikalischer Betrachtungen in Biologie und Medizin verlangen eine Bemerkung, um ganz falsche Auffassungen zu vermeiden. Über den Lebensprozeß als solchen, insbesondere über alles, was mit dem Geiste, mit der Seele, mit der Psyche zusammenhängt, macht die Physik keine Aussage und kann sie nicht machen: denn dies sind Dinge, welche der naturwissenschaftlich experimentellen Methode nicht zugänglich sind“ (a. a. O. S. 24).

Gerlach behauptet damit nicht, daß etwa die Psychologie keine Wissenschaft sei, aber er erklärt sich als Physiker für diesen Bereich nicht mehr zuständig. Damit hat er sich die Zustimmung und das Einverständnis von Walter Dirks gesichert, der — sozusagen vom anderen Ufer her — gleichfalls die Selbstbescheidung der Naturwissenschaft fordert:

„Wenn dieses naturwissenschaftliche Weltbild nicht beansprucht, die Fülle der menschlichen Erkenntnis und Weisheit zu enthalten, die totale Wahrheit zu sein, wie das manche Naturwissenschaftler im 19. Jahrhundert für ihre Wissenschaft beansprucht haben, wenn dieses Weltbild sich selbst darauf beschränkt, innerhalb seiner Grenzen wahre Aussagen über die Natur zu machen, nicht aber wesentlich über den Geist, die Gesellschaft und die Geschichte, über Gut und Böse und schon gar nicht über den Sinn der Welt und des Seins, dann steht das naturwissenschaftliche Weltbild als ein sicherer und allgemein annehmbarer Erkenntniszusammenhang da, — nicht ohne Zusammenhang, aber außer Konkurrenz mit dem Bereich meines Themas, also mit jenen Erkenntnissen und Hypothesen und Entscheidungen über den Menschen, seine Pflicht und seinen Sinn, die wir ethische oder religiöse Erkenntnisse und Hypothesen und Entscheidungen nennen können“ (a. a. O. S. 94/95).

Bemerkenswert an diesen Ausführungen scheint uns die Feststellung, daß die Bereiche der Naturwissenschaft einerseits und der Ethik und Religion andererseits zwar „außer Konkurrenz“, aber doch „nicht ohne Zusammenhang“ sind. Welche Brücke sich nach Meinung von Walter Dirks zwischen diesen Sphären schlagen läßt, erfahren wir an einer anderen Stelle seines Vortrages:

„Es ist aber klar, daß jene humanistische Solidarität sodann unter anderem dazu führt, das naturwissenschaftliche Weltbild in seinem eigenen Geltungsbereich anzunehmen: nicht so sehr, weil der Realismus dieser Christen die Erkenntnis der Natur verlangt, als vielmehr, weil ihre Solidarität und ihr Hilfswille die Beherrschung der Natur verlangt, weil sie die Technik als Dienst am Menschen verlangt. Dasselbe gilt vom gesicherten Ergebnis der Anthropologie und der Soziologie“ (a. a. O. S. 114).

Der Philosoph Max Bense geht in der Bewertung und Rechtfertigung der naturwissenschaftlichen Forschung einen entscheidenden Schritt weiter:

„Wir übersehen es sofort, daß in dieser Zivilisation, die das Leben und seine Äußerungen unter dem Begriff der Arbeit zusammenfaßt, der Sinn für Humanität mit dem Sinn für Forschung, und zwar für Naturwissenschaft, zusammenhängt und daß hier die Tugend wesentlich in unseren Versuchen mit einer Wahrheit besteht, die dem cartesischen Zweifel und dem cartesianischen Beweis ausgesetzt werden kann“ (a. a. O. S. 67).

Mit diesen Worten stellt Bense zwischen Naturwissenschaft und Ethik einen unmittelbaren und inneren Zusammenhang her. Er behauptet, daß genau jene unvoreingenommen forschende, Zusammenhänge ermittelnde und nützende Betrachtungsweise, die dem naturwissenschaftlichen Denken zugrunde liegt, gleicherweise auch der Quellpunkt humanen Denkens und Verhaltens sei. Das bedeutet nun zweifellos nicht, daß sich moralische aus physikalischen Gesetzen ableiten lassen, aber es bedeutet, daß die Erhellung und sinnvolle Beherrschung sowohl der physikalischen als auch der sozialen Prozesse auf das Walten ein und derselben menschlichen Fähigkeit zurückzuführen ist. Es stellen sich hier sogleich Begriffe wie „Vernunft“ und „Zivilisation“ ein, die ganz im Sinne der Definition von Bense zwei Komponenten enthalten: die rational-wissenschaftliche und die emotional-humanitäre. Vernunft ist Verstand und Verständigkeit zugleich, und Zivilisation meint nicht nur technische Perfektion, sondern auch Befriedung der zwischenmenschlichen Beziehungen.

Die Politik blieb zurück

Auf der Suche nach dem Weltbild unserer Zeit wäre damit — diese These als richtig unterstellt — eine alle Lebenssphären verbindende und durchwirkende Intention gefunden. Eine Intention, deren Bedeutung Bense übrigens auch in dem von ihm speziell untersuchten Bereich der Kunst feststellen zu können glaubt: „Die Tatsache nun, daß die Theorien, Wissenschaften und Begriffssysteme, die wir hier einerseits für die intellektuelle Verfassung der Kunst und der Literatur verantwortlich gemacht haben, die andererseits gleichzeitig die Grundlagenwissenschaften unserer Zivilisation und ihrer technischen Realität ausmachen, bringen Technik und Kunst in eine engste Beziehung. Kunst und Technik, so darf man es aussprechen, weisen heute mit einer Deutlichkeit ohnegleichen auf einen gemeinsamen Wurzelgrund hin, dessen Wesen die reine Theorie, die vollkommenste Ausprägung des bewußten wissenschaftlichen Geistes ist. Das Ganze ist ohne Zweifel ein Faktum, das eine erstaunliche Einheitlichkeit der schöpferischen Intelligenz innerhalb unserer Zivilisation bezeugt und ihr Niveau bestimmt“ (a. a. O. S. 84).

Auch Gerlach hat ungeachtet seiner anfänglichen Selbstbescheidung ein solches einheitliches Grundprinzip — wenn auch ein unvollkommen verwirklichtes — im Auge, wenn er im Verlauf seines Referates nachdrücklich auf die Diskrepanz zwischen dem naturwissenschaftlich-technischen und dem ethisch-politischen Fortschritt hinweist:

„Die Menschheit braucht bald neue Energiequellen; die vorhandenen gehen zu Ende; was die Sonnenenergie in Jahrmillionen schuf, verbrennen wir in einem Jahr. Die Hebung der sozialen Lage fordert immer mehr Energie. Die Atom-

energie kann für eine lange Zeit den Bedarf befriedigen; sie ermöglicht Energieanlagen an Stellen der Erde, wo die klassischen Methoden (Wasser und Kohle) versagen. Hätte man alle Kraft auf Uranmeilerbau zur Bewässerung warmer, aber trockener Gegenden verwendet — liegt nicht der Gedanke nahe, daß dann die ganze weltpolitische Lage eine andere sein würde, wenn bewohnbare, fruchtbare Gegenden neu geschaffen würden? Die Energie einer H-Bombe liegt in der Größenordnung des Jahresenergieverbrauchs eines Landes! Freilich: Hierzu gehörte ein politisches Umdenken, die Erfindung neuer politischer Denkformen, welche den neuen wissenschaftlichen Denkformen entsprechen" (a. a. O. S. 33/34). „Die anonymen Puppenführer des Weltmarionettentheaters können eben auch heute noch nicht anders denken als vor fünfzig oder hundert oder Tausenden von Jahren, so als ob es eine Entwicklung der Menschheit nicht gegeben hätte. Sie haben die Menschheit in die jetzige Lage hineinmanövriert" (a. a. O. S. 32). Der Politiker Arndt, der abschließend ein Resume aus allen Referaten zu ziehen versucht, sieht in der Diagnose des Naturwissenschaftlers Gerlach mit Recht den entscheidenden Hinweis auf die geschichtliche Ausgangssituation der sozialistischen Bewegung:

„Die in unserem Versuch einer geistigen Bestandsaufnahme gewonnene Diagnose, daß wir politisch an einem Mangel der Fähigkeit kranken, die Kräfte durch eine sinnvolle Ordnung zu beherrschen, die wir selbst durch das eigene naturwissenschaftliche Denken ausgelöst haben, mit anderen Worten: daß wir unfrei durch uns selbst und Angstgejagte unserer technischen Perfektion wurden, weil unsere politische Denkweise schier hoffnungslos hinter dem Vorsprung anderer Leistungen unseres Geistes zurückblieb und wir uns so der Welt, ja uns selbst entfremdeten, eben dies ist ein Ansatz des politischen Aufbruchs, der als Arbeiterbewegung und als sozialdemokratische Partei in die Geschichte trat, und von diesem Ansatz her notwendig aus sittlichen Antrieben auf das Ziel einer sozialen Gerechtigkeit hin eine Freiheitsbewegung werden mußte und auch gegenwärtig als Freiheitsbewegung zu wirken hat" (a. a. O. S. 152).

Einzelheiten über Art und Ausmaß der in jener Diskrepanz begründeten Fehlentwicklung der modernen Gesellschaft erfährt man vor allem von dem Soziologen Alfred Weber. Er weist auf die geradezu katastrophale Formen annehmende Diskontinuität des heutigen Lebens hin:

„Ich kann auf dieses ungeheure Gebiet nur hinweisend eingehen. Ich kann diese zuerst wohl von Max Picard grundsätzlich signalisierte und analysierte Qualität des modernen technischen Massendaseins als eines in der geistigen Tendenz jede Kontinuität aufhebenden und daher ganz allgemein auch geistig desintegrierenden nicht näher schildern. Ich erinnere nur an sehr Bekanntes. Kaufen Sie sich irgendeine illustrierte Zeitung, was lesen Sie da? Das Hintereinander von Dingen, die absolut nicht miteinander zusammenhängen, Kleidermoden, Korsetts, dazwischen irgend etwas Ernsthaftes, dann etwas ganz Unernsthaftes, also einen vollständigen geistigen Brei. Und das nimmt doch die große Masse der Bevölkerung fortgesetzt in sich auf als ihre geistige Nahrung. Daneben ist der Rundfunk beinahe noch harmlos, obwohl ich entsetzt war, als ich in meinem Hotel plötzlich bemerkte, daß ich bloß eine Schraube aufzudrehen brauchte und daß dann plötzlich eine Musik ertönte... Das sind beliebige Beispiele. Wie ein Massenregen ergießt sich heute, Wertvolles und Wertloses diskontinuierlich mischend, ein von geistigen Geschäftemachern fabrizierter praktischer Nihilismus auf den modernen Menschen der Masse, Aufgelöstes bietend und Auflösung vermittelnd. Und an den zentralen Stellen der Existenz am stärksten. Es schiebt sich ein technokratisches Schnelligkeitsdasein mit immer stärkerer Wucht und größter Geschwindigkeit und in immer größeren Ausmaßen in unser gewöhnliches Leben hinein. Ein Schnelligkeitsdasein, das eigene Produktivität ertötet und sie durch solche Fabrikationsrezeptionen mit Sensations-tendenz ersetzt" (a. a. O. S. 135/136).

Der Zusammenhang der Lebensäußerungen

Auf einen anderen Aspekt der unzulänglichen Lebens- und Denkweise des heutigen Menschen macht der Arzt und Psychologe Mitscherlich aufmerksam: „Hätte man im Jahre 1910 die angesehensten Kliniker nach einer Gallenkolik, von der man selbst annahm, sie käme von einem Ärger, den man zuvor hatte, gefragt, ob sie dieser Auffassung zustimmten, man hätte mit Sicherheit auf Ablehnung dieses ‚Aberglaubens‘ rechnen können. Eine Gallenkolik komme von einem Stein in der Gallenblase, von nichts sonst. Natürlich kommt die Kolik von dem Stein, unzweifelhaft. Aber seine Tatsache selbst und die zweite, daß er in diesem Augenblick sich rührt und die Kolik hervorruft, das hängt doch offenbar mit einem größeren, erfahrbaren Lebensgeschehen zusammen und gehört in dieses Leben eines Menschen, nicht bloß Organismus, hinein. Dieses größere Lebensgeschehen hat zuerst der Forscher nicht mehr gesehen, und nachdem der Forscher anfängt, es langsam wieder zu suchen, sieht der Mann auf der Straße es nicht mehr. Er sieht nur noch seinen Magen, soweit er auf dem Röntgensschirm abbildbar ist, und alle einschlägigen Institutionen bestärken ihn darin“ (a. a. O. S. 50/51).

Obwohl also die Wissenschaft und damit die Spitzengruppe der Menschheit dabei ist, den funktionalen Gesamtzusammenhang aller Lebensäußerungen wieder ins Licht zu rücken (die „Einheitlichkeit der schöpferischen Intelligenz“, von der Bense spricht, bezeichnet ganz augenscheinlich den gleichen Tatbestand, wenn auch von einer ganz anderen Seite und in ganz anderer Absicht), ist der Durchschnittsmensch noch in einer positivistischen Kurzsichtigkeit befangen, die nicht nur die Erkenntnis krankhafter Vorgänge, sondern auch eine richtige Therapie verhindert. Er glaubt immer noch, daß Magengeschwüre ausschließlich durch Diät oder — um ein Beispiel anzuführen, das Arndt gibt — die Unzufriedenheit des Lohnarbeiters durch Lohnerhöhung zu kurieren sei:

„Hier nun zeigt sich die Grundstruktur aller vorangegangenen Vorträge. So wie der Arzt, dessen zeitgerechtes Bild uns Mitscherlich entwarf, mitverantwortlich ist für den ganzen Menschen, durchschauen wir den Trug, daß die Arbeitsteilung, die ein Kennzeichen der technischen Existenz ist, eine Teilung auch der Verantwortung sei. Mit diesem Punkte haben wir bereits einen der Ur-Ansätze sozialistischen Denkens erreicht, nämlich, daß die technisch und ökonomisch bedingte Arbeitsteilung keine Menschenteilung sein darf und kann, daß es den Menschen sich selbst entfremdet, wenn man ihn auf ein Lohnverhältnis zu seiner Arbeit beschränkt, da er in seiner menschlichen Personalität von der Mitverantwortung für das Ganze der Arbeit nicht losgelöst werden kann. In dieser Mitverantwortung findet sich der politische und sittliche Ursprung einer neuen Denkform: der Mitbestimmung“ (a. a. O. S. 147/148).

Die Situation, die hier der Politiker Arndt und vorher der Soziologe Weber beschrieben haben, zeigt, daß die unkontrollierte Eigenentwicklung technischer und ökonomischer Gebilde zu einer immer weiter um sich greifenden seelischen, geistigen und moralischen Deformation des Menschen führt. Es gelingt ihm nicht, seinem Leben die technischen und ökonomischen Prozesse so ein- und unterzuordnen, daß die geistige und sittliche Integrität der menschlichen Person gewahrt bleibt. Was sie ihre „Freiheit“ nennt, wird zur Freiheit, sich von blind waltenden Kräften und Tendenzen überwältigen zu lassen. Was also ist zu tun? Gerlach verlangt einen Fortschritt der Ethik. Die Charakterisierung des ethischen Zustandes unserer Welt gab Walter Dirks:

„Ein Kongreß von Ethikern der westlichen Welt hätte heute voraussichtlich bessere Aussicht, zu einigen allgemein angenommenen Thesen zu kommen, als etwa vor achtzig oder vor fünfzig Jahren. In den Menschenrechten der UNO sind einige solcher ethischer Erkenntnisse in die Form von Rechtsgrundsätzen ge-

bracht. Aber auch diese ethischen Erkenntnisse bilden insgesamt kein ethisches Weltbild. Was da über Grundrechte und Grundpflichten des Menschen gesagt wird, hat in verschiedenen Ethiken, etwa in der buddhistischen, in der katholischen, der evangelischen Ethik, im System des heutigen Liberalismus, in den verschiedenen sozialistischen Systemen je einen verschiedenen Ort und eine verschiedene Begründung. Immerhin ist jene Ubereinstimmung in einem Katalog von Einzelgrundsätzen ein wichtiger Tatbestand für unsere Bestandsaufnahme. Es ist im Grunde ein neuartiger Tatbestand. Die alten Völkerrechtsregeln und ungeschriebenen Überlieferungen ähnlicher Art waren sehr viel unbewußtere Restbestände der antiken, der christlichen, der aufgeklärten Vergangenheit; sie wurden als selbstverständlich von den meisten geglaubt und hingenommen und andererseits von kritischen Minderheiten scharf abgelehnt, von Amoralisten, von Skeptikern, Epikuräern und radikalen Individualisten. Im Greuel und Wahnsinn der Kriege und Terrorismen ist eine gewisse Läuterung des gemeinsamen Bewußtseins eingetreten. Jene Selbstverständlichkeit ist vorbei: wir haben erfahren, daß man den Menschen auch als Raubtier sehen kann oder als Sklaven wollen kann, und wir bekennen uns nach dieser Erfahrung viel bewußter und wissender, ja — man darf wohl sagen: auch weiser zu jenem Bestand von Einsichten über den Menschen, zu jener realen Humanität, die aber nicht ein System ist, sondern eine Einsicht, und wir würden nicht mehr wagen, den Amoralisten, den radikalen Epikuräer und auch den radikalen Individualisten zu spielen" (a. a. O. S. 101/102).

Humanität als politische Aufgabe

Es gibt also in unserer heutigen Welt einen Kodex allgemeingültiger sittlicher Normen und ein Bewußtsein davon, daß man an ihnen festhalten muß. Dennoch hat die Proklamation und Kodifizierung von Sittengesetzen bisher noch nicht eine einzige der Krisen behoben, in die die Menschheit geraten ist. Mit der Anpassung der ethischen Postulate an den naturwissenschaftlich-technischen Fortschritt ist nicht viel getan. Solange jedenfalls nicht, als man übersieht, daß die Ethik als pädagogischer Akt, als Appell an das Gewissen des einzelnen, niemals imstande ist, die Zwangsläufigkeiten der gesellschaftlich-geschichtlichen Entwicklung aufzuheben. Erst wenn die Ethik als politische Aufgabe, als Auftrag in die gesellschaftlich-geschichtliche Entwicklung handelnd einzugreifen versteht, ist eine Humanisierung des Lebens möglich. Unser Versagen liegt durchaus nicht in unserer Unfähigkeit, moralische Normen aufzustellen und anzuerkennen, es liegt vielmehr in unserem bisherigen Unvermögen, jene politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnisse zu schaffen, die eine sittliche Existenz des einzelnen und der Gesellschaft ermöglichen. Es war, wie A r n d t feststellt, das Verdienst von M a r x, diesen Zusammenhang — jedenfalls in einem Teilbereich — als erster gesehen zu haben:

„Und hiermit habe ich bereits wieder einen Schritt mitten hinein in die von Karl Marx begründete Denkweise getan, die zuerst die funktionale Einheit zwischen Produktionskräften und der politischen Form einer menschlichen Gesellschaft aufdeckte und voraussagte, daß Wandel und Vermehrung der wirtschaftlichen Produktionskräfte in Barbarei enden müßten, falls die politische Ordnung nicht in ihrem funktionalen Zusammenhang mit der jeweiligen Art der Produktion durchschaut und durch Änderung im Materiellen gestaltet werde" (a. a. O. S. 151). „Durch Änderung im Materiellen" Humanität läßt sich nicht durch Bekenntnisse zum Humanismus, sondern nur durch Schaffung humaner Verhältnisse erreichen. Alles, was Weber, Dirks und Mitscherlich, Bense und Gerlach zu diesem Thema in ihren Referaten ausführen, läuft ausgesprochen oder unausgesprochen auf die Feststellung hinaus, daß die Gesellschaften sich von den die Mensch-

lichkeit hemmenden und zerstörenden Verhältnissen nur befreien können, wenn sie sich entschließen, die Struktur der Bezüge und Abhängigkeiten, in die sie verstrickt wurden, zu erforschen und das wirtschaftliche, soziale und politische Leben einer vernünftigen Neuordnung zu unterziehen.

Die Münchner Vortragsreihe läßt im Hinblick auf unsere Ausgangsfragestellung nach der Möglichkeit der Neubegegnung von Sozialismus und Wissenschaft eine Reihe aufschlußreicher Feststellungen zu:

1. Die Wissenschaften als Erkenntnis-Systeme haben sich zwar endgültig jedes Absolutheits-Anspruches begeben, das wissenschaftliche Denken jedoch hat — völlig unbeeinflusst von diesem Akt der Selbstbescheidung — stetig neue Bereiche des Lebens ins Licht der begreifenden und kontrollierenden Vernunft gerückt. Der Rationalismus hat als Metaphysik eine Niederlage erlitten, als unverzichtbares Instrument der Daseinserhellung und Daseinsbewältigung hat er aber gerade in den Jahrzehnten, die dieser Niederlage folgten, Gebiete erschlossen, die bis dahin eine unbestrittene Domäne spiritualistischer Spekulation waren. So sind vor allem die Vorgänge des kollektiv-sozialen und des individuell-seelischen Daseins Gegenstand einer eingehenden wissenschaftlichen Analyse geworden.

2. Diese Analyse hat zutage gefördert, daß zwischen den sozialen und seelischen Bedürfnissen des modernen Menschen und seinen Möglichkeiten, diese Bedürfnisse unter den gegebenen Lebensbedingungen in angemessener Weise zu befriedigen, ein krasses und wachsendes Mißverhältnis besteht. Die technische und zivilisatorische Entwicklung ist der ökonomischen und gesellschaftlichen Struktur unseres gegenwärtigen Daseins so weit vorausgeeilt, daß eine Krise der anderen folgt.

3. Eine Überwindung der Krisensituation kann nur erwartet werden, wenn das politische Planen und Handeln den gegebenen Zustand der menschlichen Dinge klar ins Auge faßt. Dies erfordert eine durchgreifende Entmythisierung und Entideologisierung, das heißt Verwissenschaftlichung der Politik. Die Sozialwissenschaften haben erwiesen, daß das gesellschaftliche Leben ebensowenig von Zufall und Willkür regiert wird wie die stofflichen oder organischen Vorgänge. Nur ein Politiker, der die sozialen Gesetzmäßigkeiten begreift und berücksichtigt, wird imstande sein, jene Tendenzen unserer Zivilisation, die Freiheit und Würde des Menschen bedrohen, aufzuheben.

4. Alle Auskünfte, die uns die Wissenschaften erteilen, bezeugen die Notwendigkeit einer gründlichen gesellschaftlichen Neuordnung. Das aber heißt: wenn es den Sozialismus nicht gäbe, müßte man ihn schleunigst erfinden. Die sozialistische Einschätzung der Geschichte stellt die einzige Chance dar, der übermächtig gewordenen technisch-zivilisatorischen Zwangsläufigkeiten Herr zu werden und den Menschen als Menschen auch im Zeitalter der Atommeller und Elektronengehirne nicht nur zu bewahren, sondern ihn nun überhaupt erst in seiner Masse zu sich selbst zu befreien.

5. Die wahrhaft große und weltumspannende Aufgabe, die sich der sozialistischen Bewegung in dieser Zeit stellt, kann nur gelöst werden, wenn sich der Sozialismus der Unterstützung seines natürlichsten und mächtigsten Bundesgenossen versichert: der wissenschaftlichen Weltauffassung. Die Überprüfung seiner Urteile und Ziele an den Ergebnissen der modernen Sozial- und Kulturwissenschaften und der Blick auf die Entwicklung der naturwissenschaftlich-technischen Welt wird für eine tragfähige Theorienbildung des demokratischen Sozialismus mehr leisten als alle quasi-geschichtsphilosophischen, ethizistischen und idealistischen Visionen.

Marx und die moderne Nationalökonomie

IV. Investitionsproblem, Konjunkturzyklus und Wachstumsprozeß des Kapitalismus

Von Dr. Karl Kühne, Hamburg

Ersatzinvestitionszyklen

Im zweiten Band des „Kapitals“ hatte Marx den genialen Gedanken formuliert, daß die Dauer des Konjunkturzyklus in Zusammenhang stehen könne mit der Lebensdauer der fixen Kapitalanlagen. „Man kann annehmen, daß für die entscheidendsten Zweige der großen Industrie dieser Lebenszyklus jetzt im Durchschnitt ein zehn/jähriger ist.“ Der Grundgedanke war dabei der, daß nach physischer Abnutzung bzw. Veraltung („moralischem Verschleiß“) von Maschinenanlagen diese irgendwann einmal ersetzt werden müßten, und wenn sie seinerzeit einmal in großen Mengen in einem relativ kurzen Zeitraum geschaffen worden waren, so würde sich eine Art stoßweiser Ersatzbedarf nach Ablauf der Abnutzungsfrist ergeben — eine Art „Buckel“ („hump“) in der Investitionskurve, der gewissermaßen den Wiederhall, das Echo darstellte von dem, was früher einmal investiert war. Dieser „Buckel“ zeigt — nach einem Wort von Joan Robinson — die Höhepunkte vergangener Investitionsepidemien ungefähr so an wie die Ausbuchtungen in der „Alterspyramide“, der graphischen Darstellung der Bevölkerungszusammensetzung, die Folgen z. B. einer Rückkehr der Soldaten aus dem Kriege zwanzig Jahre davor . . . Das ist das „Echoprinzip“¹⁾. „So bildet die Krise immer den Ausgangspunkt einer großen Neuanlage“²⁾.

An diesen Gedankengang knüpfte Robertson an, der meinte, daß diese „ingeniöse Vermutung“ Marx' sich nicht ohne weiteres zur Erklärung allgemeiner Konjunkturschwankungen verwenden ließe, weil ja nicht alle Kapitalgüter die gleiche Lebensdauer hätten. Allerdings hatte Marx auch den Begriff des technischen Überholseins, des „Veraltens“ in Rechnung gestellt. Robertson verteidigte das Prinzip jedoch — gegen Lescure und andere —, weil es sich auf die Entwicklung

in einzelnen Branchen durchaus anwenden ließe³⁾.

Als konkretes Beispiel hatte Marx die etwa zehn- bis zwölfjährige Lebensdauer von Lokomotiven und rollendem Material der Eisenbahnen angeführt⁴⁾. Ein kurioser Zufall wollte es, daß ein Menschenalter danach der Amerikaner Clark seine bahnbrechende Formulierung des Akzelerationsprinzips ebenfalls am Beispiel der Ersatzzyklen des Eisenbahnmateri als demonstrierte⁵⁾.

Daneben aber hatte Marx — ungefähr gleichzeitig mit dem üblicherweise als ihr Entdecker gefeierten Juglar — ein weiteres Phänomen gefunden, das die „Krisen“ ihres Zufälligkeitscharakters entkleiden und als Erscheinungsform längerfristiger Bewegungen herausstellen sollte: „Es verhält sich mit diesem industriellen Zyklus so, daß derselbe Kreislauf, nachdem der erste Anstoß einmal gegeben, sich periodisch reproduzieren muß“⁶⁾.

Hier liegt der Übergang zur Theorie der modernen Ökonometrierer (etwa Ragnar Frischs) vom „Impuls“, vom „arratischen Schock“; und es ist kein Zufall, daß Marx ziemlich zu derselben Zeit, da er dem — eigentlich größtenteils schon vor dem ersten geschriebenen — dritten Band seine endgültige Form zu geben bemüht war, mit einer neuen Forschungsmethode zu ringen begann: In einem Brief an Engels (vom 31. Mai 1875) spricht er davon, daß man versuchen müsse, aus den „ups and downs“ graphischer Kurven (Preise, Diskontsätze usw.) die Hauptgesetze der Wirtschaftskrisen mathematisch-statistisch abzuleiten. Was ist dies anderes als eine Vorwegnahme des Grundprinzips der modernen Ökonometrie?⁷⁾

¹⁾ D. H. Robertson, *A Study of Industrial Fluctuation*, London 1915 (Neudruck 1949), S. 37.

²⁾ „Kapital“, Bd. II, Kap. 8, II (S. 147 f. d. 3. Aufl. v. 1903).

³⁾ John Maurice Clark, *Business Acceleration and the Law of Demand: A Technical Factor in Economic Cycles*, *Journal of Political Economy*, Vol. XXV, No. 3, March 1917, S. 217–235.

⁴⁾ „Kapital“, Bd. III, Teil II, V, Kap. 30 (S. 27 in der Aufl., Hamburg 1894).

⁵⁾ Vgl. auch Wassily Leontief, *The Significance of Marxian Economic for Present-Day Economic Theory*, *American Economic Review* (Paper and Proceedings), Vol. XXVIII, No. 1, March 1938, S. 3.

¹⁾ „Kapital“, Bd. II, Kap. 8, 4 (S. 158 in der 3. Aufl. 1903), s. a. Bd. III, Kap. 30/1, Hamburg.

²⁾ Der Ausdruck wurde von D. H. Robertson geprägt. J. Tinbergen, der allerdings die Bedeutung des Prinzips mehr für die längerfristige Periode anerkennt (vgl. *Les Cycles Economiques aux Etats-Unis d'Amérique de 1919 à 1932, Genf 1933*, S. 46, 153), hat die Analyse weiter ausgebaut.

³⁾ Marx, „Kapital“, Bd. II, Kap. 9, 4, S. 156.

Das „Echoprinzip“ Marx' führt nun über das Akzelerationsprinzip in noch unmittelbarer Weise zu der modernen ökonomischen Theorie, ganz im Sinne der Robertsonschen Forderung: nämlich zu der Betrachtung der Ersatzinvestitionen und ihrer „Sonderzyklen“. Führend war hier der Norweger Einarsen mit seiner Studie über die Produktionsschwankungen in der Schiffbauindustrie seines Landes⁹⁾, der Marx' Priorität ausdrücklich anerkannt hat. Und — das hatten wir bereits in Artikel III dieser Serie (vgl. DIE NEUE GESELLSCHAFT, 3/55, S. 61) vermerkt: Solche Schwankungen in einzelnen Branchen können zur Ursache schwerer Störungen — „Disproportionalitäten“ — in der Gesamtwirtschaft werden.

Die Theorie von der Disproportionalität

Die Lehre von der „Disproportionalität“ als tieferer Ursache der Krisen hatte in Deutschland insbesondere in Hilferding ihren führenden Repräsentanten gefunden. Die wachsende Akkumulation aus den Gewinnen führt zu einer relativen Überentwicklung der Investitionsgüterproduktion im Verhältnis zur Konsumgütererzeugung¹⁰⁾. Diese letztere entwickelt sich nicht rasch genug, um die erweiterte Produktion der ersteren zu absorbieren — die Profitaussichten fallen, und damit auch die Investitionsgüterproduktion, womit die Krise beginnt¹¹⁾. Im Aufschwung locken die Investitionsgüterfabrikanten zunächst mit besseren Lohn- und Verzinsungsangeboten Arbeiter und Kapital von den Konsumgüterindustrien weg¹²⁾. Später fehlt es an Kapital zur Fortsetzung des einmal begonnenen Ausbaus, viele Projekte können nicht mehr vollendet werden¹³⁾ — dann gibt es Banke-

rotte, und der Sturz der Investitionsgütererzeugung bringt Arbeitslosigkeit, damit Kaufkraftverluste und reißt so auch die Konsumgütererzeugung mit sich. Verschärft wird diese Entwicklung dadurch, daß die Kreditgewährung nicht progressiv wachsen kann; irgendwo muß die Zentralbank abstoppen¹⁴⁾.

Verschärft wird diese fundamentale Disproportionalität ferner durch die wachsende Vorherrschaft monopolistischer und oligopolistischer Tendenzen in der kapitalistischen Gesellschaft. Dabei geht es zunächst um die Bemühungen zur Erhaltung von Grenzunternehmen mittels Produktionsdrosselung, die auf die Gesamtwirtschaft zurückstrahlt und ihre Sensibilität gegenüber Krisentendenzen verschärft¹⁵⁾. Generell für ganze Branchen liegt die Ursache hier in der Angst vor der Entwertung einmal investierter Kapitalien — vor dem „Fall der Profitrate“. Wenn der Wettbewerb nicht mehr funktioniert, zögert man mit der Einführung von Neuerungen, solange das alte Kapital noch nicht abgeschrieben ist: „Die Stabilität des kapitalistischen Systems wird erschüttert, weil Versuche zur Abbremsung des technischen Fortschritts im Interesse des Schutzes investierter Kapitalien abwechseln mit furchtbaren Zusammenbrüchen, wenn diese Versuche fehlschlagen sind... Die eigentliche Frage ist, ob die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems noch vereinbar ist mit dem ökonomischen Fortschritt“¹⁶⁾. Nun sind diese verschiedenen „Fehlanspassungen“, wie H. Smith betont hat, gewiß im Gesamtkomplex der ökonomischen Entwicklung des Kapitalismus zu sehen. Der Gesamtüberblick über den kapitalistischen Entwicklungsprozeß war in der älteren kontinentalen Theorie nie ganz verlorengegangen; mindestens seit Wicksell und Cassel war die Frage eines „Gleichgewichtspfad der Entwicklung“ immer wieder aufgetaucht. Zur Frage der eigentlichen Ansatzpunkte wird aber auch in der neueren Literatur immer wieder der Name Marx genannt¹⁷⁾. Das Bindeglied mit der modernen Konjunkturtheorie stellt

⁹⁾ Johan Einarsen, *Reinvestment Cycles and their Manifestation in the Norwegian Shipping Industry*, Oslo 1936; *Reinvesteringssyklus*, in: *Nordisk Tidsskrift for Teknisk Økonomi*, 1937 (I), Lobe Nr. 7. Beides auszugsweise wiedergegeben in: *Reinvestment Cycles*, in *Readings in Business Cycles and National Income*, London 1953, S. 293—313.

¹⁰⁾ Vgl. Maurice Dobb, *Political Economy and Capitalism*, London 1950, S. 91 ff. S. a. Duret, *Le Marxisme et les Crises*, Paris 1935, S. 94 (in diesem Werk wird eine Synthese der Disproportionalitätsthese mit der Theorie der „fallenden Profitrate“ versucht); vgl. ferner Sartre, a.a.O., S. 74, Ardaant, a.a.O., S. 137. Eine Veröhrung zwischen Unterkonsumtions- und Disproportionalitätstheorie versucht Lucien Laurat, *L'Accumulation du Capital d'après Rosa Luxemburg*, Paris 1930, S. 177 ff., 184 ff., und *La Crise Mondiale*, S. 93/98. Vgl. a. T. J. Markovitch, *Les Théories Modernes de la Sousconsommation*, Paris 1937, S. 78.

¹¹⁾ Jean Robinson, *An Essay on Marxian Economics*, London 1949, S. 49.

¹²⁾ John D. Wilson, *A Note on Marx and the Trade Cycle*, *Review of Economic Studies*, Vol. V, No. 2, February 1938, S. 109; ähnlich Dobb, a.a.O., S. 103.

¹³⁾ Vgl. Henry Smith, *Marx and the Trade Cycle*, *Review of Economic Studies*, Vol. IV, No. 3, June 1937, S. 201.

¹⁴⁾ Die Bedeutung des Kreditproblems bei Marx betont Wilson, a.a.O., S. 108; ebenso Bartoli, *La Doctrine...*, S. 254 ff.

¹⁵⁾ Vgl. Maurice Bouvier-Ajam, *Les Mouvements Cycliques des Prix et leur Explication par la Théorie Capitaliste*, 3. Aufl., Paris 1948, S. 240.

¹⁶⁾ Oscar Lange, *On the Economic Theory of Socialism*, Part Two, *Review of Economic Studies*, Vol. IV, No. 2, February 1937, S. 128—130; ähnlich betont Smith, a.a.O., S. 203, daß durch die Monopole „die Instabilität im ökonomischen Leben wächst“.

¹⁷⁾ Vgl. Willy Kraus, *Multiplikator, Akzelerator, Wachstumsraten und Konjunkturzyklus*, *Weltwirtschaftliches Archiv* Bd. 73 (1954), Heft 1, S. 82; ähnlich G. Bombach, *Zur Theorie des wirtschaftlichen Wachstums*, *Weltw. Archiv* Bd. 70 (1953), Heft 1, S. 111.

dabei der Russe Tugan-Baranowsky dar¹⁸⁾. Der entscheidende Schritt von der alten zur modernen Konjunkturtheorie war getan, als Tugan-Baranowsky den „industriellen Zyklus“ in erster Linie auf die Schwankungen in der Investition, der „periodischen Schaffung neuen fixen Kapitals“ zurückführte¹⁹⁾. Tugan-Baranowsky aber stand auf den Schultern seines Meisters Marx²⁰⁾, den er teils mit Erfolg, teils irrig zu ergänzen trachtete. Auf Tugan-Baranowsky aber stützen sich wiederum Spiethoff und Cassel, somit kann man sagen, daß ganz generell die „realen“ („nichtmonetären“) Theorien der „Überinvestition“ entscheidende Impulse erfahren haben, die ihren Ausgangspunkt in Marx hatten. Diese enge Verwandtschaft der Marxschen Gedankengänge mit den „Überinvestitionstheorien“ — weit mehr als den Lehren von der „Unterkonsumtion“ — ist in neueren Studien immer stärker betont worden²¹⁾. Und über Tugan hat Marx auch noch auf den Keynes des „Treatise on Money“ — unbemerkt von Keynes, der sonst so wenig von ihm wissen wollte! — indirekt eingewirkt.

Tugan-Baranowsky steht auch in anderer Hinsicht am Kreuzweg der Theorien. Wenn ihn seine Idee, daß in den Marxschen Reproduktionsschemata eigentlich die Möglichkeit der unbegrenzten Fortdauer des kapitalistischen Systems embryonal verborgen läge, zu manchen heute offensichtlich irrigen Fährten führte — z. B. zu seiner Unterschätzung der Konzentrations- und Kartellierungsbewegung und zu dem Glauben an die Abmilderung der „Krisen“ —, so ließen sich doch auch seine orthodox-marxistischen Gegner neben berechtigter Kritik zu Fehlurteilen hinreißen. Vor allem sahen sie nicht, daß, wenn gleich auch tatsächlich bei Annahme eines stetigen Verlaufs der Investition theoretisch die Möglichkeit eines ad infinitum funktionierenden Kapitalismus durchaus gegeben sein mochte, damit noch keineswegs die Zwangsläufigkeit eines solchen Funktionierens bedingt war. Die Störungselemente — und das ist eigentlich der Kern der marxistischen Analyse überhaupt — können im institutionellen Gefüge, in der Struktur des ganzen Systems zu suchen sein, und damit auch und vor allem im

Wachstumsprozeß des Kapitalismus. Eben weil Marx von vornherein auf eine Analyse dieses gesamten Wachstumsprozesses abzielte und die Konjunkturzyklen als Symptom und Begleiterscheinung dieses Wachstums auffaßte, war seine Theorie die erste — nach Ricardo — im eigentlichen Sinne dynamisch zu nennende. Erst in weitem Abstand folgt dann Schumpeter²²⁾, der ritterlich genug ist, seine tiefe Beeinflussung durch Marx einzugestehen — ohne daß er doch „Marxist“ war (was übrigens auch Marx für sich selbst leugnete!): „Der einzige größere Versuch nach dem Entwicklungsproblem hin ist der von Karl Marx... Er hat es versucht, die Entwicklung des Wirtschaftslebens selbst mit den Mitteln der ökonomischen Theorie zu behandeln... stets ist sein Blick auf das Ziel gerichtet, die Entfaltung des Wirtschaftslebens als solche und nicht bloß seinen Kreislauf in einem bestimmten Zeitpunkt geistig zu durchdringen... Dann es gibt bei ihm eine innere ökonomische Entwicklung und kein bloßes Anpassen an sich ändernde Daten. Aber mein Bau deckt nur einen kleinen Teil der Fläche des seinen“²³⁾.

Moderne „Wachstumsanalyse“ und Konjunkturproblem

Der weitere Ausbau dieser dynamischen Analyse nahm nun seinen Anfang mit dem Wiederaufleben der Marxschen Reproduktionsschemata in modernem Dress²⁴⁾.

Es ist außerordentlich schwierig, etwa die komplizierte Theorie Harrods in wenigen Sätzen darzulegen. In ganz groben Umrissen lautet sie etwa wie folgt²⁵⁾: Der Kern der Theorie liegt darin, daß auf lange Sicht — im Gegensatz zu Keynes' „kurzer Periode“ — eine bestimmte stetige Spar tendenz notwendig ist, wenn das Wachstum der Kapitalanlagen stetig und nach den Erfordernissen des Bevölkerungswachstums vor sich gehen soll. Nun ist aber eine Harmonie zwischen Sparneigung und Kapitalbedarf keineswegs sichergestellt. Wenn eine bestimmte Neigung zum Sparen und gewisse technische Voraussetzungen gegeben sind, so existiert so etwas wie eine bestimmte „zufriedenstellende“ Wachstumsrate („warranted rate of growth“), bei

¹⁸⁾ Tugan-Baranowsky, *Les Crises Industrielles en Angleterre*, Paris 1913; a. a. Henri Barot, *Les Théories des Marxistes*, in: *Fluctuations Economiques*, Bd. II, Paris 1954, S. 274 ff.

¹⁹⁾ Vgl. Alvin H. Hansen, *Business Cycles and National Income*, New York 1951, 1. Aufl., S. 226 ff.

²⁰⁾ Vgl. Francesco Vito, *Le Fluttuazioni Cicliche*, 5. Aufl., Milano 1954, S. 50; ähnlich auch Haberler, a. a. O., S. 80.

²¹⁾ Vgl. Henry Smith, *Marx and the Trade Cycle*, *The Review of Economic Studies*, Vol. IV, No. 3, June 1937, S. 193, 195; Vito, a. a. O., S. 47 ff.; ähnlich John Strachey, *The Nature of Capitalist Crises*.

²²⁾ Vgl. Oscar Lange, *Marxian Economics and Modern Economic Theory*, *The Review of Economic Studies*, Vol. II, 1934/35, S. 193.

²³⁾ Joseph Schumpeter, *Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, 2. Aufl., München/Leipzig 1926, S. 94, 92.

²⁴⁾ R. F. Harrod, *Towards a Dynamic Economics* (Deutsche Übersetzung: „Dynamische Wirtschaft“, Stuttgart 1949); E. D. Domar, *Expansion and Employment*, *American Economic Review*, March 1947. Vgl. Joan Robinson, a. a. O., S. 91, 159 ff.

²⁵⁾ Die folgende über stark vergrößerte Darstellung schöpft aus: R. F. Harrod, *An Essay in Dynamic Theory*, *Economic Journal*, March 1939, S. 14/33; ferner aus der konstruktiven Kritik von Wright, Hicks und vor allem von Joan Robinson.

der jedenfalls die Unternehmer „zufrieden“ sind!

Wenn aber aus irgendeinem Grunde das tatsächliche Wachstum einmal von dieser vorgezeichneten Linie abweicht, wenn es z. B. infolge zeitweilig zunehmender Sparneigung darunter bleibt, so kommt es zu Depressionen. Schließt das tatsächliche Wachstum aber über die „zufriedenstellende“ Linie hinaus, so gibt es übermäßige Aufschwünge, und schließlich „stößt sich der Aufschwung den Schädel ein“ (J. Robinson) an der oberen („natürlichen“) Wachstumsgrenze, die durch die vorhandenen Produktivkräfte (Arbeitskraft und Kapitalanlagen) gezogen ist — und dann bekommt er einen Stoß nach unten, der ihn nicht bei der goldenen Mitte (der „warranted rate“) anhalten läßt, sondern auch wieder in der Depression endet. Der „Abwärtsstoß“ kommt deshalb, weil sich mit Erreichung der Vollbeschäftigungsgrenze die tatsächliche Wachstumsrate naturgemäß verlangsamt, und nun setzt das „Akzelerationsprinzip“ ein: Die Kurve der Investitionen, die die Maschinen für die bisher wachsende Zuwachsrata beschafft hatten, fällt nun ab und reißt das Ganze mit sich... Hier werden die „induzierten“ Investitionen des „Echoprinzips“ und die „branchenweisen“ Krisen wie auch die ganze „Disproportionalitätslehre“ von einer anderen Seite her akut. In beiden Fällen paßt das Beispiel Joan Robinsons: die langfristige „zufriedenstellende“ Wachstumsrate entspricht einem beweglichen Gleichgewicht, das man mit dem Manne auf einem Fahrrad versinnbildlichen könnte. Die kurzfristigen „Abweichungen“ rennen wie die Hunde hinterher und beißen zu, wenn der Mann nicht rasch genug fährt, so daß ihm die Reifen platzen...²⁷⁾ In beiden Fällen wird eine fundamentale Unstabilität ausgelöst: Die Konjunkturschwankungen sind nur das Resultat des Abweichens von der gewissermaßen vorgezeichneten Linie des „zufriedenstellenden“ Wachstums.

Wenn die Sparneigung auf lange Sicht andererseits nicht groß genug ist, dann bleibt die „zufriedenstellende“ Wachstumsrate dauernd unter dem, was zur Aufrechterhaltung des stetigen Fortschritts mit Vollbeschäftigung nötig wäre. Der Kapitalbestand wächst relativ langsam, und mit wachsendem technischen Fortschritt genügen — wie Marx es annahm — relativ weniger Arbeitskräfte zur Bedienung derselben Maschinenmenge. Wenn gar die Bevölkerung rascher wächst als der Kapitalbestand, wird es ganz schlimm: Langfristige „strukturelle“ Arbeitslosigkeit stellt sich ein. Hier ergibt sich die Analogie zu Marx: Auch dieser sah, daß der Kapitalismus im technischen Fortschritt ständig seine „industrielle Reservearmee“ neu schafft, die dafür sorgt, daß die Löhne nie die Profite

bedrohen²⁸⁾. „Obwohl ihm nichts ferner liegt als das, hat Harrod uns zur Marx'schen Theorie von der industriellen Reservearmee geführt, die sich ausdehnt und zusammenzieht, je nachdem, ob das Bevölkerungswachstum rascher oder langsamer vorstatten geht als das Tempo der Kapitalakkumulation.“²⁹⁾

Die Quintessenz aus all dem hat etwa Joan Robinson gezogen: Danach kann man nicht erwarten, daß die „richtige“ Wachstumsrate innegehalten wird, „solange die Investitionen durch unzählige private Entscheidungen bestimmt werden“. Und wenn die Akkumulationsrate erst einmal von dem abgewichen ist, was ein stetiges Wachstum bedeuten würde, dann kommt sie nicht mehr von selbst auf den grünen Zweig zurück, sondern „taumelt wie betrunken“ unter dieser möglichen Wachstumslinie drein³⁰⁾: Es gibt Depressionen, abwechselnd mit neuen Aufschwüngen, die wieder über das Ziel hinausschießen und „eins auf den Kopf bekommen“. In seiner Besprechung der Harrodschen Thesen nennt auch Wright als Vorläufer neben Schumpeter und dem Amerikaner Veblen vor allem Karl Marx³¹⁾. Zur modernen Stagnationslehre bestehen deutliche Querverbindungen³²⁾.

Hicks betont nun weitergehend u. a. das fehlende Gleichgewicht zwischen der Entwicklung der Investitionen und der des Verbrauchs³³⁾; diesen „Mangel an Ausgewogenheit“ hatte Harrod zwar als wichtig, aber mehr zusätzlich zu seiner Theorie der Abweichung vom vorgezeichneten „möglichen“ Wachstumstrend angesehen³⁴⁾. Hicks betrachtet den Konjunkturzyklus als unvermeidlich; für ihn passiert die schlimmste Verschärfung von Depressionen dann, wenn die mehr oder weniger „autonom“ bedingten Schwankungen mit den „Ersatzinvestitionszyklen“ (Marx-Einarsen) zusammenfallen, und — bösestes aller Gespenster! — er vermutet sogar, daß dem Konjunkturzyklus eine Art „Explosionstendenz“ innewohnt, die nur durch bestimmte Faktoren „gefesselt“ wird³⁵⁾.

²⁷⁾ Lange, *Marxian Economics*, S. 129.

²⁸⁾ Joan Robinson, Mr. Harrod's *Dynamics*, *Economic Journal*, March 1949; wiederabgedruckt in: *Readings in Business Cycles and National Income*, London 1953, S. 245.

²⁹⁾ Joan Robinson, a. a. O., S. 241.

³⁰⁾ David McCord Wright, Mr. Harrod and Growth Dynamics, *Review of Economics and Statistics*, November 1949, S. 322.

³¹⁾ Vgl. Leo Rogin, The significance of Marxian Economics for current Trends of Government Policy, *American Economic Review (Papers and Proceeds)*, Vol. XXVIII, No. 1, March 1938, S. 14; ähnlich Wilson, a. a. O., S. 111.

³²⁾ John R. Hicks, Mr. Harrod's *Dynamic Theory*, *Economics*, May 1949 (in: *Readings in Business Cycles and National Income*, S. 263).

³³⁾ Harrod, a. a. O., S. 205.

³⁴⁾ J. R. Hicks, A Contribution to the Theory of the Trade Cycle, Oxford 1933, S. 2, 82, 92.

³⁵⁾ Joan Robinson, *An Essay on Marxian Economics*, London 1949, S. 61.

Wenn man sich vorstellen könnte, daß diese Fesseln einmal wegfielen, so wäre eine progressive Verschärfung der Schwankungen, vielleicht gar ein „Zusammenbruch“ tatsächlich denkbar: „Die dynamische Bewegung des Systems verstärkt ständig ihre Wahrscheinlichkeit“³⁵⁾.

Die Denkleistung Marx' in der Gesamtschau

Eine Gesamtbeurteilung Marx' muß trennen zwischen seiner Methode, seinem Erkenntnisobjekt und seinem Erkenntnisinhalt. Wenn man die „Arbeitswertmethode“ mit einer Steinaxt verglichen hat, die man im Zeitalter des Stahls durch bessere Instrumente ersetzen kann, so ist — trotz der in unserem ersten Artikel skizzierten Rückkehr zum „absoluten Wertdenken“ — zweifellos die Überschätzung der Methode durch orthodoxe Marxisten fehl am Platze³⁶⁾. Andererseits ist in neueren Arbeiten³⁷⁾ unterstrichen worden, wie sehr Marx auch in der Methodik richtungweisend geworden ist, nämlich in der Vorzeichnung eines neuen Verhältnisses zwischen Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsgeschichte, das gerade für die Dynamik bedeutsam werden sollte.

Marx' Erkenntnisobjekt — auch das wird oft übersehen — ist keineswegs der Sozialismus und seine zukünftige Struktur; so kann z. B. „die Ökonomie Marshalls mehr für die laufende Lenkung etwa des sowjetischen Wirtschaftssystems bieten als die Ökonomie Marx“³⁸⁾. Es ist daher kaum verwunderlich, daß gerade das System Walras für die Analyse der Steuerung der Produktivkräfte in einer sozialistischen Wirtschaft bedeutsam wird³⁹⁾; und gerade die negative Kritik von Mises hat der sozialistischen Forschung über die „richtige“ Preissetzung, die über eine sinnvolle Steuerung dieser Art entscheidet, so wichtige Ansatzpunkte geliefert, daß Lange den ironischen Vorschlag machen konnte, man müßte Prof. Mises eigentlich in der großen Halle des Zentralen Planungsamtes im Sozialistischen Zukunftsstaat eine Statue errichten ...⁴⁰⁾.

Die Überlegenheit Marx' gegenüber der Schule von Lausanne zeigt sich gerade dort, wo es gilt, „systematisch die Organisation der gegenwärtigen kapitalistischen

Gesellschaft zu schildern sowie die Gesetze, die ihre Entwicklung regieren“⁴¹⁾, nämlich in der Darstellung und Erklärung des kapitalistischen Entwicklungsprozesses, wo Böhm-Bawerk, Pareto oder selbst Marshall versagen⁴²⁾. Hier liegt die entscheidende Berührung mit der bedeutsamsten Weiterentwicklung der modernen Konjunkturanalyse bei Harrod und Hicks, denn bei Marx sind „alle technischen Beiträge zum Fortschritt der Wirtschaftswissenschaft überschattet von seiner (Marx') brillanten Analyse der langfristigen Tendenzen des kapitalistischen Systems. Die Liste ist hier tatsächlich eindrucksvoll: zunehmende Konzentration ... und Wettbewerbsbeschränkung, unaufhörlicher technischer Fortschritt mit stetig wachsender Bedeutung des fixen Kapitals, und, nicht zuletzt, die unverminderte Schwingungsweite wiederkehrender Konjunkturzyklen — das ist eine unübertroffene Serie erfüllter Voraussagen, denen gegenüber die moderne Wirtschaftstheorie bei all ihrer Verfeinerung tatsächlich wenig aufzuweisen hat ...“⁴³⁾.

Das ist die Basis für die „gute Arbeitsgrundlage“, die die Schüler Marx' für eine Weiterentwicklung der Lehren ihres Meisters zweifellos besitzen⁴⁴⁾ und zu nutzen trachten sollten! Entscheidend war seine „geniale Art zu fragen“ (Sombart), und „wenn es überhaupt Hoffnungen auf Fortschritte in der Nationalökonomie gibt, so liegen sie darin, die „(modernen verbesserten) akademischen Methoden zur Lösung der Probleme anzuwenden, die uns Marx gestellt hat“⁴⁵⁾. Es wäre zu wünschen, daß diese Erkenntnisse sich auch in seinem Heimatlande mehr als bisher durchsetzen und daß man ihn auch hier eines Tages in schöpferischer Neuformung „wieder entdeckt“.

In den vier Aufsätzen der vorliegenden Darstellung konnte nicht viel mehr gegeben werden als eine auszugswise Literaturübersicht mit wenigen Andeutungen über die moderne Weiterentwicklung Marx'scher Gedanken. Sie mögen als Hinweis darauf dienen, wie sehr Marx heute in der wissenschaftlichen Welt des Westens gerade in seiner Bedeutung als ökonomischer Denker tief ernst genommen wird und wie weit seine Ausstrahlungen reichen — bis in die modernsten Bereiche der langfristigen dynamischen Analyse.

³⁵⁾ Wilson, a. a. O., S. 113.

³⁶⁾ Vgl. Otto Morf, *Das Verhältnis von Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsgeschichte bei Karl Marx*, Bern 1951, S. 123.

³⁷⁾ Vgl. Lange, *Marxian Economics*, S. 194.

³⁸⁾ Lange, a. a. O., S. 191.

³⁹⁾ Oscar Lange, *On the Economic Theory of Socialism (Part One)*, *Review of Economic Studies*, Vol. IV, No. 1, Oct. 1936, S. 59, sowie Part Two, S. 127; vgl. hierzu ferner die Diskussion zwischen Dobb und Lerner in der gleichen Zeitschrift sowie die Beiträge von Dickinson (*EC. Journal*, June 1953) und von Fred M. Taylor (*Guidance of production in a Socialist State*).

⁴⁰⁾ Lange, a. a. O., S. 53.

⁴¹⁾ Kei Shibata, *Marx' Analysis of Capitalism and the General Economic Theory of the Lausanne School*, *The Kyoto University Economic Review*, July 1933, S. 108.

⁴²⁾ Lange, *Marxian Economics*, S. 194, 191.

⁴³⁾ Leontief, *Marxian Economics for Present-day Economic Theory*, a. a. O., S. 5, vgl. auch die nachfolgenden Bemerkungen von Rogin (a. a. O., S. 11) über die Rechtfertigung Marx' durch die „Verzweigungskonzessionen“ moderner Liberaler und die von John Isa über seine „bewundernswert tief-schürfende“ Analyse (a. a. O., S. 18) in der gleichen (50.) Sitzung der *American Economic Association*.

⁴⁴⁾ H. Smith, a. a. O., S. 204.

⁴⁵⁾ J. Robinson, *Marxian Economics*, S. 95.

Revolutionäre und restaurative Tendenzen in der deutschen Widerstandsbewegung

Von Karl O. Paetel, New York

I.

Man kann sich kaum noch darüber beklagen, daß nicht genügend Material über die deutsche Widerstandsbewegung veröffentlicht wird. Wenn wir von den mannigfachen Stellungnahmen absehen, in denen man nachzuweisen versucht, daß die deutsche Niederlage im zweiten Weltkrieg wieder einmal die Folge eines „Dolchstoßes“ innerpolitischer Gegner war¹⁾, bleiben im wesentlichen die — mehr oder minder subjektiven — Zeugnisse Überlebender der deutschen Opposition bzw. die Darstellungen von Wissenschaftlern, die — am Thema interessiert und auch von ihm bezwungen — Zeugnis ablegen²⁾. Jeder hat dabei seinen besonderen Helden. Gisevius hat den General Oster³⁾ besonders markant gezeichnet, Schlabendorff den General v. Treskow⁴⁾; Zeller läßt bei aller Objektivität den Mitverschwörern gegenüber keinen Zweifel daran, daß er den Grafen Stauffenberg für den wirklichen Führer des Staatsstreichs hält⁵⁾; von Schramm stellt die Figur des Marschall Rommel in den Mittelpunkt⁶⁾ und Ritter konfrontiert jetzt die deutsche Öffentlichkeit mit seiner großen Goerdeler-Biographie⁷⁾.

Die Konfessionen haben in dem Jesuitenpater Delp⁸⁾ und dem protestantischen Theologen Bonnhöfer⁹⁾, die Sozialdemokraten mit den Namen Leuschner, Leber¹⁰⁾, Haubach¹¹⁾ und Mieren-

dorff¹²⁾ mit Recht ebenso ihre Märtyrer herausgestellt, wie man des Generalobersten Beck¹³⁾, des Admiral Canaris¹⁴⁾ und des Grafen Helmuth von Moltke¹⁵⁾ in diesem Zusammenhang zu gedenken hat. Die Gegenüberstellung von Einzelpersonen führt jedoch nicht weit, wann man herausfinden will, wer das Gesicht des deutschen Widerstandes am nachhaltigsten beeinflusst hat. Der 20. Juli und seine jahrelange, konfliktreiche und widerspruchsvolle Vorbereitung unterscheidet sich von allen vorherigen Aktionen der deutschen Opposition gerade durch die Breite der Bewegung, die hier schließlich — nach qualvoller Gewissenerforschung vieler ihr angehörender Einzelner und nüchterner Abwägung der Erfolgchancen bei anderen — zum Attentat und zum Staatsstreich bereit war.

Die 20. Juli-Gruppe hatte aus den vorangegangenen Aktionen des Widerstandes gelernt. In den ersten Jahren des dritten Reiches hat die „Illegalität“ der Linksgruppen (Sozialdemokraten, Kommunisten und sozialistische Splittergruppen umfassend)¹⁶⁾ in der Illusion, es „könne nicht lange dauern“, tausende deutscher Arbeiterfunktionäre für eine „Volksrevolution“ kämpferisch gegen den Nationalsozialismus eingesetzt und sie fast ausnahmslos über kurz oder lang ein Opfer der Gestapo werden lassen¹⁷⁾. Von 1938 an aber war klar, daß es so nicht ging. Das totalitäre System konnte nur „von innen“ gestürzt werden; es handelte sich für seine Gegner darum, im Rahmen der Staatsleitung Schlüsselpositionen zu besetzen bzw. Amtsträger von der Notwendigkeit eines Systemwechsels zu überzeugen. Nicht die „Volksrevolution“ stand auf der Tagesordnung, sondern der

¹⁾ Die Veröffentlichungen des Dürer-Verlags in Buenos Aires, des Plesse-Verlags in Göttingen, des Vowinkel-Verlags in Heidelberg und andere gehören dazu, auch Hans Grimms Hitlerbuch (Selbstverlag).

²⁾ Wilhelm Schmidt: „Gegenwart und Zukunft des Abendlandes“, III. Bd., 2. Teil: „Verteidiger des Abendlandes, Bekämpfer des Nazismus in Deutschland und Österreich“, Luzern, 1949.

³⁾ Hans Bernd Gisevius: „Bis zum bitteren Ende“, Ergänz. Ausgabe, Zürich, 1954.

⁴⁾ F. v. Schlabendorff: „Offiziere gegen Hitler“, Neue Bearbeitung, Zürich, 1951.

⁵⁾ Eberhard Zeller: „Geist der Freiheit, Der zwanzigste Juli 1944“, Vermehrte Auflage, München, 1954.

⁶⁾ Wilhelm von Schramm: „Der 20. Juli in Paris“, Bad Wörishofen, 1953.

⁷⁾ Gerhard Ritter: „Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung“, Stuttgart, 1955.

⁸⁾ Alfred P. Delp: „Im Angesicht des Todes“, Geschichten zwischen Verhaftung und Hinrichtung, Frankfurt, 1947.

⁹⁾ Dietrich Bonnhöfer: „Widerstand und Ergebung“, Briefe und Aufzeichnungen aus der Haft, München, 1951.

¹⁰⁾ Julius Leber: „Ein Mann geht seinen Weg“, Schriften, Reden und Briefe, Berlin, 1952.

¹¹⁾ Walter Hammer: „Theodor Haubach zum Gedächtnis“, Frankfurt, 1955.

¹²⁾ Carlo Mierendorff, Porträt eines deutschen Sozialisten“, Gedächtnisreden, gesprochen am 12. März 1944 in New York, von Paul Hartz, Alfred Vagts, Carl Zuckmayer, New York, 1944.

¹³⁾ Wolfgang Förster: „Ein General kämpft gegen den Krieg“, Aus nachgelassenen Papieren des Generalobersten Ludwig Beck, München, 1949.

¹⁴⁾ Karl Heinz Abshagen: „Canaris, Patriot und Weltbürger“, Stuttgart, 1949.

¹⁵⁾ Helmuth J. Graf von Moltke: „Letzte Briefe aus dem Gefängnis Tegel“, Berlin, 1952.

¹⁶⁾ Evelyn Leach: „The underground struggle in Germany“, London, New York, 1939; John B. Jansen and Stefan Weyl: „The Silent War. The Underground Movement in Germany“, New York, 1943.

¹⁷⁾ Material zu einem Weißbuch der deutschen Opposition gegen die Hitlerdiktatur“, Herausgegeben vom Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei, London, 1946.

Staatsstreich von oben. Hoffnung auf Erfolg konnten solche Pläne nur haben, wenn es gelang, die Armee oder wenigstens maßgebliche Führungskreise der Armee für den Umsturz zu gewinnen.

Der Gedanke, Hitler und die nationalsozialistische Parteiherrschaft zu beseitigen, war deutschen Generalen bei weitem nicht so fremd gewesen, wie es denen erschien, die den „preußischen Militarismus“ und die braune Volksbewegung einfach als Brüder mit gleichen Kappen definierten¹¹⁾. Zweifellos haben viele Besprechungen zwischen Militärs und konservativen Oppositionellen stattgefunden, die auf den Sturz Hitlers abzielten. Ofters sind konkrete Aktionen in Aussicht genommen worden¹²⁾. Praktisch blieb das alles aber mehr eine Bewegung des Widerspruchs als des Widerstandes, bis sich nach der Einschaltung Stauffenbergs in die Vorbereitungsarbeit für den 20. Juli 1944 eine wirkliche Zentrale der Rebellen herausbildete. Man versuchte, sich den eigenen Einflußraum zu erhalten, protestierte im Rahmen der Zuständigkeiten, ging aber nicht zur Gegenoffensive über. Schon dieser Widerspruch war jedoch nicht ungefährlich: Während man sich den Bischof von Galen¹³⁾ für „später aufsparte“, wurde der Exponent der Bekenntniskirche, Pastor Niemöller, ins Konzentrationslager¹⁴⁾ eingeliefert.

Ohne etwa die Münchener Studentenrevolte um Professor Huber und die Geschwister Scholl¹⁵⁾, die mannigfachen Einzelprozesse, die das dritte Reich gegen immer wieder aktiv werdende sozialistische, nationalrevolutionäre, bündische und vom Widerspruch zum Widerstand

übergehende konfessionelle Gruppen¹⁶⁾ durchzuführen für notwendig hielt, in ihrer symptomatischen Bedeutung zu unterschätzen (selbst die von der Gestapo als „Rote Kapelle“ — mit russischen Agenten zusammen — diffamierte Gruppe Schulze-Boysen — v. Harnack agierte, soweit sie deutscher Widerstand blieb, mit begrenztem Radius¹⁷⁾), muß man bei einer Untersuchung der Zielvorstellungen der antihitlerischen deutschen Bewegung vor allem die Personengruppe berücksichtigen, die schließlich am 20. Juli zum Zug kam. Dabei muß man den „Kreisauer Kreis“ ebenso wie die von Canaris gedeckte Gruppe der „Abwehr“ einbeziehen. Hier wurde wirklich an einem umfassenden, „rechte“ und „linke“ Elemente zu einer Synthese zusammenführenden Programm für ein „anderes Deutschland“ gearbeitet. Die andern Gruppen der deutschen Widerstandsbewegung sind nur vereinzelt über die bloße Ablehnung des NS-Regimes hinausgegangen. Einer dieser Ansätze war das Programm der sozialdemokratischen „Zahnpunktgruppe“. Sonst übernahm die sozialistische Illegalität zumeist alte Parteiformulierungen oder ließ sich aus dem Exil tagespolitisch akzentuierte Losungen übermitteln¹⁸⁾.

Die 20. Juli-Bewegung bemühte sich um konkrete Vorbereitungen für den „Tag danach“. Aber ihre führenden Leute differierten dabei nicht unwesentlich: restaurativ-reaktionäre Vorstellungen und revolutionäre Hoffnungen mußten häufig einander angeglichener werden.

Wenn wir „reaktionäre“ und „revolutionäre“ Tendenzen innerhalb der den 20. Juli 1944 vorbereitenden Gruppe unterscheiden, so ist damit weder die „rechte“ oder „linke“ parteipolitische Herkunft der in Frage kommenden Persönlichkeiten noch die weltanschauliche Begründung gemeint, die die Betroffenen ihren jeweiligen Vorschlägen oder Einwänden gaben.

Die Frage lautet: Wer hat sich in den mannigfachen Programmversuchen, die im Kreis um Goerdeler oder bei den Kreisauern bzw. im engeren Freundeskreis Stauffenbergs auftauchten, für sozialistische Lösungen bei der Behandlung der zukünftigen Wirtschaftsgestaltung, für Toleranz in der Kulturpolitik und für realistische, europäische, dem Nationalstaatsgedanken außenpolitisch entsagende Gedanken eingesetzt? Wer neigte patriarchalischen Wirt-

¹¹⁾ Anna Siemsen und Friedrich Wilhelm Förster sind — wenn man von der oft Propaganda mit Geschichtsschreibung verwechselnden, einschlägigen Literatur des Auslandes absteht, hier ebenso übers Ziel hinausgeschossen wie John W. Wheeler-Bennet in „Die Nemesis der Macht“ (Düsseldorf, 1954).

¹²⁾ Hierzu und zu andern Fragen des Widerstands wurden seit Mai 1954 in unregelmäßiger Folge in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ der in Bonn erscheinenden Wochenzeitung „Das Parlament“ wichtige und teilweise neue Materialien veröffentlicht. (Darunter: „Vorgeschichte der militärischen Widerstandsbewegung bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges“ (H. Krausnick) und „Die militärische Widerstandsbewegung vom Ausbruch des 2. Weltkrieges bis zum Beginn des Westfeldzuges“ (Kurt Sendtner).

¹³⁾ Heinrich Portmann: „Der Bischof von Münster. Das Echo eines Kampfes für Gottesrecht und Menschenrecht“. Münster, 1946.

¹⁴⁾ Wilhelm Niemöller: „Macht geht vor Recht. Der Prozeß Martin Niemöller“, München, o. J.

¹⁵⁾ Inge Scholl: „Die weiße Rose“, Frankfurt, 1952; Clara Huber: „Kurt Huber zum Gedächtnis. Bildnis eines Menschen, Denkers und Forschers. Dargestellt von seinen Freunden“, Regensburg, 1947.

¹⁶⁾ Karl O. Paetzel: „Deutsche Innere Emigration. Antinationalsozialistische Zeugnisse aus Deutschland“. New York, 1946.

¹⁷⁾ Elia Boysen: „Harro Schulze Boysen. Das Bild eines Freiheitskämpfers“, Düsseldorf, 1947.

¹⁸⁾ Hermann Brill: „Gegen den Strom“, Offenbach, 1948. Das sogenannte „10-Punkte-Programm“ der Brill-Gruppe ist in „Deutsche Innere Emigration“ abgedruckt.

schaftsidealen, dogmatischer Militanz in religiösen Dingen und Resten der alten nationalen Großmachtträume zu?

Bei all dem handelt es sich immer um einzelne. Im Grunde „vertreten“ die an der Verschwörung teilnehmenden freien Gewerkschafter ebensowenig die Millionen der früher von ihnen geführten Arbeiter wie die katholischen und evangelischen Priester ihre Kirche repräsentierten. **Habermann** konnte ebensowenig den **DHV** zur Verfügung stellen wie **Leber** die **SPD** oder **Wirmer** das Zentrum. Auch die Militärs vertraten keineswegs die Armee: Soweit sie wie **Beck** und andere nicht schon außerhalb der Wehrmacht standen, konnten sie (wie der **Stauffenberg**sche „Oberstenkreis“) nur durch Usurpierung ihnen eigentlich vorgesetzter Befehlsstellen hoffen, die „Walküre“-Befehle durchzuführen. Die wenigen Hauptbeteiligten der Verschwörung mit ihren paar hundert Mitwissern stellten kein „Bündnis“ dar zwischen Arbeiterbewegung und Adel, keine Partnerschaft zwischen den Kirchen und der Armee oder sonst irgendeine Kombination von „Bewegungen“. Einzelne Offiziere und einzelne Gewerkschafter, einzelne Sozialisten und einzelne Konservative, einzelne Verwaltungsbeamte, Diplomaten und ehemalige Parlamentarier, ehemalige Nationalsozialisten und alte „Illegale“ von links hatten sich in den kleinen Zirkeln zusammengefunden. Ihr Ziel war zunächst das gleiche: der Sturz **Hitlers**. Was sie für das „Nachher“ erstrebten, war verschieden. Selbst über den Weg und die Mittel, mit denen man das „andere Deutschland“ erreichen wollte, gingen die Meinungen auseinander. **Helmuth v. Moltke** und sein engster Kreis waren bis zuletzt gegen Attentat und Staatsstreich²⁹⁾. Sie waren davon überzeugt, daß die braune Woge sich auslaufen müsse; bis zum bitteren Ende sollten **Hitler** und die Seinen die Verantwortung für Deutschlands Schicksal tragen. Mehr als einer der immer wieder von den Konspiratoren zum Mittun aufgeforderten Generale oder Marschälle wartete andererseits nur auf die „Sicherheit des Gelingens“. Die Frage des Eides spielte bis zuletzt bei überzeugten Christen im zivilen wie im soldatischen Sektor der Widerstandsgruppen eine retardierende Rolle, und das immer wieder zum Vorschein kommende Mißtrauen der Arbeiterführer gegenüber einigen Konservativen (vor allem **Popitz**) nicht weniger, von den Temperamentsunterschieden zwischen den „Jungen“ und den „Alten“, die des öfteren zu unnötigen Auseinandersetzungen führte, zu schweigen³⁰⁾.

²⁹⁾ Vgl. u. a. **Hans Rothfels**: „Die deutsche Opposition gegen **Hitler**. Eine Würdigung“, Krefeld, 1949.

³⁰⁾ Obwohl im einzelnen zu unsystematisch, gibt die materialreiche Zusammenstellung **Günther Weisenborn**: „Der lautlose Aufstand“, Hamburg, 1954, wichtige Einzelinformationen.

II.

Wenn man so den sozialen und ideologischen Hintergrund der deutschen Widerstandsbewegung abgesteckt hat, ergibt sich die Frage nach den unterschiedlichen Zielbildern der führenden Teilnehmer des 20. Juli als eine Aufgabe historischer Wahrheitsfindung, nicht etwa als tagesspolitisch auszuwertende Polemik einer „Fraktion“ gegen die andere. Das Erbe der deutschen Widerstandsbewegung kann im deutschen Volk nur fruchtbar werden, wenn man — jenseits der heutigen Meinungsverschiedenheiten — sich zu dem Wort **Kurt Schumachers** bekennt:

„Ehre und Ruhm den Männern des 20. Juli, ob sie dem Großen Generalstab und dem Adel, der bürgerlichen Intelligenz oder verantwortungsbereiten Wirtschafts- und Beamtenkreisen, der Arbeiterklasse angehörten oder Einzelrevolutionäre waren“³¹⁾.

Und der katholische Dichter **Reinhold Schneider** sagt:

„Ist es nicht groß, daß sie einig waren im Streben nach einem redlichen Regiment, nach suchender Gerechtigkeit; daß sie von den verschiedensten Überzeugungen her sich zusammenschlossen zum Streit gegen das Böse, daß Vertrauen und Todesbereitschaft, das unvergängliche Menschliche, sie einte, wo unmenschlicher Zwang gebot und jedes verdächtige Wort, die leiseste Unvorsichtigkeit, den Tod bedeuteten?“³²⁾

Heute liegt genügend Material vor, um wenigstens in Umrissen darzustellen, wo die Differenzen lagen und ob es gelang, zu einer programmatischen Synthese, einem Kompromiß oder nur zu einer Art von stillschweigendem Waffenstillstand unter den „Richtungen“ zu kommen³³⁾.

Von der Fragestellung „restaurativ“ oder „revolutionär“ her gebührt der zweifelnden Überlegung, ob die Verschwörer „östlich“ oder „westlich“ orientiert waren, nur eine Betrachtung am Rande. Die Frage verlangte — als sie theoretisch zur Diskussion stand — in keiner Weise eine grundsätzliche Entscheidung. Sie hatte „realpolitischen“ Charakter auch da, wo der eine oder andere der zu Rate Gezogenen der eigenen Sympathie oder Antipathie Ausdruck gab³⁴⁾. Zum vorbereitenden Kreis

³¹⁾ **Kurt Schumacher** auf einer sozialdemokratischen Parteikonferenz am 5./6. Oktober 1945.

³²⁾ **Reinhold Schneider**: „Die innere Befreiung“. Gedenkwort zum 20. Juli, o. J., Stuttgart.

³³⁾ Das Verbindende und Gemeinsame ist mit Recht immer wieder in den Vordergrund gestellt worden von **Annedore Leber**: „Den toten, immer lebenden Freunden“, Berlin, o. J., bis zu **Theodor Heuß**: „Dank und Bekenntnis“, Tübingen, 1954, und „Bekanntnis und Verpflichtung. Reden zur 10jährigen Wiederkehr des 20. Juli 1944“, Stuttgart, 1954.

³⁴⁾ Vgl. **Rudolf Pechel**: „Deutscher Widerstand“, Zürich, 1947.

des 20. Juli gehörten keine Kommunisten. Als man schließlich auf Drängen der Sozialdemokraten Leber und Reichwein wie der Grafen Stauffenberg und Schulenburg mit ihnen Kontakt suchte und fand, denunzierte sie ein in das ZK der KPD delegierter Gestapospitzel. Damit brach die Verbindung ab. Zwischen dem „Nationalkomitee Freies Deutschland“ und dem 20. Juli-Kreis haben keinerlei Verbindungen bestanden. Sollten sie eingeleitet worden sein, was nicht unmöglich ist, so blieben sie doch unwirksam³²). Schulenburgs Plan, sich durch das deutsch-russische Kampfgebiet mit Hilfe Treskows durchschleusen zu lassen und eine Unterredung mit Stalin, den der ehemalige Botschafter in Rußland gut kannte, zu erreichen, blieb ein Projekt³³).

Daß man auf der anderen Seite in den Kreisen der Verschwörer aufs tiefste enttäuscht war über den Mangel an Verständnis, den ihre Emissäre in den Vereinigten Staaten (v. Trott, Lochner etc.), in England (Bonnhöfer über den Bischof v. Chichester zu Eden), in Frankreich (Beck über Gamelin) gefunden hatten, ist verständlich. Nur in der Schweiz gelang es, über den amerikanischen Nachrichtendienst (Gisevius, Gaevernitz etc.) gewisse Kontakte herzustellen³⁴). Ob über die Kollontay in Stockholm Verbindungen nach Osten hergestellt wurden, ist bis heute unbekannt geblieben. Wenn man dem Bericht eines nicht direkt zur 20. Juli-Gruppe gehörigen Mannes der Widerstandsbewegung über einen in diese Richtung gehenden Kontaktversuch Glauben schenken will³⁵), war man auch dort zumindest sehr zurückhaltend. Die Stockholmer Fühlungenahmen des Ribbentrop-Mannes Peter Kleist hatten mit dem Widerstand nichts zu tun³⁶).

Daß Stauffenberg Ostverbindungen gesucht hat, dürfte ebenso unsinnig sein wie die gegenteilige Version, die ihn als anti-

bolschewistischen Kreuzfahrer darstellen möchte³⁷). Die Verschwörer haben auf der einen Seite sich völlig als „zum Westen“ gehörig gefühlt, andererseits wahrscheinlich durchaus die Wiederanknüpfung an die Bismarck-Politik eines engen Verhältnisses zu Rußland in Betracht gezogen. Schließlich waren weder der Rückversicherungsvertrag noch Rapallo eine aggressiv „antiwestliche“ Sache, sondern eine „Brücken“-Verpflichtung. Nach einem gelungenen Staatsstreich — dem haben sich die „Rechten“ nie widersetzt — würde man selbstverständlich auch möglichst gute Beziehungen zur UdSSR herzustellen versucht haben. Die von Gisevius und später von Dulles³⁸) angedeutete Neigung des engeren Stauffenbergkreises und der Kreisauer, sich als „Sozialisten“ mit Rußland gegen den „kapitalistischen Westen“ zu verbünden, ist ebenso überpointiert wie Ritters Feststellung, die Sozialdemokraten hätten die Fühlungnahme zu den Russen befürwortet, um zu verhindern, daß die Arbeiterschaft ins kommunistische Fahrwasser gerate³⁹).

In keinem ihrer „Flügel“ war die 20. Juli-Gruppe „pro-kommunistisch“. Daß man Rußland und den „Osten“ in die Überlegungen des „Nachher“ einbezog, war für alle selbstverständlich. Meinungsverschiedenheiten bestanden über Einzelfragen. Die Entscheidungen darüber blieben Fragen künftiger Realpolitik.

Von noch geringerer grundsätzlicher Bedeutung war die Frage Monarchie oder Republik. Einige der älteren Konservativen haben des öfteren — mehr aus Treue zu ihrer privaten Auffassung denn aus Überzeugung, daß hier eine Kraftquelle für die Erhebung liegen könnte — Restaurationsmöglichkeiten der Hohenzollern in die Diskussion geworfen. Die Sozialisten, die Kreisauer und Stauffenbergs Freundeskreis waren an der Frage einfach nicht interessiert. Man erhob keinen Einspruch, daß Kontakte mit dem Prinzen Louis Ferdinand hergestellt wurden (dem sein Kronprinzlicher Vater auf das stärkste von jeder Beteiligung an staatsfeindlichen Aktionen abriet⁴⁰). Mög-

³²) Die Verlautbarungen des „Nationalkomitees“ und des „Bundes deutscher Offiziere“ sind im übrigen so nationalliberal-bürgerlich, daß, falls man ihnen hätte glauben können, sie eher den altkonservativen als den jungnationalen Elementen in Deutschland gefallen hätten. (Vgl. „Deutsche wohnt! Protokoll der Gründungsversammlung des Nationalkomitees Freies Deutschland und des Bundes Deutscher Offiziere“, Mexiko, 1944.)

³³) Es ist nicht ausgeschlossen, daß, wenn der Nationalrevolutionär Ernst Niekisch, der Kontakt zu einigen 20.-Juli-Leuten hatte, nicht im Zuchthaus gesessen hätte, derartige Pläne intensiver verfolgt worden wären.

³⁴) Was im übrigen in keiner Weise der von den Neonazis vertretenen These (vgl. Otto Ernst Remar, 20. Juli 1944, Hamburg, 1951) vom „Landesverrat“ der Widerstandsbewegung zugute kommt.

³⁵) Friedrich Hiescher, „Fünfzig Jahre unter Deutschen“, Hamburg, 1954.

³⁶) Peter Kleist, „Auch Du warst dabel. Ein Buch des Argernisses und der Hoffnung“, Heidelberg, 1952.

³⁷) Vgl. Karl Michel: „Ost und West, der Ruf Stauffenbergs“, Zürich, 1947; Karl Michel: „Stauffenberg“, Zürich, 1947.

³⁸) Allan W. Dulles: „Verschwörung in Deutschland“, Zürich, 1948.

³⁹) Im allgemeinen herrscht heute die Neigung vor, die Rolle der Kommunisten — auch ihre Blutopfer — in der antinazistischen Illegalität zu ignorieren oder zu verschweigen. Ritter ist der Auffassung, daß — ganz im Gegensatz dazu — z. B. Trott v. Solz und Leber ernsthaft die Befürchtung hatten, daß die kommunistische Sache mehr und mehr zum ausschließlichen Widerpart des Nationalsozialismus im Bewußtsein der unpolitisch-„oppositionellen“ Schichten wurde.

⁴⁰) Louis Ferdinand von Preußen: „Als Kaiser-Enkel durch die Welt“, 1952.

licherweise vorübergehend in der psychologischen Wirkung auf nationale Schichten nützlich, war die Parole einer Wiederherstellung der Monarchie doch zu utopisch, als daß man sich darüber hätte streiten müssen⁴¹⁾. Dies schon deshalb, weil die Alliierten mit Sicherheit die Wiederkehr von „The Kaiser“ unter keinen Umständen akzeptiert hätten.

III.

Revolutionäre machen im allgemeinen keine Aufzeichnungen. Die aus der „linken Illegalität“ kommenden Angehörigen des 20. Juli-Kreises haben keine politischen Programmentwürfe hinterlassen: von Mierendorff, Haubach, Leuschner, Leber usw. kann man heute nur durch den Mund ihrer Freunde oder Verwandten so etwas wie die nachgezeichneten Konturen dessen hören, was sie dachten und erstrebten. Auch mit den Tagebüchern des Admirals Canaris sind wichtigste Unterlagen verlorengegangen.

Goerdeler hat viel geschrieben. Memoanden, illegale Listen kommender Kabinettsbildungen, Briefe an Gesprächspartner, Mitverschworene ebenso wie Zauderer. Was Goerdeler gewollt hat, kann man heute ziemlich deutlich feststellen. Ritter hat wohl alles zusammengetragen, was der vitale ehemalige Oberbürgermeister von Leipzig jemals in den entscheidenden Jahren für das „kommende Deutschland“ ausgearbeitet, diskutiert, verworfen und in Betracht gezogen hat (vgl. hierzu DIE NEUE GESELLSCHAFT, Heft 3/1955).

Bei Goerdeler wird ziemlich deutlich, was dem restaurativen Teil des deutschen Widerstands als politisches Zukunftsbild vorgeschwebt hat. Mit der gleichen souveränen Verachtung aller Regeln der Konspiration und mutiger Nichtachtung persönlicher Gefahr hat auch der Kreisauer Kreis die Ergebnisse der Arbeitsbesprechungen auf dem Gut des Grafen Moltke niedergeschrieben, „nicht gedacht als das politische Programm einer revolutionären Bewegung, sondern als eine Grundlage zur politischen Sammlung nach dem Zusammenbruch⁴²⁾, wie Theodor Steltzer betont. Die Kreisauer Dokumente und Goerdelers Aufzeichnungen sollen einander kurz gegenübergestellt werden.

Der Kreisauer Kreis hat wohl die durchdachtste Programmatik des „Nachher“ entwickelt. Obwohl Moltke selbst es bis zuletzt ablehnte, mit der Attentatsvorbereitung etwas zu tun zu haben, sind die von seinen Freunden nach intensiven Diskussionen aufgestellten Ziele überhaupt nur als realisierbar zu denken für den Fall, daß die NS-Herrschaft gestürzt war.

Die „Kreisauer“ (eine in mehr als einer Hinsicht an „jungnationale“ und „jungsozialistische“ Tendenzen der deutschen Jugendbewegung erinnernde, bewußt überparteilich — sozialistisch — christlich — europäisch sich ausrichtende Gruppe der „Jungen“) waren, wie Freisler es einmal nannte, „bis zu einem gewissen Grad der Geist des Grafenkreises, und der wieder hat die politische Vorbereitung für den 20. Juli gemacht. Denn der Motor des 20. Juli war ja keineswegs Herr Goerdeler, der wahre Motor steckte in diesen Männern!“

Die Kreisauer Dokumente, in denen von einem künftigen föderativen Deutschland mit kleinen, organisch gewachsenen Einheiten als deutschen Zellen eines europäischen Staatenbundes die Rede war, traten für die Aufteilung des Großgrundbesitzes, staatliche Lenkung und Sozialisierung der Schlüssel- und Schwerindustrie und der Banken ein, verlangten die Einbeziehung einer allumfassenden deutschen Gewerkschaft als Träger sozialer Verantwortlichkeiten in der Politik, sie forderten die Bestrafung der Kriegs- und Volksverbrecher durch einen internationalen Gerichtshof, und sie wollten den christlichen Charakter der neuen Ordnung im Geiste eines christlich-sozialen Humanismus gewährleistet sehen. Sieht man sich die Entwürfe heute durch, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß sie oft mehr ethisches Postulat als realistische Konzeption sind. Eines aber ist eindeutig: Die „Kreisauer“ wollten keine Restauration! Hier ging man nicht hinter Hitler zurück, man wollte nicht den status quo von 1933 (oder 1914) wiederherstellen. Es ging mit allem Ernst um eine (gewaltlose) soziale und gesellschaftliche Revolution⁴³⁾. Graf Stauffenberg hat nicht zum Kreisauer Kreis gehört. Aber es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, daß er — bis auf die Attentatsfrage — ungefähr die gleichen Grundsätze vertrat wie dieser Kreis. Obgleich es übertrieben sein dürfte, wenn gelegentlich davon berichtet wird, daß er sofort nach dem Umsturz ein Kabinett mit einem sozialistischen Kanzler gewünscht hätte⁴⁴⁾, so hat er sicherlich eher an eine demokratisch-soziale Republik gedacht als an eine „Militärdiktatur“.

Die jungen Adligen, Arbeiterführer, Geistliche und Erzieher hatten als Rahmenkonzept etwas gemeinsam, was man vielleicht am besten mit dem Wort „konservativer Sozialismus“ bezeichnen kann.

Dabei wurden keine Doktrinen erarbeitet oder Differenzen verschwiegen; nach wie vor gab es in der Gruppe verschiedene

⁴¹⁾ Es ist in diesem Zusammenhang nicht uninteressant, daß auch Hitler sowohl 1923 wie 1933 nicht-sagende Lippenbekenntnisse, „das Unrecht am Herrscherhaus wiedergutmachen zu wollen“, abgelegt hat.

⁴²⁾ Theodor Steltzer: „Von deutscher Politik“, Frankfurt, 1946.

⁴³⁾ Steltzer, der selbst zum Kreisauer Kreis gehörte, veröffentlichte den vollen Wortlaut der Dokumente.

⁴⁴⁾ Veit Ossat: „Weiküre, Die Wahrheit über den 20. Juli 1944 mit Dokumenten“, Hamburg, 1953.

Auffassungen über viele Einzelheiten, vor allem auch über Weltanschauungsfragen. Die Achtung vor dem Mitkämpfer ersetzte den Mangel an Konformität. Die ungeduldige Formulierung Ritters von der „Überschwenglichkeit sozialistischer Weltverbesserer“⁴⁶⁾ wäre im Rundgespräch der Jungkonservativen nicht gefallen (die scharfe Abgrenzung Moltkes vom „Goerdeler-Mist“ stand in einem Privatbrief aus der Todeszelle an seine Frau und war nie zur Veröffentlichung bestimmt⁴⁷⁾).

Es bleibt ungewiß, ob die restaurative oder die revolutionäre Tendenz im Fall des Gelingens der Rebellion eine größere Chance gehabt hätte, einerseits im deutschen Volk und andererseits beim kriegführenden Ausland.

Was die deutsche Geschichtsschreibung im einzelnen zu untersuchen haben wird, ist die Frage der Leitbilder, nicht die der Erfolgchancen.

Die „Linken“ (einschließlich derer, die aus dem jungen Bürgertum, dem Adel, dem frühen Nationalsozialismus, aus der „alten Ordnung“ ausgebrochen waren) vertraten die Auffassung, daß man mit dem Phänomen des gegenrevolutionären Faschismus in eine historische Phase eingetreten war, in der nur umwälzende, revolutionäre Veränderungen in der sozialen und politischen Struktur Deutschlands die Nation neu „in Form“ zu bringen in der Lage sein würden. Die „Rechten“ sahen die Chance der Heilung gegenüber einer wertelosen, zynischen, demagogischen Massenbewegung darin, an Tradition, Kontinuität und christlich-abendländische Glaubenselemente anzuknüpfen, die „Werte“ der „bewährten“ Ordnung neu zu beleben und an die bürgerliche Ordnung erneut den Anschluß zu finden. Die einen wollten den „Nach-Faschismus“, die anderen den „Vor-Faschismus“.

Goerdelers Entwürfe erscheinen auf den ersten Blick vielleicht „realistischer“ als die der Kreisauer. Sein Einwand gegen den Nationalsozialismus beruhte — auf einen Nenner gebracht — auf zweierlei: er verabscheute zutiefst den Amoralismus (z. B. bei der Behandlung der „Judenfrage“), und er war davon überzeugt, daß das dritte Reich fast überall unfähige Leute in Schlüsselstellungen mit unbeschränkter Machtfülle ausgestattet hatte. Wenn man hier von bestimmten administrativen Lieblingsideen absteht, die er in seinem „Nachher“-Programm berücksichtigt sehen wollte, liefen letzten Endes die meisten Pläne, die er dem kommenden Deutschland vorzuschlagen hatte, darauf hinaus, wirkliche Fachleute und vor allem anständige Menschen Deutschlands Geschichte bestimmen zu lassen. Das ist kein schlechtes Programm, aber es ist auch nicht gerade originell. Es ist das Programm des Wirt-

schaftsliberalismus und humanitären Freikonservatismus. Bei Selbstverwaltung der Gemeinden und dem Abbau des Zentralismus soll sich das Reich in den Grenzen von 1914 (vermehrt um Österreich und Sudetenland) durch rückhaltloses Vorgehen gegen die Naziverbrecher noch einmal eine deutsche Führung in Europa verdienen.

Greifen wir als Beispiel noch heraus, was die beiden Entwürfe über die zukünftige deutsche Wirtschaft aussagen:

In den „Kreisauer Dokumenten“ steht in einem Entwurf vom 9. August 1943:

„Die Reichsregierung sieht die Grundlage des Wiederaufbaus der Wirtschaft in einem geordneten Leistungswettbewerb, der sich im Rahmen staatlicher Wirtschaftsführung und hinsichtlich seiner Methoden unter ständiger staatlicher Aufsicht vollzieht. Wo die vorhandenen Bindungen und Verflechtungen der Wirtschaft (Monopole, Kartelle, Konzerne) diesen Leistungswettbewerb ausschließen, ist es Aufgabe der Wirtschaftsführung, die Grundsätze des geordneten Leistungswettbewerbs zur Geltung zu bringen und die Interessen der Gesamtheit zu wahren.

Das Gemeinschaftsinteresse der Wirtschaft an den Großindustrien erfordert in besonderem Maße bei diesen Industriezweigen eine straffe Wirtschaftsführung des Staates. Schlüsselunternehmen des Bergbaus, der eisen- und metallschaffenden Industrie, der Grundchemie und Energiewirtschaft werden in das Eigentum der öffentlichen Hand übergeführt werden... Die Reichsregierung fördert die Entwicklung des Betriebes zu einer Wirtschaftsgemeinschaft der in ihm schaffenden Menschen. In einer solchen „Betriebsgewerkschaft“ genannten Gemeinschaft wird die Beteiligung der Belegschaft an der Betriebsführung und an den Betriebsergebnissen, insbesondere dem Wertzuwachs des Betriebes, zwischen dem Eigentümer des Betriebes und der Vertretung der Belegschaft vereinbart... Die „Deutsche Gewerkschaft“ ist ein notwendiges Mittel zur Durchführung des dargestellten wirtschaftlichen Programms und des in diesem vorausgesetzten Staatsaufbaus. Sie findet ihre Erfüllung in der Durchsetzung dieses Programms und der Überleitung der von ihr wahrgenommenen Aufgaben auf die Organe des Staates und der wirtschaftlichen Selbstverwaltung. Sollten die Aufgaben, die die „Deutsche Gewerkschaft“ wahrzunehmen hat, ihr Weiterbestehen erfordern, so ist ihr Aufbau dem Staats- und Wirtschaftsaufbau anzupassen...“⁴⁷⁾

⁴⁶⁾ Gerhard Ritter: „Goerdeler...“, S. 2. A. O.

⁴⁷⁾ v. Moltke: „Letzte Briefe...“, S. 2. A. O.

⁴⁷⁾ Gerhard Ritter: „Goerdeler...“, S. 2. A. O.

Junge Sozialisten, Jungkonservative und Jungchristen fanden sich auf der Basis solcher Planentwürfe, sie boten keine sozialistische „Endlösung“, aber ihre Vorschläge zielten ab auf Sozialisierung, Planung und Betriebsdemokratie. Goerdeler hat zum gleichen Thema folgendes notiert:

„Wirtschafts- und Sozialpolitik: Die deutschen Arbeiter und Angestellten, ab 18. Lebensjahr, sind in einer deutschen Gewerkschaft durch Gesetz als Pflichtmitglieder zusammenzuschließen. Sie erhält alle Selbstverwaltung, wählt also ihre Organe selber, muß sich aber so gliedern, wie die gewerbliche Wirtschaft in Gruppen gegliedert ist oder wird.

Diese Gewerkschaft muß 1. die Sozialversicherung, mit Ausnahme der Unfallversicherung aller Art, selbst betreiben. Nur die Arbeiter und Angestellten zahlen — gegen entsprechende Lohnerhöhung — Beiträge. Die von der Gewerkschaft verwalteten Versicherungsanstalten stehen unter Aufsicht des Staates; 2. die Tarifverträge mit den Unternehmergruppen abschließen; bei Streitigkeiten entscheiden Schiedsgerichte, deren oberstes, von der Reichswirtschaftskammer eingerichtet, verbindliche Sprüche fällt; 3. die Kandidaten der Belegschaften in doppelter Zahl benennen, die von diesen zu wählen sind in Vorstände der großen, Aufsichtsräte aller Gesellschaften. ... 4. ihre Vertreter in die Wirtschaftskammern entsenden; 5. sonstige vom Staat usw. gewünschte Vertreter, z. B. in das Ständehaus entsenden und Arbeit leisten. ... Die Gewerkschaft darf eigene Wirtschaftsbetriebe haben, und zwar auf allen Gebieten, die aber nach wirtschaftlichen Grundsätzen betrieben werden müssen, also keine Zuschüsse empfangen dürfen und daraufhin vom Staate beaufsichtigt werden. Dadurch werden übertriebene Sozialisierungswünsche der Arbeiter beseitigt. Was die Sozialisierung betrifft, so ändert sie am Lose der Arbeiter nichts...“⁴⁹⁾.

Hier werden die Thesen des aufgeklärten, modernen Patriarchalismus postuliert, der zwar den „Forderungen der sozialen Gerechtigkeit“ bis zu einem gewissen Grade Rechnung trägt, den Vertretern der arbeitenden Schichten bestimmte Dinge gestattet, sie mit Aufgaben versieht und sie dadurch u. a. gegen „übertriebene Sozialisierungswünsche“ immunisiert. Die Moltkeschen Konzeptionen sehen die Arbeiter (obwohl manche Formulierungen ähnlich klingen) dagegen als Träger des wirtschaftlichen Lebens, an Leitung, Verantwortung und Ertrag beteiligt.

Wenn man von wenigen Veränderungen

absieht (so der Bildung der Einheitsgewerkschaft, einer bis zu gewissem Grade die Länder stärkenden Dezentralisierung im Staatsaufbau usw.), hat die Bundesrepublik mehr das Erbe der Weimarer Republik als das irgendeiner Widerstandsprogrammatis angetreten. Sie hat im großen und ganzen den vorfaschistischen status quo wiederhergestellt, modifiziert und den neuen, insbesondere durch die Teilung des Reiches in zwei Hälften geschaffenen Umständen, angepaßt. Die sogenannte „Deutsche Demokratische Republik“ hat ihre, in einem bestimmten Sinne „nachfaschistische“ Struktur ohne Zurückgreifen auf das Zielbild der Illegalität geschaffen und mehr oder minder dem von der UdSSR geforderten Typus der „Volksdemokratie“ anzunähern versucht. In beiden Teilen Deutschlands hat sich die anders geartete Realität gegenüber den idealistischen, ethischen und neuen Impulsen des deutschen Widerstandes durchgesetzt. Mit dem Tode Stauffenbergs und Lebers, aber auch Goerdelers und der Seinen blieben die Visionen beider Gruppen ohne wirklichen Ansatz. Wenn Braubach Recht hat⁴⁹⁾, daß vielleicht gerade von dieser Schwäche eine positive Wirkung von größter Bedeutung ausgehen kann, dann liegt sie auf dem Gebiet, das Schumacher und Schneider meinten: daß Persönlichkeiten und Leitbilder als Vorbild dienen für die, die weiterarbeiten, auch da, wo ihre Wege im einzelnen auseinandergehen.

PRESSESCHAU

„Der Europäische Sozialismus“

Die „Dokumente“ (Zeitschrift für internationale Zusammenarbeit) bringen in ihrem Aprilheft in Einzelbeiträgen sozialistischer Autoren mit einer Einführung von Hendryk Brugmans, dem Rektor des Europa-Kollegs in Brügge, eine dankenswerte und überaus interessante Darstellung des demokratischen Sozialismus in einer Reihe europäischer Länder. All diesen Beiträgen spürt man deutlich die gegenwärtige Lage an.

Der Sozialismus lebt heute in einer ihm psychologisch feindlichen Welt. Er wird getragen von der Überzeugung, daß die Menschheit zu einem besseren und gerechteren Gesellschaftssystem vorwärtsschreiten soll. Den technischen Fortschritt wird zwar kaum jemand leugnen wollen, aber wir alle sind niedergedrückt von der Er-

⁴⁹⁾ Max Braubach „Der Weg zum 20. Juli 1944. Ein Forschungsbericht“. Köln, 1953.

fahrung, daß dieser Fortschritt bisher weder die Leiden der Menschheit verringert noch ihre Handlungen veredelt hat. Wir glauben, daß die Lösung für die Grundprobleme unserer Zeit nur sozialistisch sein kann. Aber die Welt von heute wird beherrscht und verdüstert von dem Konflikt zweier Mächte, von denen die eine den Sozialismus selbst dort fürchtet, wo sie sich in Richtung auf ihn hin entwickelt, während die andere seinen Namen mißbraucht, aber seine wahren Ziele schändet. Schließlich haben viele in dem von kontinuierlichen Rüstungsausgaben genährten Indiensommer des Kapitalismus unserer Tage vergessen, daß es je kapitalistische Wirtschaftskrisen und Massenarbeitslosigkeit gegeben hat; sie finden, daß der Kapitalismus doch recht befriedigend funktioniert. In dieser Situation sehen sie zwischen sozialistischer Planung der Wirtschaft und dem Kartensystem des zweiten Weltkriegs kaum einen Unterschied. Die Überwindung dieses psychologischen Klimas ist die Hauptschwierigkeit, mit der der Sozialismus gegenwärtig zu kämpfen hat. Brugmans findet aus dieser Lage einen Ausweg, indem er sich kurzerhand entschließt, den Gedanken der Sozialisierung im Sinne von Verstaatlichung und daher Stärkung der Staatsmacht als reaktionär und zudem durch die soziale und wirtschaftliche Entwicklung vor allem seit der Weltwirtschaftskrise um 1930 für überholt zu erklären. Als Inhalt des Sozialismus von heute bleiben ihm demokratische Kompromißbereitschaft und völlige Hinwendung zum jeweils konkreten Programm. Dazu kommt der übernationale europäische Gedanke, der aber so merkwürdig unbestimmt und doch apodiktisch formuliert ist, daß man sich wundert, weswegen eigentlich Brugmans dem marxistischen Sozialismus ausgerechnet Mystik vorwirft.

Zu erkennen, in welcher Richtung die Gesellschaft sich entwickelt, und gleichzeitig zu zeigen, wie sich in diese Entwicklung das Bild einer von Ausbeutung, Not und Klassenherrschaft freien Gesellschaft einfügt, bleibt auch heute noch die zentrale Aufgabe des Sozialismus.

In welcher Weise die einzelnen sozialdemokratischen Parteien für dieses Ziel gekämpft haben und kämpfen, welche Erfolge sie errungen haben und welche Schwierigkeiten sich vor ihnen auftürmen, das schildern in knappen Zügen die Einzelbeiträge.

Über die Entwicklung der Sozialdemokratie in Schweden berichtet unter dem Motto „Wohlstand als Programm“ Kaj Björg, der internationale Sekretär der schwedischen Partei. Die „Revolution mit dem Stimmzettel“, die sich in Großbritannien vollzogen hat, schildert der ehemalige Deutschlandminister Englands, John Hynd.

Vom „Experiment der undoktrinären Partei“ in den Niederlanden berichtet Alfred Mozer, der Leiter des außenpolitischen Referates der „Partei der Arbeit“. „Zwischen Radikalismus und Realismus“ sieht Raymond Rifflet, Mitglied des Generalrates der sozialistischen Partei Belgiens, die Entwicklung seiner Partei sich vollziehen. „Enthaltung von der Macht“ wirft Paul Parisot, Journalist, Gewerkschafter und Mitglied der MSEUE, der französischen Partei vor. Die „lähmende Spaltung“ in Italien und ihre Ursachen diskutiert Altiero Spinelli, Generalsekretär der Europäischen Föderationsbewegung Italiens. Nicht ohne Verwunderung blickt Paul Fent, der die SPÖ im Pressedienst des Bundeskanzleramtes in Wien vertritt, auf die Entwicklung seiner Partei „vom Bürgerkrieg zur Koalition“ zurück.

Eine Diskussion der Einzelbeiträge, die hier und da ein wenig an Offiziosität oder auch an Einseitigkeit leiden, ist hier nicht möglich. Aber jedem Leser fällt auf, daß allen Berichterstattern eine gleiche, freilich ganz undoktrinäre Grundhaltung gemeinsam ist. Am konzentriertesten finden sich interessanterweise gerade bei dem Engländer John Hynd grundlegende Prinzipien einer sozialistischen Gesellschaftskonzeption ausgesprochen: „Gemeinsames Eigentum an den Produktionsmitteln, gleiche Möglichkeiten für alle an Stelle von Privilegien der Klasse und des Geldes, angemessene Verteilung der Erzeugnisse gemeinsamer Arbeit.“

Diese Grundgedanken, die sich mit Ausnahme des ersten in der einen oder anderen Weise bei allen Autoren wiederholen, enthalten tatsächlich die Umrisse einer Gesamtkonzeption des Sozialismus von heute. Daß sie in dieser Form höchstens zu überzeugen, aber schwerlich zu begeistern vermögen, liegt abgesehen von der in so kurzen Beiträgen gebotenen Begrenzung und den psychologischen Wirkungen der antisozialistischen Gegenwart zum guten Teil wohl daran, daß sie eher aus der sozialistischen Tradition und der politischen Vernunft heraus entwickelt und formuliert sind als aus der Problematik, die (bewußt oder unbewußt, mit Recht oder mit Unrecht) den Menschen von heute bedrängt oder auch erfüllt. Eine der wesentlichen Aufgaben des Sozialismus der Gegenwart liegt sicherlich darin, seine Ziele aus der Wirklichkeit ebenso wie aus dem Bewußtsein unserer Zeit heraus von neuem zu formulieren. Die Artikelreihe der „Dokumente“ läßt ahnen, wie dieses Ziel, das in vieler Hinsicht schon in der Grundsatzklärung der neuen Internationale umrissen war, allmählich verwirklicht wird.

Dr. Richard Freyh, Frankfurt.

Um eine neue Sozialphilosophie

Alexis de Tocqueville: „Erinnerungen“. Eingeleitet von Carl J. Burckhardt, K. F. Koehler Verlag, Stuttgart, 1955, Leinen 9,80 DM.

Siegfried Landshut: „Das Zeitalter der Gleichheit“. Alfred Kröner Verlag, 1955, 9,80 DM.

Es ist erfreulich, daß der große französische Soziologe nun auch in Deutschland zu Ehren kommt. Diese späte Entdeckung Tocquevilles ist eigentlich nur eine Wiederentdeckung, denn Dilthey hatte schon in seiner berühmten Akademie-Abhandlung von 1910: „Über den Aufbau der geschichtlichen Welt in den Geisteswissenschaften“ auf die Bedeutung des großen Franzosen hingewiesen: „Tocqueville“, schreibt Dilthey dort, „ist der Analytiker unter den geschichtlichen Forschern der Zeit, und zwar unter allen Analytikern der politischen Welt der größte seit Aristoteles und Machiavelli.“¹⁾

Trotz dieses Hinweises bedurfte es offenbar der Erfahrungen der totalitären Staatsumwälzungen, um das politische Ideengut Tocquevilles einem breiteren Kreis zugänglich zu machen. Dieser Prozeß ist jetzt im Gange. So erschien unlängst in der Reihe der Krönerschen Taschenausgaben ein Band Tocqueville: „Das Zeitalter der Gleichheit. Eine Auswahl aus dem Gesamtwerk“, von S. Landshut herausgegeben. Von einer Auswahl aus dem Gesamtwerk zu sprechen, ist allerdings irreführend, denn von der unverstümmelten Gesamtausgabe Tocquevilles liegen bisher nur fünf Bände vor. Die gesamte Korrespondenz Tocquevilles wird etwa zehn Bände umfassen.

Ganz ausgezeichnet ist die bei K. F. Köhler in Stuttgart erschienene Ausgabe von Tocquevilles „Erinnerungen“, von Dirk Forster mit feinem Sprachgefühl und Kennerschaft übersetzt. Der große Schweizer Historiker Carl J. Burckhardt hat dem Band eine schöne und tiefe Einleitung vorausgestellt, die Tocqueville in den Zusammenhang der europäischen Geistesgeschichte stellt.

Die „Erinnerungen“ sind unzweifelhaft Tocquevilles persönlichstes Buch. Sie sind gleichzeitig die objektivste Analyse, die wir von der 48er Revolution in Frankreich besitzen. Vialleicht ist es auch am leichtesten möglich, von diesem Buch aus einen Vergleich zwischen der Marxschen und der

Tocquevilleschen Sozialphilosophie zu ziehen. Während beide Denker die 48er Revolution als Phase einer europäischen revolutionären Bewegung erkannten, verbaut sich Marx gleichsam den Weg, indem er auf seiner dialektischen Methode beharrt. Tocqueville dagegen ist ungleich vorsichtiger, suchender und weniger dogmatisch als Marx. So schreibt er auf Seite 126 der Forsterschen Ausgabe: „Wird der Sozialismus immer unter dem vernichtenden Druck der Verachtung stehen, die die Sozialisten von 1848 verdienen? Ich stelle diese Frage, ohne eine Antwort darauf zu geben. Ich zweifle nicht daran, daß die Grundgesetze unserer modernen Gesellschaft mit der Zeit stark geändert werden; bei vielen ihrer Hauptregeln ist dies bereits geschehen. Aber werden sie jemals ganz beseitigt und durch andere ersetzt werden? Das scheint mir unausführbar. Hierüber will ich nicht mehr sagen; denn je mehr ich den früheren Zustand der Welt erforsche, je genauer ich unsere heutige Welt kennen lerne, je eindringlicher mir die außerordentliche Verschiedenheit nicht nur der Gesetze, sondern auch der Grundsätze, von denen sie beherrscht werden, zum Bewußtsein kommt, und je deutlicher ich schließlich die Mannigfaltigkeit der Formen erkenne, die das Eigentumsrecht überall angenommen hat und, was man auch sagen möchte, heute noch annimmt, um so mehr neige ich zu der Meinung, daß die sogenannten notwendigen Einrichtungen häufig nur Einrichtungen sind, an die man sich gewöhnt hat, und daß die Möglichkeiten auf dem Gebiete der Gesellschaftsordnung viel zahlreicher sind, als die Menschen, die in einer bestimmten Gesellschaftsordnung leben, sich vorstellen.“ Hier sieht man deutlich, wie im Vergleich die Marxsche Sozialphilosophie, die im Sozialismus „das Reich der Freiheit“ sieht, abstrakt und utopisch bleibt.

Eine andere Stelle in Tocquevilles „Erinnerungen“ könnte gegen die materialistische Geschichtsauffassung gerichtet sein. Tocqueville schreibt: „Ich für meinen Teil verurteile diese absoluten Systeme, die den gesamten Gang der Geschichte von großen, schicksalhaft miteinander verketteten Grundursachen abhängig machen und die Menschen mehr oder weniger aus der Geschichte des Menschengeschlechts streichen. Ich finde sie eng in ihrer angeblichen Größe und falsch unter ihrem Anschein mathematischer Wahrheit. Trotz jener Schriftsteller, die diese erhabenen Theorien erfunden haben, um ihre Eitelkeit zu stillen und ihre Arbeit zu erleichtern, glaube ich, daß viele bedeutende historische Tatsachen nur durch zufällige Umstände erklärt werden können, daß viele andere unerklärlich bleiben und daß der Zufall oder besser die verwickelte Folge untergeordneter Ursachen, die wir Zufall nennen, weil wir sie nicht entwir-

¹⁾ Vgl. J. P. Mayer: „Alexis de Tocqueville. Prophet des Massenzeitalters“, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart, 1954, S. 9 ff.

ran können, bei allem, was wir auf dem Theater der Welt erblicken, eine große Rolle spielen. Aber ich bin fest überzeugt, daß der Zufall nichts zustande bringt, was nicht vorher vorbereitet wurde. Die Tatsachen der Vergangenheit, die Natur der Einrichtungen, der geistige Charakter der Menschen, der Stand ihrer Sitten und Gewohnheiten, das sind die Materialien, aus denen er die plötzlichen Ereignisse erzeugt, die uns überraschen und erschrecken" (S. 108).

Andererseits steht Tocqueville wiederum Marx sehr nahe, denn im „Ancien Régime“ findet sich der denkwürdige Satz: „Je parle des classes, elles seules doivent occuper l'histoire.“ Eine zeitgemäße Sozialphilosophie kann auf beide Denker nicht verzichten.

Prof. J. P. Mayer, London.

Signale im Nebel

„Texte und Zeichen“, eine literarische Zeitschrift, herausgegeben von Alfred Andersch, Hermann-Luchterhand-Verlag, Berlin und Newied.

„Augenblick“ / Aesthetica, Philosophica, Polemica, Herausgeber Max Bense, Agis-Verlag, Krefeld und Baden-Baden.

Über Restauration in Westdeutschland zu schelten, ist zur mehr oder minder bequemen Mode geworden. Man macht seinem Herzen einmal kräftig Luft, um sich im nächsten Augenblick wieder anzupassen. Wo aber sind diejenigen, die über bloße Seufzer hinaus bewußt und entschlossen Front machen gegen abendländisch-christliche Phraseologie und pseudoaristokratischen Kulturpessimismus, die den Mut aufbringen, sich zu der europäischen Tradition von Nominalismus, Reformation und Aufklärung zu bekennen und von diesem gelstigen Fundament aus die Gegenwart anzuvisionieren? Zwei seit kurzem erscheinende Publikationen könnten Zentren der Sammlung solcher Kräfte werden: Alfred Andersch und die Angehörigen der „Gruppe 47“ tragen die literarische Zeitschrift „Texte und Zeichen“; Max Bense und seine Freunde den „Augenblick“ (mit dem etwas anspruchsvollen Untertitel „Aesthetica, Philosophica, Polemica“). Die je zwei Hefte der Zeitschriften, die inzwischen vorliegen, stellen einen Versuch dar, dem Konformismus nicht zu verfallen; hierzulande sollte das Grund genug sein, den Unternehmen Anerkennung und Sympathie nicht zu versagen. Das wütende Gekläff, das der Start der „Texte und Zeichen“ bei einigen Oberpriestern der Restauration verursachte, zeigt, daß Andersch und die seinigen auf dem richtigen Wege waren.

Dennoch — bei aller Zustimmung im Grundsätzlichen —, einige kritische Marginalien seien gestattet: Aufgabe avantgardistischer

Kultur- und Literaturkritik wäre es heute — ohne in den Ton der zwanziger Jahre zu verfallen —, vor allem den Essay zu pflegen, eine Literaturgattung, die in Deutschland so selten gedeiht, weil sie Geist und Stil verlangt. Daran mangelt es auch in den beiden Publikationen noch sehr, mit der einzigen Ausnahme des Thomas-Mann-Essays von Alfred Andersch „Mit den Augen des Westens“, dem besten, was in deutscher Sprache aus Anlaß des 80. Geburtstages des Meisters geschrieben wurde. Das ist ehrenvoll für den Schriftsteller Andersch, sollte den Herausgeber Andersch jedoch nachdenklich stimmen.

Die Abhandlungen des zweiten Heftes der „Texte und Zeichen“, so J. P. Sartres „Die Nationalisierung der Literatur“, so Bernard Dorts brillante Auseinandersetzung mit Montherlants „Port Royal“, beziehen sich allzusehr auf die französische Situation, die völlig anders als die bundesrepublikanische ist. Und Dylan Thomas' herzerfrischende Beschreibung der Amerikareisenden wurde bereits in England veröffentlicht. Diese Auswahl beweist, wie sehr es in Deutschland noch an solcher kampfesfroher Literatur- und Kulturkritik mangelt. Im „Augenblick“ wie in den „Texten und Zeichen“ zeichnet sie sich bislang erst in den Rezensionen ab, etwa in den leider allzu kurzen Untersuchungen über die Verfälschung des Husserlschen Erbes, über Politik und Poesie, über die Angst vor echter Kulturkritik, über den Judy-Garland-Film „A star is born“, über Eduard Ladumans Trakl-Interpretationen („Augenblick“); so auch in Heinz Liepmanns Zerstörung der „Caine-Mulhys“-Legende, in Armin Mohlers Abrechnung mit dem „Zeitgenossen“ Arnolt Brönnin, vor allem auch in Wolfgang Koeppens Lawrence-Besprechung und in Alfred Andersch' meisterlicher Analyse von Koeppens „Tod in Rom“ mit dem treffenden Titel „Choreographie des politischen Augenblicks“. Mit diesen beiden Rezensionen im zweiten Heft der „Texte und Zeichen“ hat die deutsche Literaturkritik (endlich) alles Provinzielle hinter sich gelassen; federnd und schlank die Diktion, klar und scharf der Inhalt! Wir wünschen uns in den nächsten Heften mehr solcher Proben geistiger Redlichkeit; nur — haben wir junge Autoren, die so etwas schreiben können, haben wir auch die Bücher, die in dieser Art zu besprechen sich lohnt?

Arno Schmidt und sein Erguß „Seelandschaft mit Pocahontas“ nämlich, dem Andersch in seinem ersten Heft leider viele Seiten geopfert hat, sollten nicht Anlaß zu solcher Betrachtung sein. Gewiß, Schmidt schaltet souverän mit den Stilmitteln unserer technischen Welt, aber der eigentliche Inhalt seiner Geschichte gehört bestenfalls in ein Stammtischgespräch, nicht in eine literarische Zeitschrift. Es ist nicht

Avantgardismus, wenn man Spießertum artistisch verhüllt (genau das tut Arno Schmidt mit dieser Geschichte), und es ist keineswegs progressiv, den Snobismus zur Weltanschauung zu erheben. Dieser Versuchung erliegt Max Bense in seinen Abhandlungen im „Augenblick“. Seiner Progressivität täte ein Schuß mehr cartesischer clarté not, auf Kosten des hegelisch-deutschen Tiefsinns, der bei ihm allzu sehr wuchert.

Daß Snobismus und Spießertum eng benachbart sein können, wissen wir nicht erst seit Sternheim, vor beiden müssen die mutigen Unternehmen dieser Zeitschriften sich hüten. Die Hefte, die bis jetzt vorliegen, reichen noch nicht aus, um die Nebel zu zerstreuen, die in dichten Schwaden nicht nur über dem Rheintal, sondern über der geistigen Landschaft der gesamten Bundesrepublik lagern. Aber sie sind Signale, die die rechte Richtung weisen!

Dr. Christian Gneuss, Bonn

Menschenbild und Erziehung

Lorenz Knorr: „Gedanken zur sozialistischen Erziehung. Eine Einladung zur Diskussion über Theorie und Praxis.“ Verlag Schaffende Jugend, Bonn, 1954, 176 Seiten, Ganzleinen, 5,80 DM.

Die Skepsis gegenüber jedem „Institutionalismus“ ist eine entscheidende geistesgeschichtliche und praktische Entwicklung im modernen Sozialismus. Heute wird kaum ein ernsthafter und intelligenter Sozialist den Glauben vieler seiner geistigen Väter teilen, durch entsprechende Verfassungen, Gesetze und äußere Einrichtungen allein die gesellschaftliche Wirklichkeit so umgestalten zu können, daß von einem bestimmten Augenblick an „der Sozialismus“ verwirklicht ist. Es wird heute allgemein begriffen, daß alle diese äußeren Maßnahmen auf die Dauer ihre Bestimmung nicht erfüllen können, wenn sie nicht im richtigen Sinne verstanden und im richtigen Geist gehandhabt und ausgebaut werden. Und daß dieser richtige Geist nicht automatisch mit den Einrichtungen selber geboren oder notwendigerweise durch sie verstärkt wird, sondern daß seine Schaffung eine höchst bedeutsame individual- und sozialpädagogische Aufgabe ist, die bewußt in Angriff genommen werden muß — auch dies wird (wenn auch durchaus nicht allerorts und zu jeder Zeit) in der sozialistischen Bewegung heute anerkannt.

Der praktische und theoretische Niederschlag dieser modernen sozialistischen Erkenntnisse war bis jetzt jedoch enttäuschend: noch fehlt eine umfassende wissenschaftliche Untersuchung der Wechselwirkung zwischen den von Sozialisten geschaffenen oder angestrebten gesellschaftlichen Einrichtungen und der Pädagogik im

weitesten Sinne — eine Untersuchung, die selbstverständlich nicht bei der Tatsachefeststellung stehen bleiben dürfte, sondern wegweisend sein müßte für die sozialistische Politik.

Die Schrift von Knorr füllt diese Lücke nicht. Sie stellt jedoch den begrüßenswerten Versuch dar, der praktischen pädagogischen Arbeit, die auf einem Sektor der sozialistischen Bewegung geleistet wird — nämlich in der Sozialistischen Jugend —, eine gedankliche Grundlage zu schaffen. Das Buch kann durch Diskussionen geklärt, durch Weiterarbeit vertieft und gefestigt und dadurch ein wertvoller Bestandteil der sozialistischen Selbstverständigung werden. Lorenz Knorr setzt sich auseinander mit der Frage, ob es eine „sozialistische“ Erziehung überhaupt gibt. Er bejaht die sozialistische Erziehung und grenzt sie ab gegen andere Systeme, insbesondere gegenüber dem Totalitarismus und dem Liberalismus; er behandelt die Form, die Aufgaben und die Ansprüche dieser Erziehung in der Familie, im Staat, an der Arbeitsstätte, im freien Verband. So fruchtbar und einleuchtend dabei eine Reihe seiner Gedanken sind (z. B. über die Erziehung zur Internationalität) — gelegentlich kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß er manche Formen und Qualitäten, denen der Wert einer Zweckmäßigkeit zukommt, zu einem Ideal erhebt. Das trifft zu auf seine Behandlung der Frage der Koedukation oder auf seine Bewertung der Ordnungsliebe, die er auf eine Ebene stellt mit Wahrhaftigkeit, Opferbereitschaft, Furchtlosigkeit.

Ausgesprochen bedenklich erscheint mir jedoch Knorrs kultureller Anti-Liberalismus, der in seiner Polemik gegen die Kulturindustrie zum Ausdruck kommt. So fordert er z. B. im Interesse der Demokratie eine parlamentarische Kontrolle der Filmproduktion, der Wochenschauen, der Presse. Eine höchst gefährliche Forderung! Das zentrale Thema dieser Schrift ist jedoch die Frage nach dem Menschenbild des Sozialismus. Knorr geht von der Feststellung aus: „Das Menschenbild der großen Religionen wird von Gott oder einem Religionsstifter gegeben. Unser Menschenbild entsteht wesentlich aus Erfahrungswerten... Das Beständige bleibt im Bild dieses Menschen die Einmaligkeit und Würde des Individuums.“ Es wird über die Gültigkeit der Forderung nach der Respektierung der Würde der Persönlichkeit unter Sozialisten keine Meinungsverschiedenheiten geben. Wohl aber ist es eine höchst umstrittene Frage, ob die „Einmaligkeit und Würde des Individuums“ ein „Erfahrungswert“ ist. Was ist überhaupt ein „Erfahrungswert“? An dieser wie an so mancher anderen Stelle möchte man mit Konfuzius die Richtigstellung der Begriffe für die erste Aufgabe halten.

Die Frage nach dem sozialistischen Menschenbild erhält in dieser Arbeit keine

schlüssige Antwort. Sie überhaupt gestellt zu haben, ist des Verfassers Schwäche und sein Verdienst zugleich. Seine Schwäche, weil offenbar heute noch die Voraussetzungen, die notwendigen Vorarbeiten fehlen, um sie beantworten zu können, und weil der Versuch einer Antwort in dieser Schrift mit Unklarheiten, Widersprüchen und Halbwahrheiten belastet ist. Sein Verdienst, weil er die dazu Berufenen und Verpflichteten innerhalb der sozialistischen Bewegung auf die Notwendigkeit stoßen muß, hier anzusetzen. Denn so lange man nicht weiß, für was für einen Menschen man die gesellschaftlichen Verhältnisse gestalten will, kann man sich nicht klar darüber sein, wie man sie gestalten soll.

Susanne Miller, Bonn

Unsere Tradition

Georg Eckert: „Aus den Anfängen der Braunschweiger Arbeiterbewegung. Unveröffentlichte Bracke-Briefe“. 76 Seiten. Albert Limbach Verlag, Braunschweig 1955.

„Sie wissen auch, welch unendlich schwache Kräfte uns noch zur Verfügung stehen, — da ja die mächtigsten in der Erkenntnis des Arbeiterstandes liegen & dieser noch von einer Alles überwuchernden Unwissenheit, ja einem lethargischen Stumpfsinn & im Zustande völliger geistiger Trägheit erhalten wird“, so heißt es in einem Brief des Braunschweiger Ausschusses der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei vom 17. März 1870 an den Generalrat der Internationale in London. Das Zitat — einem Bändchen „Unveröffentlichter Bracke-Briefe“ entnommen, das Georg Eckert anlässlich des 90jährigen Bestehens der sozialdemokratischen Parteiorganisation in Braunschweig vorgelegt hat — ist kennzeichnend für das aufklärerische Menschenbild der jungen Sozialdemokratie und ihren naiven Bildungs- und Erziehungsglauben. Hier spricht sich eine Mentalität aus, die die Politik der deutschen Arbeiterbewegung noch bis in die Schlussphase der Weimarer Republik hinein entscheidend beeinflusst hat. Die pessimistische Grundhaltung des von Bonhorst, dem Sekretär des Ausschusses, verfaßten Schreibens stieß übrigens bei den internationalen Strategen der Arbeiterbewegung in London auf Widerspruch. Wir wissen das aus einem Brief Friedrich Engels' an Bracke vom 28. April des gleichen Jahres, den Eckert in den Anmerkungen zitiert. Engels bringt seine Befriedigung zum Ausdruck, daß die Sache der Arbeiterbewegung in Deutschland so unverhofft flott voranschreite. Den deutschen Arbeitern sei es in kurzer Zeit gelungen, den Vorsprung der englischen und französischen Bewegung einzuholen: „Die deutschen Arbeiter haben über ein halbes Dutzend Leute ins Parlament gebracht, die

Franzosen und Engländer keinen einzigen!“ Die standortbedingte Verschiedenheit der Perspektiven und der Urteile ist ein aufschlußreicher, wichtiger Gesichtspunkt für die Parteigeschichtsschreibung.

Das Beispiel zeigt, wie glücklich sich in Eckerts kleiner Arbeit die neuerschlossenen Quellenstücke mit der ausführlichen und ungemein sorgfältigen Kommentierung verbinden. Die aufgenommenen Briefe, die sich bis auf eine Ausnahme im Besitz des Internationalen Instituts für Sozialgeschichte in Amsterdam befinden, stammen aus dem Jahrzehnt von 1870 bis 1880. Sie setzen in der Zeit ein, in der „ein Großteil der Sorge und Verantwortung für Entwicklung, Haltung und Gesicht der jungen Partei“ bei Bracke und dem Braunschweiger Ausschuss als dem obersten Führungsgremium der Eisenacher lag. Die Auseinandersetzung mit den Lassalleanern, die Kämpfe um die Beherrschung der Internationale, die Frage der Gewinnung kleinbürgerlicher und bäuerlicher Schichten, die Stellung der Sozialdemokratie zum deutsch-französischen Krieg und der Reichsgründung, das Bemühen, die Marx'schen Gedankengänge in der Partei heimisch zu machen, die Vereinigungsbestrebungen und die Diskussion um das Gothaer Programm, an der Bracke hervorragend beteiligt war und in deren Verlauf Marx auf Brackes Veranlassung hin seine berühmte Programmkritik konzipierte, also die wesentlichen Momente der Parteientwicklung bis zum Sozialistengesetz, werden durch diese Edition beleuchtet, deren Bedeutung weit über den lokalgeschichtlichen Anlaß hinausgeht. Das unscheinbare Heft ist gewichtiger als manches dicke Buch. Es fehlt an Veröffentlichungen dieser Art, die neue Quellen erschließen und gleichzeitig die Ergebnisse der bisherigen Forschung so unkonventionell und sorgfältig verarbeiten. Sie sind die notwendigen Bausteine zu der kritischen und modernen Gesamtgeschichte der deutschen Arbeiterbewegung, deren Schaffung aus wissenschaftlichen wie aus politischen Gründen ein vordringliches Anliegen ist.

Dr. Erich Matthias, Bad Godesberg.

Mythos und Wirklichkeit

R. T. Mackenzie: „British Political Parties“ 350 S., Verlag Heinemann, London, 1955.

Es trifft sich gut, daß R. T. Mackenzie, der sich vorgenommen hat, die Machtverteilung innerhalb der Konservativen und der Labour Party zu untersuchen, zwar nicht einer der unseren ist, aber doch mit uns sympathisiert. Er ist ein schottischer Kanadier aus Vancouver, der nach England kam und dort das politische Leben studierte, erst aus Liebhaberei und dann berufsmäßig als Dozent an der Londoner School of

Economics. Er ist demzufolge immun gegen die ansteckende Kurzsichtigkeit, die viele von uns befällt, die wir persönlich mitten im politischen Kampf stehen.

Die innere Unabhängigkeit des Autors erhöht den Wert seines Buches; mit unparteiischer Klarheit durchschaut er den „durchsichtigen Schwindel“ des konservativen Mythos und den „undurchsichtigen Schwindel“ des Labour-Mythos. Beide Parteien karikieren sich selber und einander in ihren Versuchen, ihre Organisation ihren Anhängern zu erläutern und ihr eigenes System als vorzugswürdig — verglichen mit dem des Gegners — zu preisen. Der konservative Mythos gibt das Bild eines Systems, das sowohl diszipliniert wie autoritär ist; die Wahl des Führers ist das Ergebnis eines „Ausleseprinzips“; er wird einstimmig erkoren. Wenn er einmal gewählt ist, ist er die „Quelle“ aller Macht und vergibt die „Posten“. Er ernennt alle Träger von Schlüsselpositionen in der Verwaltung der Partei; sie sind ihm allein verantwortlich. Wenn die Partei eine Wahl gewinnt, wird er Premierminister und ernannt sein Kabinett und andere parlamentarische Funktionäre ausschließlich kraft seiner eigenen Verantwortung. Von ihm geht alle Politik aus; die Parteitage können diese Politik diskutieren, tun es jedoch in seiner Abwesenheit; alle Resolutionen, die angenommen worden sind, werden ihm „zugeleitet“, und wenn er nach Abschluß des Parteitages in der üblichen Riesenversammlung zu den Massen spricht, kann er einen Kommentar dazu geben — er kann es aber auch unterlassen. Er sitzt offenbar fest im Sattel vom Tage seiner Wahl bis zu seinem Rücktritt.

Im Gegensatz dazu hat die Labour Party von Anbeginn an versucht, ihre Geschäfte demokratisch zu führen. Die Quelle aller Politik und aller Macht ist der Parteitag. Auf diesem Parteitag wird die Politik bestimmt und ein Vorstand gewählt, der nur ein Jahr amtiert. Die Parlamentsfraktion der Labour Party wird damit betraut, „so weit es praktisch möglich ist“, die Entscheidungen der Partei in die Tat umzusetzen. Wenn die Parlamentsfraktion in der Opposition ist, wird der Führer der Partei alljährlich gewählt und von einem Parlamentsausschuß unterstützt, der ebenfalls jährlich gewählt wird. Dieser demokratische Modus wird jedoch außer Kraft gesetzt, wenn die Labour Party an die Macht gelangt. Der „Leader“ (Führer), der dann Premierminister wird, hat stets das Kabinett nach eigener Verantwortung ernannt, trotz des Versuchs im Jahre 1933 — der von der Katastrophe des Jahres 1931 angeregt war —, ihm drei Berater und den Parteisekretär an die Seite zu geben, wenn er sich an die Bildung seines Kabinetts macht. Clement Attlee nahm 1945 von dieser Absicht keine Notiz und handelte aus eigener Initiative, genau wie MacDonald vor ihm, und es ist anzu-

nehmen, daß künftige Labour-Premierminister das gleiche tun werden.

In Wirklichkeit hat jede Partei mit ihrem Gegner mehr Ähnlichkeit als mit ihrem eigenen Mythos. Der Grund dafür ist, daß beide Parteien in demselben Milieu wirken und sich behaupten müssen. Beide haben den Status von Massenparteien, die durch das allgemeine Wahlrecht geschaffen wurden; ihre Führer können die Partei nicht ohne Macht und Verfügungsgewalt regieren, aber sie können sich auch nicht an der Macht halten ohne die Begeisterung und den Willen zum Erfolg ihrer Mitglieder und ohne die Achtung und die Unterstützung ihrer parlamentarischen Kollegen. Konservative Premierminister wie z. B. Austen Chamberlain sind durch ein Mißtrauensvotum abgesetzt worden, und Labour-Premierminister haben schon in einer Art und Weise gehandelt, die denen, die mit ihnen sachlich nicht übereinstimmten, nicht allzu demokratisch erschien.

All dies und vieles andere kann man in Mackenzies Buch finden. Es ist die erste Untersuchung britischer politischer Parteien seit der Arbeit von Ostrogorski, die um die Jahrhundertwende veröffentlicht wurde. Das Buch zeigt das Dilemma jeder Regierung, die die Unterstützung des Volkes gewinnen und doch unpopuläre Entscheidungen treffen muß; es enthält eine Reihe fesselnder Berichte über den Aufstieg und Niedergang von Parteiführern, die von besonderem aktuellen Interesse sind, und es ist außerdem ein Handbuch über die Organisation der beiden großen britischen Parteien.

Ian Winterbottom, M. P., London

Logbuch des Grauens

André Malraux: „So lebt der Mensch“. Deutsch von Ferdinand Hardekopf. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 1955, 311 Seiten, Leinen 15,80 DM.

Mehr als 20 Jahre dauerte es, bevor dieser erste Erfolg des Franzosen Malraux als Übersetzung in Deutschland veröffentlicht wurde. Die politische Konstellation war dem Buch nicht günstig.

Malraux lebte 1927 in Schanghai. Er hat dort den Aufstand der revolutionären Kräfte und das schließliche Auseinanderfallen der Kuomintang erlebt. Der Verrat Tschiangkaischeks an seinen kommunistischen Mitkämpfern ist aber nur letzter Anlaß zu einem Heldenepos, für das der damals 32jährige Autor 1933 den Prix Goncourt, den bedeutendsten französischen Literaturpreis, erhielt.

Vielleicht ist es falsch, den Malraux des Jahres 1927 einen Edelkommunisten zu nennen; dafür besitzt er zuviel nüchternes politische Urteilskraft, die sich an der späteren Entwicklung der Machtverhältnisse in China bestätigte. Dazu hat er auch zu intime Kenntnisse der chinesischen Seele,

die manchem amerikanischen Politiker heute bestimmt nützlich sein würden. Aber allein dies würde die „*Conditio humana*“, so lautet der Untertitel der bis auf wenige Schnitzer ausgezeichneten Übersetzung mit Hinweis auf das französische Original, nicht zu einem Werk der Weltliteratur machen. „*La condition humaine*“ — das ist das Schicksal des Menschen („Man kann das Leben sehr lange hintergehen; aber schließlich macht es aus uns das, wozu wir geschaffen sind“), das ist seine absolute Einsamkeit auf Erden. Ganz auf sich selbst gestellt handeln die führenden kommunistischen Terroristen im brodelnden Schanghai, denn zum Verrat Tschiangkai-scheks kommt der indirekte Verrat Moskaus.

Mit einem scheinbar kaltblütigen Mord beginnt das Buch. Doch der Mörder fühlt, daß sein Dolch sich nicht in lebloses Fleisch senkt. Er muß die Angst überwinden („Angst kann man in sich immer finden. Man muß nur tief genug suchen. Glücklicherweise gibt es die Tat.“), er muß sich ständig an seine Aufgabe erinnern, um die Tat, die beinahe um ihrer selbst willen geschieht, in einer Art mystischen Rausches überhaupt vollbringen zu können („Die Tat, die Tat allein gibt dem Leben des weißen Mannes Sinn und Berechtigung“).

Das Chaos der Revolution versetzt die Menschen in jenen Rausch, der sie zu Gewalttaten befähigt. Und wie dieser Rausch im letzten großen Blutbad in Schanghai ausstößt, so vollzieht sich in der Handlung eine Wendung zum Kontemplativen. Der chinesische Philosoph, der seinen Sohn verliert, rückt — neben der überaus blassen Gestalt der liebenden Frau — in den Vordergrund. Er bleibt als der Mensch übrig, der zwar Erinnerung und Schmerz fühlt, aber in der Einsamkeit des Denkens zu überwinden vermag. Die Einsamkeit des Handelns endet in der Ruhe des Nichts („Das Ursprüngliche war: Einsamkeit, jene unwandelbare Einsamkeit hinter einer millionenfachen Vergänglichkeit, gleich der großen Urweltmacht hinter dieser dichten, niedrigen Finsternis, in der die schwelgende Stadt lauert, voll von Hoffnung und von Haß“). Die Einsamkeit der Schau läßt die Möglichkeit, das Schicksal wenigstens zu ertragen, wenn auch mit Resignation, angesichts des unausweichlichen Todes. („Nicht neun Monate, sondern fünfzig Jahre sind erforderlich, um einen Menschen zu

schaffen, fünfzig Jahre an Opfern, an Wollen, ach . . . an so vielen Dingen! Und wenn dieser Mensch dann erschaffen ist, wenn nichts von Kindlichkeit, nichts von Jugendlichkeit ihm mehr innewohnt, wenn er endlich ein fertiger Mensch geworden ist, dann — taugt er nur noch zum Sterben.“)

Der junge Malraux, heute neben dem Nobelpreissträger Mauriac der gefeiertste Schriftsteller Frankreichs, findet keine andere Lösung als das Rezept der beschaulichen Passivität des Alters. Malraux hat dieses Rezept keineswegs für sich gelten lassen. Wenige Jahre später schon nahm er am spanischen Bürgerkrieg teil, über den er in dem 1954 in Deutschland erschienenen Buch „*Die Hoffnung*“ berichtete, das die Fortsetzung des Grauens auf europäischem Boden darstellt. Und im letzten Weltkrieg war er führend in der Emigrantenarmee und später Informationsminister im Kabinett de Gaulle.

Ein Logbuch des Grauens könnte man „So lebt der Mensch“ nennen. Nur der Rhythmus der Zeit teilt den Ablauf des Dramas. Drama? Malraux hat nicht die rein epische Form gewahrt. Sein lyrischer Stil, voller Bilder, verbietet wohl jede eingrenzende Festlegung.

Immerhin hat das Werk den Theaterkritiker des Pariser „Figaro“ und auch in Deutschland bekannten Dramatiker Thierry Maulnier zur Bühnenbearbeitung gereizt. Wenn man der Kritik glauben darf, ist die Übertragung des Buches auf die Bühne jedoch nicht geglückt. Die Einheit der Zeit und des Ortes, ja selbst das Erlebense, bedeutet in diesem Falle noch nicht Einheit des Erlebnisses.

Malraux stellt Kommunisten in den Mittelpunkt, die nicht ins Schema des moskauhörigen Revoluzzers passen. Um so deutlicher macht er, daß jede intellektuelle Individualität („der Traum des Menschen ist es, Gott zu werden, ohne seine irdische Individualität zu verlieren“) im Kampf und besonders im ideologischen Machtkampf planiert zu werden droht. Dann der Besitz der Macht, so sagt Malraux, genügt, um fast jeden Menschen in eine Bestie zu verwandeln. Hier liegt die Aktualität des Buches, das bei seinem ersten Erscheinen vielleicht allzusehr als abenteuerliche Reportage mißverstanden werden konnte.

Dr. Kurt Koszyk, Dortmund.

MITTEILUNGEN DER SCHRIFTFÜHRUNG

Dr. Karl-Martin Bolle war nach dem Kriege bis 1947 als Landerbeiter, Verwaltungsangestellter und Bankpraktikant tätig. Danach Studium in Kiel (Wirtschafts- und Sozialwissenschaften); von 1950 bis 1955 Assistent bei Professor Mackenroth; 1952 Promotion (Thema „Bevölkerungsentwicklung und Leistungspotential“); seit Herbst 1952 Leiter der Forschungsgruppe „Sozialstruktur“ beim Soziologischen Seminar der Universität Kiel; 1955 Arbeit über „Wandlungen und Strukturen in unserer Gesellschaft“ als Habilitationsschrift eingereicht.

Hermann Bortfeldt besuchte zunächst die Mittelschule; anschließend kaufmännische Lehre; im Dritten Reich politisch verfolgt; Emigration in Frankreich und Belgien; Studium an der Sorbonne 1938—1950; nach Rückkehr aus der Emigration als Journalist tätig; seit 1953 Mitarbeiter des Wirtschaftspolitischen Referats des Parteivorstandes der SPD.

Ministerialrat z. Wv. Willy Bukow studierte nach seiner Reifeprüfung und kaufmännischen Lehre von 1924 bis 1927 Rechts- und Staatswissenschaften an der Universität Berlin; 1927—1933 Tätigkeit in der Justiz als Referendar und Assessor; 1933 Übertritt in die Verwaltung, zuletzt Mitglied der Kommunalabteilung im Reichsministerium des Innern; nach der Rückkehr aus der Internierung Vertreter eines süddeutschen Verlages in Niedersachsen; seit Sommer 1950 Mitarbeiter im Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften in Köln.

Dr. Ralf Dahrendorf studierte von 1947 bis 1952 Philosophie und Klassische Philologie; 1952 Promotion mit Dissertation über den „Begriff des Gerechten im Denken von Karl Marx“ bei Professor König; 1954 Dissertation über „Unskilled Labour in British Industry“ an der London School of Economics; seit November 1954 Assistent für Soziologie an der Universität des Saarlandes, Saarbrücken. Veröffentlichungen: „Marx in Perspektive“ (1953); Herausgeber von „Gustav Dahrendorf — Der Mensch, das Maß aller Dinge“ (1955).

Dr. Erich Potthoff studierte Betriebswirtschaft, Volkswirtschaft und Soziologie, nachdem er mehrere Jahre in einem Industriebetrieb tätig war. Langjährige Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter von Professor Schmalenbach. Als Mitglied der Stahltreuhändervereinigung an der Neuordnung der Ruhrindustrie nach 1945 beteiligt. In der wissenschaftlichen Forschung in Verbindung mit mehreren Studienreisen nach England und Amerika beschäftigte er sich besonders mit dem industriellen Großbetrieb. Potthoff ist jetzt Mitglied der Geschäftsführung des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften in Köln.

Prof. Dr. phil. Helmut Schelsky studierte Philosophie und Soziologie von 1931 bis 1935 in Königsberg und Leipzig; Privatdozent 1939; Ernennung zum Professor 1943; ab 1948 Ordinarius für Soziologie an der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg, dasselbe ab 1953 an der Universität Hamburg. Veröffentlichungen: „Wandlungen der deutschen Familie in der Gegenwart“, 3. Aufl. (1955); „Aufgaben und Grenzen der Betriebssoziologie“ (1954) u. a.; Herausgeber: „Arbeitslosigkeit und Berufsnot der Jugend“ (1952); „Wege zum sozialen Frieden“ (1955); „Soziologie, ein Lehr- und Handbuch zur modernen Gesellschaftskunde“ (1955); „Arbeiterjugend gestern und heute“ (1955).

Dr. Gerhard Szczesny, 1918 in Sallween in Ostpreußen geboren. 1937—1940 Studium der Philosophie, Literaturgeschichte und Zeitungswissenschaft in Königsberg, Berlin und München. 1946 Veröffentlichung einer kulturphilosophischen Essay-Sammlung „Europa und die Anarchie der Seele“, im Verlag Desch, München. Seit 1947 Leiter des „Nachtstudios“ beim Bayerischen Rundfunk.

Die Ausführungen in dem Artikel „Für eine offene Welt“ von *Prof. Dr. Niels Bohr* (Heft 1/1955) stimmen überein mit einem bereits im Jahre 1951 an die United Nations gerichteten Offenen Brief. Prof. Dr. Bohr legt Wert auf diese Feststellung, weil sich hieraus ergibt, daß er dauernd und schon frühzeitig derartige Auffassungen zum Ausdruck gebracht hat.

Für das nächste Heft unserer Zeitschrift sind u. a. folgende Beiträge vorgesehen: *Dr. H. H. Fißler*: „Weltgeschichte der Gegenwart“, *Dr. W. Berkefeld*: „Um die Einheit der Weltgeschichte“, *Dr. R. Freyh*: „Klassenlose Gesellschaft und Mobilität“, *H. Kalbitzer*: „Hilfe für unentwickelte Gebiete“, *W. Strell*: „Die Ideologie des Neofaschismus“, *Prof. Dr. Noack*: „Die Erneuerung der UNO“, *Prof. Dr. Alfred Weber*: „Die Schule im Zeitalter der Massen“.